Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

7 (18.2.1949)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

Ausführungen in französischer und englischer Sprache: L'ECONOMIE CONTINENTALE — CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 7 — 4. Jahrgang Lizenz-Nr. 1139 DG/AA/Bel./Pr. Konstanz/Bodensee, 18. Februar 1949 Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

DM weiter auf Höchstkurs

Auf den Gebieten, die wir in den letzten Wochen hier an erster Stelle darstellten, hat sich von unserer letzten Ausgabe bis heute nichts geändert. Die D-Mark ist international weiter fest. In New York ist sie noch etwas gestiegen, in Zürich ist sie mit 46/43 sfr für 100 DM auf gleicher Höhe geblieben. Eine kleine Abschwächung über das Wochenende fand keine Fortsetzung. Die Preissenkungstendenz hält weiter an, geht aber in ruhigere Bahnen über.

Die Erklärung Prof. Erhards zu Anfang dieser Woche: „Jede Preissenkung bedeutet eine Steigerung der Produktion" kann in dieser kurzen Formulierung nicht unwidersprochen bleiben. In einigen Branchen ist doch bereits eine Krisenstimmung zu beobachten, die nicht mit der volkswirtschaftlich erwünschten Säuberung oder Auslese der Wirtschaft abgetan werden kann. Insbesondere gilt dies für die Bauwirtschaft. Hier sind tatsächlich die Preise enorm zurückgegangen, aber die Produktion steigt nicht, sondern infolge des Kapitalmangels ist hier schon eher von einer Stagnation zu sprechen. So erfreulich ein Ausleseprozeß sein kann, so wenig kann man unbedingt sagen, daß damit gleichzeitig eine Produktionssteigerung verbunden sei. Schließlich sprechen auch die Arbeitslosenziffern in der Doppelzone, auf die wir an anderer Stelle zurückkommen, eine deutliche Sprache gegen eine Produktionserhöhung. Im Augenblick ist jedenfalls die Tendenz zu beobachten, daß die Arbeitslosigkeit steigt. Rund 1 Million Arbeitslose in der Doppelzone Ende Januar sind an sich schon ein alarmierendes Zeichen. Was wir bisher über die Entwicklung im Februar erfahren konnten, scheint dafür zu sprechen, daß insbesondere bei den Angestellten weitere Entlassungen erfolgt sind, bezw. noch erfolgen.

Unzureichende Produktion

In diesem Zusammenhang gehört eine Erklärung des Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen Nölting, der die Militärregierungen gebeten hat, die Produktionspläne noch einmal zu überprüfen, mit dem Ziel, sowohl die Produktionshöhe größer anzusetzen, als auch noch einmal die Frage der verbotenen Industrieen zu erwägen. Nölting hat, unseres Erachtens mit Recht, darauf hingewiesen, daß das Sicherheitsmemorandum doch wohl heute 4 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten nicht mehr die Rolle spielt wie noch vor 1 bis 2 Jahren.

Aus der Entwicklung der letzten Wochen läßt sich in groben Zügen erkennen, daß in der Konsumsphäre tatsächlich eine gewisse Mattigkeit in der Nachfrage eingetreten ist. Dagegen liegt die Investitionssphäre immer noch ziemlich tot. Hier ist die Nachfrage gewaltig. Trotzdem wird die deutsche Wirtschaft noch mehr auf den Export bedacht sein müssen. Der an sich bedauerliche Kapitalmangel und die dadurch bedingte Zurückhaltung an Investitionen könnte den Vorteil haben, daß die Wirtschaft von sich aus mehr an den Export denkt. Berücksichtigt man aber beide Momente, dann erscheinen die Forderungen Nöltings nur noch berechtigter. Auf der andern Seite aber hat Harriman jetzt wieder deutlich erklärt, daß in den USA ein reges Interesse an europäischen Waren bestünde. (Harriman setzte sich in dieser Erklärung übrigens wieder deutlich für einen freien Warenaustausch zwischen den Ländern ein). Noch von einer andern amerikanischen Seite wurde jetzt im Zusammenhang mit dem großen Plan der wirtschaftlichen Erschließung anderer Erdteile, insbesondere Afrikas, erklärt, daß die europäischen, vor allem aber auch die deutschen Exporte nicht als Konkurrenz für die USA aufgefaßt würden, und keine Gefahr für die USA bedeuteten, sondern zusätzlich sehr erwünscht seien.

Arbeitslosenziffer — ein Signal

Produktionserhöhung bei Preissenkung? — Kredit schirmt Importpreiserhöhung ab
Ost-Export wieder erschwert — Vertikale Kombination Kohle: Eisen

West und Ost-Exporte!

Über der damit noch stärker zum Ausdruck kommenden Westorientierung unseres Exports, darf die Ausfuhr nach dem Osten nicht vernachlässigt werden. Da hat es allerdings Mitte dieser Woche eine Bremse gegeben. Die JEIA hat mit sofortiger Wirkung die Exporte nach Ost- und Südosteuropa, dem Nahen und Fernen Osten und nach Südamerika wieder unter Genehmigungspflicht gestellt. Wir wollen hoffen, daß diese Maßnahme nur vorübergehend ist und keine Einschränkung des Exports dorthin in der Praxis bedeutet. Immerhin zeigt auch diese Tatsache, daß man von seiten der JEIA den Export in Länder wünscht, die, wie England in letzter Zeit oft über die deutsche Konkurrenz geklagt haben. Im übrigen will nach den neuesten Meldungen England seinen Export nach Osteuropa jetzt steigern und sogar durch Kredite finanzieren, die vom englischen Staat langfristig gegeben werden. In diesem Zusammenhang wäre zu erwähnen, daß die ECA beschlossen hat, Finnland, Jugoslawien, Österreich, der Tschechoslowakei und allenfalls Polen ein Darlehen von 65 Mill. Dollar für den Ankauf von Maschinen, Sägen etc. für die Forstwirtschaft zu gewähren.

Für den deutschen Export ist immer noch der Umrechnungskurs ein nicht ganz einfaches Problem. Wie wir einem Kommentar des Londoner Rundfunks dieser Tage entnehmen, besteht die Absicht, ab Mitte dieses Jahres den Kurs der DM und die Umrechnung nicht mehr zu manipulieren. Vorläufig, und damit kommen wir auf den Import, hängt das Damoklesschwert der neuen Umrechnungstechnik über der deutschen Wirtschaft. Die Importe werden bekanntlich jetzt nicht mehr zu den deutschen Inlandspreisen verrechnet, sondern zum Weltmarktpreis im Verhältnis 1 DM = 30 Dollarcents. Dr. Pünder erklärte nun dazu Mitte dieser Woche, daß die dadurch entstehenden Preiserhöhungen nicht auf die Verbraucher abgewälzt werden sollen. Die Bank Deutscher Länder soll für diese Zwecke einen Kredit von 145 Mill. DM zur Verfügung stellen. Über die Abdeckung dieses Kredites wurde zunächst noch nichts gesagt. Es besteht immerhin die Möglichkeit einer gewissen Kompensation, denn nun sollen auch die Waren, die auf dem Weltmarkt billiger sind als in Deutschland, billiger verrechnet werden, aber nicht billiger verkauft werden. Zweifellos wird man damit den ganzen Betrag nicht kompensieren können, und es würde sich dadurch auf lange Sicht doch wohl eine Belastung der Länderetats ergeben. Für die Waren, die jetzt schon in Deutschland sind und hier lagern, muß allerdings nachbezahlt werden.

„... lange genug gewartet ..."

Zu diesen Belastungen kommt die neue Unsicherheit über den Lastenausgleich hinzu. Von deutscher Seite ist die englische und amerikanische Militärregierung gebeten worden, das Lasten-Ausgleichs-Gesetz nach Rücksprache mit ihren Regierungen doch noch zu genehmigen (ebenso das Patentgesetz). Bei der ziemlich eindeutigen Ablehnung des Lastenausgleichgesetzes durch die USA-Stellen wird es zweifelhaft sein, ob dieser Bitte entsprochen wird. Vielleicht geht es dem Lastenausgleich dann so wie dem Besatzungsgesetz, das die Militärregierungen nun von sich aus aufgesetzt und verkündigt haben und das am 15. März in Kraft tritt. Der Hinweis von deutscher Seite, daß nun die 1. und 2. Lesung des Besatzungsgesetzes vorgenommen würde, wurde von General Clay mit der Erklärung zurückgewiesen, man habe nun lange genug gewartet. Wir erinnern daran, daß die Militärregierungen den Wunsch geäußert haben, der Lastenausgleich möge bis Ende 1948 verkündet werden. Jetzt liegt aber nur ein Gesetzesentwurf über ein Sofortprogramm vor, das auch vor allem in Süddeutschland ohne Gegenliebe blieb.

Noch auf einem andern Gebiet scheint die Geduld der Militärregierungen am Ende zu sein: aus einer Durchhalteerklärung General Clays Mitte dieser Woche ging deutlich hervor, die deutschen Unternehmer sollten sich nun mit den Gewerkschaften endlich einmal ernsthaft beraten. Kurz vorher hatte Prof. Erhard mitgeteilt, daß für die Fachstellen im Aufbau der gewerblichen Wirtschaft eine gewisse Einigung mit den Gewerkschaften erzielt worden sei: Sie sollten vollwertige Mitglieder als Berater sein, aber auf die Parität verzichten. Die wirtschaftlich richtige Einschaltung der deutschen Gewerkschaften ist auch noch aus einem anderen Grunde dringend notwendig: In Düsseldorf hat zum 1. Mal seit dem Jahre 1933 eine internationale Zusammenkunft von Gewerkschaftlern stattgefunden. Das bedeutet zweifellos einen gewaltigen Fortschritt für die internationale Zusammenarbeit.

Über weitere soziale Maßnahmen, insbesondere über die Veränderung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und die Invalidenversicherung verweisen wir auf den Aufsatz der zweiten Seite.

Schlagwort: „Die Wirtschaft"

In Deutschland, wo das Schlagwort eine größere Rolle als irgendwo spielt, hat manche Bezeichnung eine doppelte Bedeutung. Das ist eine traurige Sache, aus der zunächst Verwirrung und dann Schaden folgt. Am deutlichsten merkt man es beim Wort Demokratie; es hat sich in zwei Schlagwörter gespalten, deren Bedeutungen fundamental verschieden sind. Man denke nur daran, was etwa Herr Adenauer denkt, wenn er das Wort Demokratie ausspricht, und Herr Pieck, wenn er dasselbe tut.

Eine Doppelbedeutung hat auch das Wort Wirtschaft erlangt. Wenn von der Wirtschaft gesprochen wird, wenn es heißt, daß sie dies braucht, jenes bezahlen soll, das zu tun und das zu unterlassen hat, dann liegt dem, in der Auffassung eines sehr großen Teils der Bevölkerung, eine schlagwortartige Bedeutung der Bezeichnung Wirtschaft zugrunde, und den Rednern, Schreibern oder Zuhörern schwebt das Bild einer mehr oder minder großen Anzahl von wohlgenährten Männern mit dicken Zigarren, eleganten Frauen und großen Limousinen vor, die zusammen „die Wirtschaft" ausmachen. Und da diese Vorstellung so ist, so braucht man sich nicht zu wundern, daß viel mehr davon die Rede ist, was die Wirtschaft soll, als was sie braucht. Nämlich sie soll zahlen, das ist meistens der Schluß, der nicht aus der Sachlage im einzelnen Fall, sondern aus dem allgemeinen Bild gezogen wird, das immer beim Durchschnittsmenschen unserer Zeit auftaucht, wenn von Wirtschaft die Rede ist, wobei nicht übersehen werden darf, daß der Durchschnittsmensch auch unter den Politikern und Beamten sehr zahlreich vertreten ist. Man könnte sagen, daß hier das Schlagwort das Wort verschluckt hat. Indessen kann man sich bei genauer Prüfung damit nicht zufrieden geben. Denn diese Prüfung zeigt, daß die erwähnte Vorstellung sich mit dem Inhalt des Wortes Wirtschaft in keiner Weise deckt. Vielmehr ergibt die einfachste nationalökonomische Überlegung, daß das Volkseinkommen mit dem Sozialprodukt einigermaßen übereinstimmt und daß somit nur Wirtschaft nicht nur die Männer mit den dicken Zigarren, auch nicht nur die bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern schlechthin alle gehören, die irgendetwas arbeiten und dafür bezahlt werden, ob es sich nun um Produktion im eigentlichen Sinn oder um Dienstleistungen handelt. Infolgedessen ist die Gesamtzahl der Erwerbstätigen, mit Ausnahme etwa des überflüssigen Verwaltungsapparates, „die Wirtschaft", und dies ist die wahre Bedeutung des Wortes.

In einer so schweren Zeit wie der unsrigen, in der immer alles an einem Faden hängt, würde es von sehr großem Nutzen sein, wenn sich die Öffentlichkeit diesen Tatbestand hinlänglich klarmachen wollte. Es würde ihr nämlich dann leicht sein zu verstehen, daß mit jeder Schwächung „der Wirtschaft" die ganze Bevölkerung und jeder einzelne geschwächt und mit jeder Belastung die ganze Bevölkerung und jeder

In dieser Nummer:

Wohnungsbau-Finanzierung

Vor Änderung der sozialen Beiträge

Frankreichs Anleiheerfolg

Englands Stahlproduktion

Der manipulierte Exportschilling

Polens Sechsjahresplan

Marshall-Plan in neuer Phase

Verbesserungen für die französische Zone

Unverkennbar stand der Marshall-Plan am Ende des vergangenen Jahres hinsichtlich der Beurteilung durch die Bevölkerung West-Deutschlands unter dem Zeichen einer psychologischen Krise. Vom ostdeutschen Raum braucht man in diesem Zusammenhang kaum zu reden, denn es war selbstverständlich, daß sich die offizielle Propaganda der Ostzone mit großem Vergnügen der Skepsis bemächtigte, die in den Westzonen häufig in Erscheinung trat und daß sie sich nun breitem, wenn auch verfrühten Behagen zu Schlagzeilen wie: „Fiasko des Marshall-Planes", „Scheitern des Hoffmanschen Ausbeutungsplanes" usw. verstieg.

Inzwischen haben sich — zumindest in der französischen Zone — Entwicklungen angebahnt, die jener Skepsis, auch wo sie begründet zu sein schien, sehr bald wohl den Boden unter den Füßen wegziehen werden. Man wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß diese Wandlung zusammenhängt mit dem Besuch, den der maßgebliche Vertreter der französischen Militärregierung um die Jahreswende in Washington abstattete. Er dürfte die zuständigen Stellen bei der „E.C.A." eindeutig darauf hingewiesen haben, daß der europäische Hilfsplan, soweit er die französische Zone in Deutschland betrifft, wenn auch nicht „verpfuffen", so doch zumindest nicht zu dem gewünschten Erfolg einer Belebung und Sanierung der Wirtschaft führen kann, wenn nicht mit einer schnelleren Realisierung der an sich gewährten Kredite, insbesondere auch insofern es sich um industrielle Erzeugnisse handelt, gerechnet werden kann. Daß der Vertreter der Zone hier offenbar volles Verständnis bei den zuständigen Stellen gefunden hat, geht auch sehr eindeutig daraus hervor, daß es möglich war, die Kredit-Zuweisungen von 100 auf 135 Mill. Dollar zu erhöhen, eine Tatsache, die um so mehr als ein persönlicher Erfolg zu verbuchen ist, als eine gleiche Freigiebigkeit mit Hinblick auf andere am Marshall-Plan teilnehmende Länder durchaus nicht zu beobachten war.

Aber auch abgesehen davon hat es durchaus den Anschein, daß sich auf Grund des Besuches in Washington in den Lieferungen an die französische Zone seit Beginn des neuen Jahres eine wesentliche Beschleunigung ergeben hat. Das liegt der Auswertung über den Stand der Durchführung des Marshall-Planes in der französischen Zone mit dem Stichtag vom 7. Februar 1949 vor. Während bis Ende 1948 umfangreiche Lieferungen lediglich bei Getreide und Baumwolle erfolgt waren, beginnt nun eine größere Vielfältigkeit der verschifften E.R.P.-Waren Platz zu greifen.

Bis zum Stichtag hat sich der Wert der verschifften Waren — ohne Berücksichtigung der Frachten — auf 39,401 Mill. Dollar erhöht, eine Ziffer, die nunmehr schon nahe an die Hälfte der für das erste Marshall-Planjahr vorgesehenen Lieferungen im Werte von 88,327 Mill. Dollar herankommt. Von dem genannten Betrage sind Waren im Werte von 34,327 Mill. Dollar bereits eingetroffen. Das bedeutet, daß allein seit Anfang dieses Jahres E.R.P.-Lieferungen im Werte von 9,8 Mill. Dollar der Wirtschaft der französischen Zone zur Verfügung gestellt werden konnten, während sich in der gleichen Zeit die Verschiffungen um 11,5 Mill. Dollar erhöhten.

Der größte Teil der seit Beginn der Marshall-Plan-Hilfe in die französische Zone gelieferten Waren besteht nach wie vor aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen; indessen hat sich der Anteil der Industriewaren an den Gesamtlieferungen erhöht. Der Wert der verschifften landwirtschaftlichen Erzeugnisse belief sich am 7. Februar 1949 auf 20,3 Mill. Dollar, wovon 16 Mill. Dollar bereits eingetroffen waren. An erster Stelle unter diesen Erzeugnissen steht noch immer das Getreide mit Verschiffungen im Werte von 23,2 Mill. und Ankünften von 21 Mill. Dollar. Neben den bereits früher gelieferten Trockenkartoffeln für Berlin und Teigwaren mit Ankünften von rund 1,3 Mill. Dollar erscheinen nunmehr erstmals größere Posten von Speisefetten. Der Wert der Verschiffungen beläuft sich auf 995 000 Dollar, wovon bereits Waren für 923 000 Dollar eingetroffen sind. Erstmals erschienen sind in den Verschiffungslisten auch Hülsenfrüchte im Wert von 893 000 Dollar; der Wert der Ankünfte beläuft sich auf 388 000 Dollar. Mit besonderer Befriedigung werden es weite Kreise der Bevölkerung empfinden, daß nunmehr größere Mengen amerikanischen Tabaks eingetroffen sind im Wert von 175 000 Dollar. Neben diesen Produkten ist noch eine verhältnismäßig kleine Menge an Trockenmilch zu nennen, deren Wert sich auf 56 000 Dollar beläuft.

Auf industriellem Gebiet sind Verschiffungen im Wert von 12,895 Mill. Dollar erfolgt, von denen 10,849 Mill. Dollar bereits eingetroffen sind. Der größte Posten besteht nach wie vor aus Baumwolle mit Ankünften im Wert von 4,698 Mill. Dollar, doch gewinnt daneben die Einfuhr von Treibstoffen mehr und mehr an Bedeutung. Die bisherigen Ankünfte haben einen Wert von 4,39 Mill. Dollar. An Autoreifen und Schläuchen sind Verschiffungen im Werte von 1,768 Mill. Dollar erfolgt. Hiervon ist ein Wert von 1,477 Mill. Dollar bereits eingetroffen. Neu erschienen sind in der Verschiffungsliste Nichteisen-Metalle im Wert von 151 000 Dollar. Hiervon belaufen sich die Ankünfte auf 120 000 Dollar. Sehr bedeutend ist die Verschiffung eines Postens Ruß im Wert von 39 000 Dollar, der aber noch nicht in Europa angekommen ist. Der Wert der verschifften bzw. eingetroffenen Medikamente (Penicillin, Streptamycin) von 34 000 Dollar hat sich in der letzten Zeit nicht verändert.

Die vorstehenden Ziffern bestätigen die eingangs gemachten Feststellungen, daß sich sowohl hinsichtlich der Beschleunigung der Lieferungen, als auch mit Bezug auf die Erweiterung des Verschiffungssortimentes eine radikalige Verbesserung ergeben hat. Es ist zu bedenken, daß durch die Abwicklung der Kaufverträge und die Verwaltungsarbeit der ECA unvermeidliche Verzögerungen bei der Abwicklung der Geschäfte eintreten müssen. Andererseits aber ist eine große Menge weiterer Einkaufsgenehmigungen auf Grund der gewährten Kredite bereits erteilt. Man kann also mit großer Gewißheit damit rechnen, daß die seit Jahresbeginn angebahnte Entwicklung bei der Durchführung des Marshall-Planes für die französische Zone anhalten und in den nächsten Wochen und Monaten zu weiteren Verbesserungen führen wird, die von der Wirtschaft der Zone sehr bald schon dankbar empfunden werden dürften.

Kampf um den Weizenpreis

Washington. Auf der Weltweizenkonferenz, die nun bereits drei Wochen tagt, konnte zwischen den Aus- und Einfuhrländern noch kein Übereinkommen über den künftigen Weizenpreis erzielt werden. Die USA beharren auf ihrer Forderung von 2 Dollar je Bushel. Die Russen, die bekanntgegeben haben, daß sie 20% des Weltexportes an Weizen liefern wollen, unterstützen die USA-Forderung, nachdem sie anfangs, so hatte es den Anschein, einen Druck im Sinne eines Abbaues des Höchstpreises ausüben wollten.

Das starke Interesse der USA an dem Zustandekommen eines Weizenabkommens ist schon daran zu erkennen, daß der Außenminister Acheson in der abgelaufenen Woche den britischen Botschafter in Washington, Sir Oliver Franks, in seiner Eigenschaft als Sprecher der Weizeneinfuhrländer erzucht hat, den USA in der Frage des Weizenhöchstpreises entgegenzukommen und nicht auf einer erheblichen Ermäßigung des von den USA geforderten Preises von 2 Dollar je Bushel zu bestehen. Die USA fürchten nämlich, daß die amerikanische Landwirtschaft durch stockenden Absatz der Weizenüberschüsse geschädigt werden könnte.

Weiter stand auch die Frage zur Debatte, wieviel Mehl die Einfuhrländer abnehmen müßten. Über diese Frage konnte man sich nicht einigen, da die Ausfuhrländer eine garantierte Mindestabnahme fordern, die die Einfuhrländer nicht zusichern wollen, da sie befürchten, mit Mehl überschüttet zu werden.

Russischer Weizen gegen ägyptische Baumwolle

Kairo. Nach Meldungen ägyptischer Blätter hat Rußland Ägypten 100 000 t Weizen gegen Lieferung von Baumwolle angeboten. Das Angebot wird nur Zeit von den maßgebenden ägyptischen Stellen geprüft.

Nach einer amtlichen britischen Mitteilung ist der Ankauf von 750 000 t russischen Getreides nicht zustande gekommen. Großbritannien hat mit Kanada einen Liefervertrag abgeschlossen und will außerdem in Argentinien und den USA einkaufen.

Beauftragtenstelle für den Außenhandel in der französischen Zone

Baden-Baden. Nachdem die französische Militärregierung die deutschen Wirtschaftsstellen zur Mitarbeit bei den Handelsvertragsverhandlungen und bei der Aufstellung der Ein- und Ausfuhrpläne für die Zone zugelassen hat, wurde nun in Baden-Baden eine „Beauftragtenstelle für den Außenhandel der drei Länder der französischen Zone" errichtet, zu deren Leiter Dr. Haas vom badischen Wirtschaftsministerium bestellt wurde. Das neue Amt, das ein einheitliches und schnelles Arbeiten der deutschen Stellen sichern soll, hat bereits Besprechungen mit Fachkreisen und den Spitzenorganisationen der Wirtschaft aufgenommen.

Hohe Stahlproduktion im Januar

Die Stahlproduktion der Doppelzone erreichte im Januar mit 681 420 t einen neuen Höchststand. Die Steigerung betrug gegenüber Dezember 1948 39 000 t. Die Roheisenerzeugung ist gleichzeitig um 33 000 auf 347 370 t gestiegen.

Kürzung der ERP-Zuteilungen?

Washington. Mit Rücksicht auf die Preisstürze auf dem amerikanischen Produktenmarkt rechnet man in Kreisen der ECA damit, daß die für das zweite Planjahr im Rahmen des Wiederaufbauprogramms in Aussicht gestellten Zuteilungen in Höhe von 3500 Mill. Dollar eine Kürzung erfahren könnten.

Fünf Amerikaner in der Stahlkontrolle

Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier

Essen, Mitte Februar 1949. Der im Gesetz Nr. 75 vorgesehene Ausbau der North German Iron and Steel Control zu einer Drei-Mächte-Kontrollgruppe ist nunmehr eingeleitet worden. Die Vereinigten Staaten haben folgende fünf Sachverständige benannt:

W. E. Neumann (US Steel Corp.), A. J. Brinkerhoff, Ronald Clark (US Steel Export Co.), D. F. L. Elliot (frühere Verbindungsmann der US Steel Export Co. in London) und J. M. Gillis (Inland Steel Co.), sowie der Finanzfachmann J. G. Dinsed.

Die Sachverständigen sind bereits in Düsseldorf eingetroffen und haben dort erste Besprechungen mit deutschen Kreisen aufgenommen und auch schon einige Besichtigungen durchgeführt. Noch fehlen nach wie vor die Benennungen der französischen Vertreter, wie sie bisher auch noch nicht in die englisch-amerikanische Kohlenkontrolle eingetreten sind. Immerhin dürfen die englischen und amerikanischen Sachverständigen in der Stahlkontrolle ihre Arbeit unverzüglich aufnehmen, und deshalb steht zu erwarten, daß man jetzt mit einer baldigen Entscheidung über die Zusammensetzung des deutschen Stahltreuhandverbandes rechnen kann. Man nimmt hier im Bezirk an, daß bei der Auswahl der deutschen Treuhänder sich vor allem die wirtschaftspolitischen Linien der Amerikaner durchsetzen und Männer ausgewählt werden, die für ihre Aufgabe die beste fachliche Eignung mitbringen. In ihrer Hand wird die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Neuorganisation der Eisen- und Stahlindustrie liegen, und die Alliierten werden dann darüber zu befinden haben, ob sie diesen Vorschlägen folgen werden.

Die Tatsache, daß im Bergbau bereits seit längerem eine gemeinsame englisch-amerikanische Kontrolle an der Arbeit ist, hat die Verwirklichung des Neuaufbaus der Kohlenindustrie offenbar schneller ermöglicht. Hier steht die Bestimmung der Treuhänder kurz bevor und es liegen konkrete Pläne über die Neubildung der verschiedenen Zechengesellschaften vor. Ein gemeinsamer Plan der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung und des Industrieverbandes Bergbau (Gewerkschaft der Bergarbeiter) strebt die Gründung von 23 neuen Zechengesellschaften an, während die Vorschläge der Engländer sich auf 19 und die der Amerikaner auf 8 neue Gesellschaften beziehen. Mr. Collins meinte neulich, die Zahl würde zwischen 12 und 20 liegen. Die verhältnismäßig zügige Entwicklung der Neuorganisation im Bergbau bringt die Gefahr mit sich, daß vollendete Tatsachen geschaffen werden, ehe die Eisenindustrie ihre Ansprüche auf die Angliederung von Hüttenzechen geltend machen kann. Diese Frage wird hier z. Zt. lebhaft diskutiert, weil die Rückkehr zur Verbundwirtschaft bedroht ist und in einer Verweisung auf ein Vertragsverhältnis keine Lösung des Problems erblickt wird. Es ist deshalb verständlich, daß man hier auf deutscher Seite innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie den Wunsch hegt, daß die Neuorganisation auch im Bereiche des Eisens nun schnell vorwärts getrieben wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

einzelne belastet wird. Und ganz besonders würde sie leicht verstehen können, daß ein erhöhter Lebensstandard nur auf der Grundlage von erhöhten Leistungen, nämlich einer steigenden Produktion möglich ist. Daraus ergibt sich schon, daß an der Steigerung der Produktion nicht nur die Männer mit den dicken Zigarren, sondern die ganze Bevölkerung ebenso als Produzenten wie als Konsumenten beteiligt und interessiert sind, mit Ausnahme etwa derjenigen, die wir der überflüssigen Verwaltungstätigkeit zugerechnet haben.

Unglücklicherweise aber wirkte das Schlagwort, und dies hat zur Folge, daß die Bevölkerung den Lebensfragen der Wirtschaft, die in Wirklichkeit ihre eigenen Lebensfragen sind, mit großer Gleichgültigkeit gegenübersteht und sogar eine gewisse Genugtuung zu zeigen pflegt, wenn der Wirtschaft dies und jenes aufgebürdet wird, weil sie glaubt, daß die Männer mit den dicken Zigarren dafür aufzukommen haben, während sie in Wirklichkeit zusammen mit diesen den Schaden selbst tragen muß. Merkwürdigerweise gehen diese Stimmungen sogar hier und da bis in die Industriearbeiterschaft hinein, sonst würde es sich mancher Politiker wohl überlegen müssen, die Wirtschaft nur als eine Melkkuh des Staates zu behandeln.

•

Unter diesen Umständen wird es niemand überraschen, daß das wichtigste Problem, vor das die deutsche Wirtschaft jetzt gestellt ist, nämlich das Problem der Kapitalbildung, ringsum keinen Hund interessiert und nur von den paar Leuten diskutiert wird, die gerade hier und dort die Verantwortung tragen. Dazu trägt vielleicht bei, daß das Wort „Kapital" noch mehr Schlagwort ist als das Wort „Wirtschaft" und einen noch odioseren Klang hat. Allein die Kapitalbildung, ob dies den Anhängern von Marx und Engels paßt oder nicht, ist die einzige Möglichkeit, die Produktionsanlagen zu erweitern, die Produktion zu steigern und auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu sein. Insbesondere der Arbeiter sollte verstehen, daß eine ausreichende Kapitalausstattung in allererster Linie in seinem eigenen Interesse liegt. Es ist gar nicht zu übersehen, daß das Lohnniveau des amerikanischen Facharbeiters nur deshalb mehrfach höher ist, als das seines europäischen Kollegen, weil die Ausrüstung der amerikanischen Industrie mit modernen Maschinen so hervorragend ist daß solche Löhne ohne Verminderung der Konkurrenzfähigkeit gezahlt werden können. Wenn z. B. ein amerikanischer Facharbeiter in einer bestimmten Branche für einen Tag 16 Dollar (80 DM) verdient, so ist das wahrscheinlich den deutschen Facharbeiter wundern, der es nur auf 8 DM bringt und der überdies für ein Päckchen Zigaretten vielmal soviel und für einen Radioapparat achtmal soviel zahlen muß wie der Amerikaner.

Es ist das Ergebnis eines durch Jahre fortgesetzten Prozesses der Kapitalbildung, die in Amerika, obwohl auch dort die Steuern hoch sind, durch die Steuerpolitik nicht unmöglich gemacht, sondern gefördert worden ist. Bei uns aber, wo die Erneuerung und Erweiterung der Produktionsanlagen nach zehnjährigem Verfall, Zerstörung durch Luftkrieg und Demontagen das dringlichste wirtschaftliche Gebot sind, bleibt die öffentliche Meinung diesem Problem gegenüber gleichgültig und läßt es zu, daß eine prohibitive Steuerpolitik jede Kapitalbildung unmöglich macht. Die Kosten wird in den kommenden Jahren „die Wirtschaft", aber nicht die Schlagwort-Wirtschaft, sondern die zu tragen haben, die aus der ganzen arbeitenden Bevölkerung ohne Ausnahme besteht.

Neue Wege der Wohnungsbau-Finanzierung

Ein Vorschlag der Studiengesellschaft für Trümmerverwertung

Die von öffentlichen und privaten Institutionen vor der Währungsreform ausgearbeiteten Pläne zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues gingen im wesentlichen darauf hinaus, durch mittelfristige Kredite über die „Wiederaufbaubank" der Bauwirtschaft die notwendigen Geldbeträge zur Verfügung zu stellen. Nach Bekanntgabe des Umstellungsgesetzes rechnete man vielerorts mit den 5%-Festkonten der verbleibenden Abwertungsbeträge als Grundstock für die Baufinanzierung, zu auch Marshall-Gelder und ERP-Überschüsse glaubte man zur Aufbringung der Kredite teilweise heranziehen zu können.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß keine dieser Quellen den beabsichtigten Zwekken dienlich gemacht werden konnte, und man sieht — abgesehen von der Möglichkeit einer Inlandsanleihe — vor der Aufgabe, den Wiederaufbau im wesentlichen aus eigener Kraft zu finanzieren. Dies aber bedeutet nichts anderes als Abzweigung eines nicht unerheblichen Teiles des Volkseinkommens für Aufbauzwecke, d. h. also: Sparen durch Konsumverzicht. Um welche Summen es sich dabei handelt, zeigt eine einfache Rechnung für das Gebiet des sozialen Wohnungsbaues. Auf Grund statistischer Angaben muß in den drei Westzonen mindestens für 8 Millionen Haushalte Raum geschaffen werden. Unterstellt man, daß wenigstens die Hälfte dieser Anwärter in den nächsten 5 bis 7 Jahren eine Neubauwohnung erhalten soll, so sind dafür bei einem Gestehungspreis von 6000 DM für die 45 qm-Wohnung allein 24 Milliarden Mark aufzubringen. Darin sind noch keine Kosten für die Trümmerbeseitigung enthalten, die ihrerseits noch rund 3 Milliarden Mark betragen dürften. Es ist klar, daß nach dem Scheitern der bisherigen Finanzierungspläne neue Wege gefunden werden müssen.

In diesem Zusammenhang verdient ein Vorschlag Beachtung, der unlängst von der Deutschen Studiengesellschaft für Trümmerverwertung herausgebracht worden ist. Der Vorschlag hat bei den maßgebenden Bank- und Verwaltungskreisen starken Widerhall gefunden, ist sonst aber in der Öffentlichkeit nur wenig bekannt geworden. Dr. Ernst Moser, Vorstandsmitglied der Gesellschaft und Schöpfer dieses Planes, hat die Möglichkeiten der Selbstfinanzierung des sozialen Wohnungsbaues eingehend studiert und in einer sehr ins einzelne gehenden Denkschrift zusammengefaßt.

Der Plan legt die Erstellung von zunächst 2,5 Millionen Wohnungen zugrunde mit einer durchschnittlichen Nutzfläche von 45 m² und 180 m³ umbauten Raumes für den vierköpfigen Haushalt. Der Mehr- bzw. Minderbedarf größerer oder kleinerer Familien kann dabei als sich aufhebend vernachlässigt werden. Bei dem Gestehungspreis von 6000 DM, der für derartige Wohnungen vertretbar ist, beläuft sich dieses Programm auf ca. 15 Milliarden Mark. Inwieweit die absolute Höhe dieses Betrages bei der gegenwärtigen, keineswegs vorausbestimmbaren Preisentwicklung aufbringbar ist, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle. Denn aufgebracht werden muß ein Betrag dieser oder ähnlicher Höhe unter allen Umständen — es sei denn, man verzichtet von vornherein auf die Behebung des Bestehenden Wohnungselendes.

Es ist nun naheliegend, zur Finanzierung eines solchen Programmes diejenigen Kreise heranzuziehen, die unmittelbar an der Beschaffung einer neuen Wohnung interessiert sind, also die Wohnungsuchenden selber. Und tatsächlich wird ein großer Teil von diesen bereit sein, durch neuerliche Sparfähigkeit das Anrecht auf eine eigene Wohnung zu erwerben, so nur die Gewißheit besteht, daß diese innerhalb einer begrenzten und überschbaren Frist auch wirklich zur Verfügung gestellt wird. Man könnte gegen einen derartigen Weg einwenden, er verstoße gegen das „höhere Gerechtigkeitsempfinden", weil man auch die Lasten des Wiederaufbaues von demselben Personenkreis getragen werden müßte, der vorher schon durch Verlust von Hab und Gut geschädigt worden ist, hingegen andere wieder frei ausgingen. Dem ist entgegenzusetzen, daß es sozialer ist, überhaupt wieder Wohnraum zu schaffen, auch um den Preis erneuter materieller Opfer, als den bisherigen Zustand des Über- und Ineinanderhausens zahlloser Familien noch länger hinzunehmen.

Die Maxime der Denkschrift geht daher von der Forderung aus, daß die gesamten 2,5 Millionen Wohnungen spätestens in 5 Jahren beziehbar sein müssen. Von dem zukünftigen Inhaber wird dabei zunächst eine monatliche Sparrate von 20 DM, also 240 DM jährlich, verlangt. Hat er die neue Wohnung bezogen, so soll diese Rate um einen der bisherigen Miete entsprechenden Betrag erhöht werden, wofür ein Betrag von 40 DM vorgesehen ist. Die Sparsumme beträgt dann also zusammen 60 DM im Monat oder 720 DM im Jahre. Im ungünstigsten Fall wird damit die Bausumme von 6000 Mark nach 13 Jahren aufgebracht sein, nämlich:

5 Jahre Sparfähigkeit durch Konsumverzicht:	5×240 = 1200,—
7 Jahre Sparfähigkeit plus Miete	7×720 = 5040,—
	6240,—

Im günstigsten Falle, d. h. für diejenigen, welche ihre Wohnung schon am Ende des 1. Baujahres beziehen können, erniedrigt sich der Finanzierungszeitraum auf 9 Jahre. Die anteiligen Kosten für die vorausgegangene Trümmerbeseitigung ist in dieser Rechnung noch nicht enthalten; sie sollen, wie besonders dargelegt ist, je nach dem technischen Stand der Räumverfahren 200 bis 300 Mark je Wohneinheit betragen.

Da das gesamte Investitionskapital schon in den 5 Baujahren verfügbar sein muß, ist es nötig, die Differenz zwischen Spargeldaufkommen und Investitionssumme durch Kredite auszugleichen. Damit sollen die regionalen Hypothekenbanken beauftragt werden, welche Sparbriefe in Höhe der Endsparsumme auszustellen hätten. Diese Sparbriefe geben gleichzeitig einen Rechtsanspruch auf die darin genannte Eigenwohnstätte. Da die Landesregierungen die Bürgschaft für die Sparbriefe zu übernehmen hätten, wären sie diskont- und beleihungsfähig. Durch ihre Diskontierung im Wege langfristiger Wechsel sollen sodann die Teilbeträge für die einzelnen Bauabschnitte regional flüssig gemacht werden. Aus einer in der Denkschrift aufgeführten schematischen Darstellung ist zu ersehen, daß die im 1. bis 3. Baujahr diskontierten Wechsel aus den inzwischen aufgestockten Sparbeträgen nach 5 Jahren voll eingelöst werden können. Das sind bis dahin 9 Milliarden Mark. Der Rest kann nach weiteren 4 Jahren eingelöst werden. Wichtig erscheint auch der Hinweis darauf, daß bei zunehmender Sparfähigkeit die Hypothekenbanken zur Herausgabe von Pfandbriefen auf der Grundlage der landesverbürgten Sparbriefe ermächtigt werden können. Durch eine derartige Emission bestünde die Möglichkeit, die Einlösung der diskontierten Wechsel in noch kürzerer Frist zu vollziehen.

Die Stärke des vorstehenden Finanzierungsvorschlages beruht ganz unbestreitbar auf der Heranziehung des Eigeninteressenten, wodurch die Bildung von Genossenschaften oder ähnlicher Personengesellschaften mit ihrer schwerfälligen Verwaltungsapparatur vermieden wird. Lediglich der Zusammenschluß von Grundeigentümern und ehemaligen Mietern wird empfohlen, d. h. derjenigen Personen, die unmittelbar an der Erstellung ihres Hauses oder Wohnblocks interessiert sind. Die konsequente Verfolgung dieses Vorschlages führt zu einer neuen juristischen Person, die hier „Wohneigenschaft mbH." genannt wird.

Nach ihren eigenen Worten ist die Denkschrift nicht als ein fertiges Programm zu betrachten, sondern als Anregung, wie die fehlende Mindestzahl von 2,5 Millionen Wohnungen durch reine Inlandsfinanzierung zu beschaffen sei. — Es wäre zu wünschen, daß sich die maßgebenden Ressorts der zukünftigen Bundesregierung die skizzierten Gedankengänge zu eigen machen und in die Tat umsetzen möchten.

Ostzonale Produktionswerte

Im Gegensatz zu den sonst so beliebten prozentualen Produktionsangaben für die wirtschaftliche Entwicklung der Ostzone, hat Fritz Selbmann von der DWK vor einiger Zeit auf einer gemeinsamen Tagung der Spitzenfunktionäre der DWK mit 45 Aktivisten aus allen Wirtschaftszweigen der Ostzone kürzlich konkrete Angaben über die Steigerung des Produktionswertes in den ersten drei Quartalen 1948 gemacht, darunter für den Bergbau, die Metallurgie, den Maschinenbau, die Elektroindustrie, die optische Industrie, die chemische Industrie, die Baumaterialienindustrie und die Textilindustrie, sowie summarisch für zwölf weitere wichtige Industriezweige der Ostzone. Man kann also annehmen, daß damit der Produktionswert der ostzonalen Industrie für die ersten neun Monate 1948 im wesentlichen erfaßt ist. Setzt man eine weitere leichte Steigerung, wie in den ersten drei Quartalen für das vierte Quartal voraus, so ergäbe sich für das laufende Jahr eine Gesamtproduktion im Werte von etwa 10,6 bis 11 Mrd. DM.

Was bedeuten nun diese Zahlen? Da keine näheren Angaben gemacht werden, ist wohl anzunehmen, daß es sich um Bruttoproduktionswerte handelt. Unter Berücksichtigung der verschiedenen hohen Nettoquote in den einzelnen Industriezweigen, die im Steinkohlenbergbau beispielsweise bei 77 % liegt und in der Steinbruchindustrie und Natursteinbearbeitung sogar bei 88 %, dagegen in der Holzimprägnation jedoch nur bei 38 % und in der Weberei bei 42 %, kann man im Durchschnitt eine Nettoquote von etwa 60 % annehmen. Auf dieser Basis würde der Nettoproduktionswert für die ersten drei Quartale etwa 4,8 Mrd. DM und für das ganze Jahr rund 6,4 bis 7 Mrd. DM betragen. Damit ist ein Vergleichswert zu früheren Industrieleistungen gegeben.

Nach dem Gesamtergebnis der amtlichen Produktionsstatistik aus dem Jahre 1936 hatten die nachstehenden Gebiete, die sich etwa mit den heutigen Gebieten der Ostzone decken, folgende Nettoproduktionswerte:

Land Sachsen	RM 3 489 200
Provinz Sachsen	RM 2 148 600
Brandenburg-Grenzmark Posen Westpreußen	RM 1 175 200
Thüringen	RM 1 002 300
Mecklenburg	RM 241 200
Insgesamt	RM 8 056 500

Nominell hätte damit die heutige Produktion der Ostzone etwa 90 % bis 95 % des Nettowertes der Erzeugung des Jahres 1936 erreicht. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Kaufkraft der Vorkriegsreichsmark entspricht, so daß also das Volumen der Gütererzeugung eine entsprechende Minderung erfährt. Auf die vorgenannten Gebiete entfielen 1936 etwa 23,6 % der gesamtdeutschen Produktion. Wie hoch der Anteil heute ist, ist eindeutig schwer zu bestimmen, da zu viele unberechenbare Faktoren eine Rolle spielen. Keinesfalls dürfte er aber den Vorkriegsanteil erreichen.

Von der immerhin recht beachtlichen Vorkriegsproduktion der Gebiete, die heute etwa der Ostzone Deutschlands entsprechen, und die in der Hauptsache auf das Land Sachsen, die Provinz Sachsen, Thüringen und Brandenburg entfiel, wurde 1936 ein überraschend niedriger Anteil mit etwa 1 Mrd. RM exportiert. Diese Ausfuhr entfiel zu etwa 80 % auf das Land Sachsen, die Provinz Sachsen und Thüringen. Das waren 12 % des Nettoproduktionswertes. Die restlichen 77 % wurden offenbar in den Produktionsgebieten selbst, in Berlin und in Westdeutschland verbraucht, wobei der große Konsument Berlin keine geringe Rolle gespielt haben mag. Übrigens ist die heutige Viersektorenstadt Berlin in den für 1936 angeführten Nettoproduktionswerten wie auch in der Ausfuhr nicht enthalten.

Die innerdeutschen Handelsbeziehungen sind infolge der Besetzung des Landes weitgehend zum Erliegen gekommen. Das trifft besonders für das laufende Jahr mit der sich ständig verschärfenden ost-westlichen politischen Spannung zu. Man hätte also annehmen sollen, daß die ostdeutsche Produktion zunächsten die Erzeugung von Verbrauchsgütern der Versorgung der ostdeutschen Bevölkerung und der Bevölkerung des Ostsektors Berlin zugute gekommen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Man muß dabei berücksichtigen, daß 1936 im Land Sachsen die Textilindustrie mit einem Nettoproduktionswert von 736 Mill. RM an erster Stelle stand, und die Produktion etwa ein Viertel der gesamtdeutschen Erzeugung ausmachte. An der Textilproduktion des Landes Sachsen war neben der Weberei vor allem die Wirk- und Strickwarenindustrie beteiligt. Hervorzuheben war auch die Pelzveredlung in Anlehnung an den Rauchwarenhandel in Leipzig und Umgebung. Die Provinz Sachsen spielte, ganz abgesehen davon, daß sie mit einem Nettoproduktionswert der chemischen Industrie von 397 Mill. RM nach der Rheinprovinz der bedeutendste Standort dieser Industrie in Deutschland war, eine bedeutende Rolle in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, besonders in der Zuckererzeugung. In Thüringen hatten sich optische Industrie, die feinmechanische Industrie und die Glasindustrie niedergelassen.

Wenn diese Industrien heute schon wieder in dem von Selbmann angegebenen Ausmaß produzieren, andererseits aber, wie schon erwähnt, die Versorgung der Bevölkerung in der Ostzone und in Ostberlin mit den Erzeugnissen der Textilindustrie und anderer Verbrauchsgüterindustrien mehr als unzulänglich erfolgt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß neben den gewiß nicht unbeträchtlichen Reparationslieferungen an die Sowjetunion, die in ihrem Auftrag handelnde DWK die Erzeugung in weit höherem Ausmaß exportiert, als dies vor dem Krieg der Fall war, wobei der Gegenwert dieser Exporte durchaus nicht in voller Höhe der ostdeutschen Wirtschaft und dem Lebensstandard der Bevölkerung zugutekommt. Das Verhältnis zwischen deutschem Eigenverbrauch und Export hat sich offenbar zuungunsten des deutschen Verbrauchers und nicht zuletzt des deutschen Arbeiters in der Ostzone verschoben, so daß der Arbeiter heute noch nicht einmal den Anteil an der Erzeugung erhält bzw. erwerben kann, der ihm vor dem Krieg zufiel. Außerdem erhält er heute nur die minderwertigsten Artikel, während die Qualitätserzeugung entweder auf Reparationskonto übernommen oder aber exportiert wird.

•

Berlin. Nach einer Verlautbarung des Ostmagistrats wurden 247 Betriebe oder Geschäfte die bisher treuhänderisch verwaltet wurden, an ihre Eigentümer zurückgegeben.

Berliner Ostmagistrat gegen Privatversicherung

Der Ostmagistrat Berlins bereit gegenwärtig einen Gesetzentwurf, durch den allen privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen die Betätigung im Ostsektor Berlins verboten werden soll. Als weitere ungesetzliche Maßnahme ist die Enteignung des im Osten von Berlin belegenen Vermögens der Gesellschaften zu erwarten.

Wie wir dazu von gut unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich bei der bevorstehenden Aktion um ein politisches Manöver, das von dem im britischen Sektor von Berlin befindlichen legalen Aufsichtsamt für das Versicherungswesen nicht gebilligt wird. An der weiteren Betätigung der in Frage kommenden Unternehmen in den Westsektoren Berlins ändert sich selbstverständlich nichts.

Vor Änderung der sozialen Beiträge

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung ist in den letzten Tagen wieder so ziemlich alles in Fluß gekommen. Über verschiedene Fragen wird noch weiter verhandelt, und die Ergebnisse sind erst in der nächsten Woche zu erwarten, einige Fragen sind im wesentlichen bereits entschieden.

Von diesen steht an erster Stelle die Entscheidung, daß selbständige Gewerbetreibende und selbständige Landwirte auf Arbeitslosenversicherung Ansprüche haben. Es kommt vor allem in Süddeutschland sehr häufig vor, daß ein Mann eine kleine Landwirtschaft selbständig betreibt, gleichzeitig aber auch als Arbeitnehmer in der nahelegenden Stadt arbeitet. Wenn ein solcher Mann arbeitslos wurde, dann erhielt er bisher keine Arbeitslosenversicherung, obwohl er doch versichert war. Das hat sich nun geändert.

Im Prinzip ist auch für die Versicherungsbeiträge die Entscheidung bereits gefallen: Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird von 6 % auf 4 % ermäßigt werden. Dafür sollen die Beiträge für die Angestellten- und Invalidenversicherung von 9 % auf 11½ % erhöht werden; nur die Krankenversicherungsbeiträge bleiben gleich hoch. In ähnlichem Rahmen bewegen sich die Vorschläge auch in der französischen Zone.

Diese neuen Entscheidungen sind von großer Tragweite. Es ist ja bekannt, daß wegen der geringen Arbeitslosigkeit vor und nach der Währungsreform der Stock erheblich angeschwollen ist. Wir haben unsern Lesern mehrfach mitteilen können, daß manche Institution auf diesen Stock geschaut hat und hoffte, daraus einen Kredit zu bekommen. Wenn man bedenkt, daß Rheinland-Pfalz von der Währungsreform bis zum 31. Januar 4 Mill. DM an diesen Stock gezahlt hat, dann kann man sich ungefähr vorstellen, daß es sich hier um erhebliche Beträge handelt.

Man hat nun durch diese neue Regelung zwei Fliegen zur einer Klappe schlagen wollen. Erstens wollte man eben, um den Stock nicht immer weiter steigen zu lassen, den man doch nicht zu benötigen meinte, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung herabsetzen. Zweitens wollte man die dadurch dem Arbeiter und Angestellten ersparten Beiträge (nicht etwa ihm belassen!), sondern dafür verwenden, die Beiträge für die Sozialversicherungen zu erhöhen, denn die Invalidenversicherung hat ja schon immer, auch in tiefen Friedenszeiten, Zuschüsse aus staatlichen Mitteln erhalten. Man will also erreichen, daß diese Zuschüsse geringer werden, weil man die Versicherungsbeiträge erhöht.

Nun ist die Situation aber keineswegs so eindeutig wie mancher hohe Beamte und manche Zeitung meint. Wir wollen nur zwei Gesichtspunkte aus diesem Komplex herausgreifen: Die Zahl der Arbeitslosen ist in der Doppelzone bis Ende Januar auf 944 186 gestiegen. Allein im Januar ist diese Zahl um über 200 000 gestiegen. Gegenüber dieser Tatsache steht eine Erklärung von Herrn Odenthal aus Rheinland-Pfalz, daß er mit einer industriellen Belebung im Frühjahr rechnet. Auch in den neuen Vorschlägen steckt die Hoffnung darauf, daß wir wenig Arbeitslose haben und man mit den durch die Arbeitslosenversicherung eingehenden Gelder Wohnungen bauen könnte. Nun, wir werden abwarten müssen. So wie wir heute die wirtschaftliche Lage betrachten, besteht leider die begründete Vermutung, daß die Arbeitslosigkeit im Februar und März noch zunehmen wird. Auch von der Frühjahrsbelebung sollte man nicht zuviel hoffen. Wohl wird die Landwirtschaft Arbeitskräfte brauchen, aber die Bauwirtschaft, die früher auch im Frühjahr viel Arbeitskräfte brauchte, steht in Deutschland vor dem Ruin. Die Konkursziffern aus dieser Branche sind erschütternd.

Die zweite Moment, das herauszugreifen wäre, liegt vorläufig noch im Schoße der Götter. Heute kann nur soviel gesagt werden: Man wird sich bemühen, die Arbeitslosenfürsorge auf einen wesentlich breiteren Kreis von Menschen auszudehnen. Dadurch würden zweifellos die Wohlfahrtslasten entlastet werden zu Lasten der Stocks.

Zur Zeit hat sich ja darin das Bild sehr schnell gewandelt. Wer noch vor einem Jahr arbeitslos war, der wollte nicht arbeiten oder war krank; wer heute arbeitslos ist, ist oft gern bereit und auch noch fähig zu arbeiten, aber er findet eben keine Beschäftigung. Unter diesen Umständen könnte die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags zu einer Gefahr werden, die nur durch eine schnelle Belebung der Industrie gebannt werden kann.

Im übrigen bleibt die soziale Belastung auch nach der neuen Regelung noch sehr groß. Bisher zahlte für Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Invalidenversicherung zusammen der Arbeitgeber insgesamt 11½ % und der Arbeitnehmer 9½ % vom Grundlohn, also insgesamt 21 %. Nach der neuen Regelung würde der Arbeitgeber insgesamt 11,5 % und der Arbeitnehmer 8,5 % vom Grundlohn zu zahlen haben, also insgesamt wieder 21 %. Trotzdem bedeutet sie also eine kleine Erleichterung für den Arbeitnehmer.

Fast 1 Million Arbeitslose

Frankfurt. Ende Januar wurden in der Doppelzone 944 186 Arbeitslose gezählt gegenüber 750 000 Ende November 1948. Davon entfallen 510 372 auf die britische und 433 818 auf die amerikanische Zone. Die stärkste Arbeitslosigkeit verzeichnet Bayern mit 331 600.

Damenstrümpfe – ein Problem

Über Strümpfe seufzen die Damen, die sie tragen und die Männer, die sie bezahlen müssen. Zwischen DM 4,50 und DM 15,— schwanken die Preise der schönen Seidengewebe, die die Waden umspannen und nicht nur die Frauen-, sondern auch die Männeraugen erfreuen. Diese Preise haben schon einen erheblichen Sturz hinter sich. In den Monaten November und Dezember 1948 waren sie rund 60 % teurer; aber auch die jetzigen Preislagen liegen noch ca. 400 % über dem Vorkriegspreis von 1938/39, als gute Qualitätsstrümpfe für RM 1,20—2,50 im Einzelhandel erhältlich waren.

Mangel an Strumpfmaschinen

Bekanntlich wurden moderne Seidenstrümpfe auf Spezial-Strumpfwirkmaschinen hergestellt, die nach ihrem Erfinder „Cotton"-Maschinen genannt werden. Diese Maschinen sind 17 t schwer, 17 m lang und haben 184 000 Bestandteile. Auf diesen Maschinen können in einem Arbeitsverfahren gleichzeitig 30—40 Strumpflängen gewirkt werden, die der Bein- und Fußform angepaßt sind. In der Westzone sind so gut wie keine dieser Maschinen vorhanden, denn die deutsche Strumpfproduktion hatte ihren Standort in Sachsen. Da Lieferungen von dort auf legalem Wege ausfallen, ist die Westzone auf eigene Produktion angewiesen, das bedeutet aber nicht nur, Strümpfe zu produzieren, sondern, was weit schwieriger ist, die Maschinen herzustellen, auf denen Strümpfe gewirkt werden sollen. In Süddeutschland sind neue Maschinenfabriken entstanden, die sich mit der Herstellung von Cottonmaschinen für die Strumpfproduktion befassen. Die Herstellung dieser Maschinen ist infolge ihrer Beschaffenheit mit erheblichen Materialschwierigkeiten verbunden.

Bedarfsmäßige Produktion

Nur vereinzelt bietet der Einzelhandel Strümpfe an, die den Vorkriegsqualitäten entsprechen. Die meisten zum Verkauf kommenden Damenstrümpfe entspringen mangels vorhandener Cottonmaschinen einer behelfsmäßigen Produktion und weisen, was jede Trägerin dieser Strümpfe beklagen wird, erhebliche Mängel auf. Die Beinlängen werden aus Wirkstoff geschnitten, Fersenzwickel und Fuß des Strumpfes sind mittels Naht angesetzt. Diesen „Kindern der Not" fehlt vor allen Dingen, die mit dem Wirkvorgang verbundene, auf der sogenannten „Minderung" (Verringerung der Maschenzahl) an Oberschenkel, Wade und Fußkeil beruhende Anpassung an Bein und Fuß.

Das Strumpfmaterial

Für kunstseidene Damenstrümpfe können infolge ihrer Beschaffenheit nur die feuersten Kunstseidengarne Verwendung finden. Ein Paar Strümpfe aus Kunstseide wiegt durchschnittlich 80—150 Gramm. Bei diesem niedrigen Gewicht und entsprechendem Materialverbrauch ist mit Rohstoffschwierigkeiten kaum zu rechnen. Naturseidene Strümpfe, die ein Paargewicht von 15 Gramm haben, werden aus importiertem Material und deshalb nur in begrenzten Mengen hergestellt. Ihre Herstellung kann nur auf den Cottonmaschinen erfolgen. Wegen ihrer Feinheit des Materials sind sie als „geschnittene" Strümpfe ungeeignet. Die bei der Damenwelt besonders beliebten Nylonstrümpfe werden aus eigener Produktion in absehbarer Zeit kaum zu erwarten sein. Eine Ludwigshafener Strumpffabrik stellt eine Art Nylonstrümpfe aus deutscher Perlonfaser her.

Mißverhältnis von Preis und Qualität

Bei der geringen Qualität, die die derzeit zum Verkauf kommenden Strümpfe aufweisen, ist im Hinblick auf den dadurch bedingt hohen Verschleiß die Preislage der Strümpfe sehr unzeitgemäß. Der Strumpf ist für die Frau das relativ teuerste Kleidungsstück, denn nähte von ihrer Garderobe muß so häufig wegen Verschleiß ersetzt werden wie der Strumpf. Ein Verzicht auf Strümpfetragen dürfte aus gesundheitlichen Gründen wirklich nur an heißen Sommertagen zu verantworten sein. Die jetzige Preislage ist daher für die breite Masse sozial untragbar. Ein Vergleich der Strumpfpreise von 5,— Mark 1938 und 7,50 als Durchschnittspreis 1949 (4,50—15,— DM) ergibt eine absolute Steigerung von 370 %. Werden außerdem noch verminderte Qualitätsverhältnisse berücksichtigt, wobei eine Erhöhung des Strumpfverschleisses mit 100 % angenommen werden muß, so beträgt die Preissteigerung nicht 370 %, sondern weist die erschreckende Zahl von 750 % auf.

Es wird nicht verkannt, daß mit Rücksicht auf die gestiegenen Produktionskosten und sonstigen Belastungen der Betriebe der Vorkriegspreis für Strümpfe von 1,50—2,— DM kaum wieder zu erreichen sein wird. Aber bei sorgfältiger Kalkulation der Herstellung und Ausschaltung allen unproduktiven Zwischen- und Kettenhandels dürfte noch mit einer weiteren Preissenkung gerechnet werden können. Vor allem ist zu wünschen, daß durch die anlaufende Produktion der Cottonmaschinen wieder Qualitätsstrümpfe auf den Markt kommen.

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B., Postfach 308. Chefredakteur Oskar Kramer, Frankfurter Redaktion: Dr. E. Hoffmann, A. d. Römerstraße 11. Satz und Druck: Badendruck GmbH. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung steht lediglich dessen Privatsprechung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe. — Bezugspreis monatlich DM 2.— einschl. Zustellgebühr oder Porto. Preisbezug nur vierteljährlich. Rechtzeitiges Verlangen; Störungsfälle. Anzeigen von Bezugs- und Anzeigenbestellungen beim Verlag, oder bei der „Wirtschaftsrevue"-Werbeabteilung, Rastatt/Baden. Rechtsfolge d. Anzeigenpreise Nr. 4 gültig.

Der vertikale Aufbau von Kohle und Eisen

Durch vertikale Kombination zu volkswirtschaftlicher Höchstleistung

Wie in unserer letzten Ausgabe gemeldet, ist die Verbundwirtschaft zwischen Eisen und Kohle äußerst umstritten. Die vertikale Gliederung in der Schwerindustrie und damit die sinnvolle Verbindung der Kräfte der beiden Hauptgrundstoffindustrien hat dem Ruhrrevier zu seiner bedeutsamen Geltung im In- und Auslande verholfen. Bei den in der nächsten Zeit sich anbahnenden Entscheidungen wird es sich darum handeln, ob die Ruhrindustrie in der Zukunft auf diese leistungsfähige Betriebsform verzichten soll oder ob ihr die alten bewährten Grundlagen ihrer Betriebstechnik und Betriebswirtschaft wiedergegeben werden. Die folgenden Ausführungen vermitteln einen Einblick in einige der wesentlichen Probleme, um die es sich hier handelt.

Unter der Verbundwirtschaft im engeren Sinne versteht man die intensive gleichmäßige Ausnutzung der von der Kohle gewonnenen Energie in den Werksgruppen der verschiedenen Verarbeitungsstufen. Sie ist im Ruhrgebiet zunächst durch die räumliche Konzentration des Energieträgers begünstigt worden, hat aber dann die beispiellose Entwicklung gerade hier genommen, weil sie sowohl den Interessen des Bergbaues, wie denen der Eisenschaffung und der Eisenverarbeitung entgegenkam. Dem Bergbau verhand sie seinen weitaus größten Abnehmer. Entfielen doch auf die Eisen- und Metallgewinnung und -verarbeitung rund 39% des inländischen Verbrauchs von Ruhrkohle im Jahre 1936.

Innerhalb des Kortenreichtums im Ruhrkohlenbergbau bestand ein besonderes Absatzproblem für sogenannte Feinkohle, da in dieser Gestalt 40 bis 50% der Gesamtförderung anfallen, während die Verbraucherschaft allgemein die Stückkohle bevorzugte. Für die feine Fettkohle und neuerdings auch für die Gas- und Gasflamm-Feinkohle aber fanden die Zechen die Sicherung des Absatzes im Kokshedarf der Hochöfen. Während also die Feinkohle der Fett-, Gas- und Gasflammkohlenzechen zum größten Teil in die Kokerei wandern konnte, blieb das Absatzproblem für die Feinkohle der Anthrazit- und Eßkohlen-Zechen lange ungelöst. Erst die Einführung der Kohlenstaubfeuerung für die Gewinnung von Elektrizität hat dieses Problem gelöst. Wiederum war es die Eisen schaffende Industrie, die als Hauptabnehmer in Frage kam, sei es, daß sie in ihren eigenen Kraftwerken zusätzlich derartige unverkäufliche Sorten verwendet, sei es, daß sie von den Zechenkraftwerken die dort aus dieser „Ballastkohle" gewonnene Energie bezieht. Wenn auch die Stromerzeugung der Hüttenwerke zu großem Teil auf der Verwendung von Gasmaschinen beruht, so gewinnt auch die Kohlenstaubfeuerung heute in den Kraftwerken der Hüttenbetriebe zunehmend an Boden.

Energie als größter Kostenfaktor

Die Eisen schaffende Industrie hat seit Einführung des Kokshochofens nicht aufgehört, die engste Verbindung zu ihrer Energiegrundlage zu suchen und laufend zu vervollkommnen. Sie ist dazu von Natur aus gezwungen; denn die Energie, die zur Schmelzung und Reduktion des Erzes, zur Reinigung, Verformung und Beförderung des Eisens benötigt wird, ist der größte Posten in ihrer Kostenrechnung. Diesen Kostenfaktor möglichst klein zu halten und seine Last auf möglichst viele Stufen gleichmäßig zu verteilen, war der vorherrschende Gesichtspunkt, der zu den beiden grundlegenden wärmetechnischen Fortschritten geführt hat, ohne die die Eisen schaffende Industrie Deutschlands heute nicht mehr denkbar ist: die vollkommene Ausnutzung der im Hochofen dem Produkt mitgegebenen Wärme (Arbeiten in einer Hitze vom Hochofen über Roheisenmischer, Stahlwerk bis zum Walzwerk) und die Verwertung der Abgase. Energiekosten in der Eisen schaffenden Industrie sind letzten Endes fast immer Kohlenkosten, da 93% des Energieaufwandes von der Steinkohle, der kleine Rest von Braunkohle, Wasserkraft und flüssigen Treibstoffen herstammt. Unter Einrechnung aller Verbrauchsstellen vom Hochofen bis zum Walzwerksprodukt erfordert die Erzeugung einer Tonne Rohstahl die Förderung von rund 1,5 t Steinkohle in der Grube, während von dem anderen Rohstoff Eisenerz normalerweise nur knapp 1,3 t gefördert werden müssen für die durchschnittliche Rohstahltonne an der Ruhr.

Qualitätsansprüche an Koks und Kohle

Menge und Preis ihres Kokshedarfs waren aber nicht allein entschrichend, wenn die Hüttenwerke aller Länder sich um eine eigene Koks- und Kohlengrundlage bemühten, sondern es kamen ganz bestimmte Qualitätsansprüche hinzu, denen der Koks im Hochofen und die Kohle in der Kokerei entsprechen müssen. Auch die Empfindlichkeit des Kokses gegen mehrfache Verladung und Transporte mußte berücksichtigt werden und führte dazu, daß man dort, wo Hüttenwerks und Kohlengruben weit voneinander entfernt liegen, wenigstens die Kokerei im Hüttenwerk anlegte. Im Ruhrgebiet, wo die Zechen selbst unmittelbar beim Hüttenwerk liegen, war das nicht erforderlich; hier entstanden die Kokereien im allgemeinen bei der Zeche. Aber zu keiner Zeit stand die engste betriebliche Verbindung zwischen Hüttenwerk und Zechenkokerei in Frage. Die eigentliche Entwicklungsarbeit in der Kokserzeugung wurde und wird auch heute noch vom Kokshedarf des Hochofens her bestimmt. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hochöfen ist aufs engste mit der Herstellung eines besonders tragfähigen Kokses von hoher „Trommelfestigkeit" (d. i. der Gradmesser für die Koksfestigkeit) verbunden. Das Problem der Verkokbarkeit anderer Sorten als der Fettkohle, das bei den gesteigerten Anforderungen der westeuropäischen Eisenindustrien an die deutsche Kohlenwirtschaft höchste Bedeutung hat, ist in Vergangenheit und Gegenwart nur in Zusammenarbeit von Zeche, Kokerei und Hochofenwerk weitergetrieben worden. Das gilt für das Ruhrgebiet ebenso wie für die anderen Steinkohlenreviere von Aachen, Belgien, Nordfrankreich, Saar und Lothringen, auch wenn die Ruhrkohle dank ihres Sortenreichtums einen gewissen Vorsprung vor den anderen hat. Auch bei der Zusammensetzung des Kokses, bei seinem Aschengehalt und seiner Verunreinigung mit unerwünschten Beimengungen, wie Schwefel, spricht der Hochofner ein wichtiges Wort mit. Die kleinste Abweichung vom normalen Schwefelgehalt im Hochofenkoks kann sich unter Umständen im Eisen bis zum Stahl und zum Endprodukt fortsetzen und nachteilig auswirken. Für den Hochofner ist Koks nicht gleich Koks, und Kohle nicht gleich Kohle, sondern hier muß durch feste Lieferbeziehungen ein Gegengewicht gegen die Mannigfaltigkeit der chemischen Zusammensetzung, die bei der großen Zahl von Flözen und Sorten unvermeidlich ist, geschaffen werden, wie sie ihre Verkörperung in den „Hüttenzechen" des Ruhrgebiets fanden.

Die Trennung von Zeche und Hüttenwerk

an der Ruhr würde einen betriebstechnischen und wirtschaftlichen Vorzug beseitigen, um den andere Hüttenreviere des In- und Auslandes das Ruhrgebiet von jeher beneidet haben; sie würde aber deswegen gerade an der Ruhr besonders bedenklich sein, weil hier im Gegensatz zu anderen Hüttenbezirken (Saar, Lothringen, teilweise auch England und USA) die Kokerei nicht bei der Hütte, sondern bei der Zeche liegt. Daß das Interesse der Eisen schaffenden Industrie am Ruhrbergbau weit mehr von der Koksfrage als von einem machtpolitischen Gesichtspunkt bestimmt war, geht aus den Anteilen hervor, die die Eisen schaffenden Unternehmungen des Ruhrgebiets an Kohlenförderung (48,85%) und an Kokserzeugung (51,7%) hatten; bei allen liegt ihr Anteil an der Kokserzeugung höher als ihr Anteil an der Steinkohlenförderung.

Die zentrale Stellung, die der Kokskohle in der Verflechtung des Ruhrkohlenbergbaues mit anderen Industrien zukommt, drückt sich auch darin aus, daß nahezu alle Fett-, Gas- und Gasflammkohlenzechen mit Koks- und Gas-Großverbrauchern vertikal verflochten sind. Die Verflechtung mit der Eisenhüttenindustrie hat auf der Bergbauseite auch die sogenannte bergbauliche Verbundwirtschaft gefördert, d. h. die Zusammenfassung mehrerer Schächte zu modernen Großanlagen, wobei den einzelnen Schächten spezialisierte Aufgaben zugewiesen, die Veredelungs- und Hilfsbetriebe, vor allem Kokereien und ihre Nebenproduktenanlagen aber auf Hauptabnehmerpunkte konzentriert werden konnten. Die stärkste Förderung der Verbundwirtschaft kam von der

Verwertung der Abgase

in Kokereien und Hochöfen, die in älterer Zeit (in manchen Industrieländern sogar noch bis in die 20er und 30er Jahre) unverwertet geblieben waren. Das Kokereigas, das zunächst nur zur Unterfeuerung der Koksöfen selbst herangezogen wurde, fand als hochwertiger Brennstoff Eingang in den Glüh- und Schmelzöfen der Eisenschaffung, wo es dank seiner gleichbleibenden Qualität bald gegenüber dem aus „grüner Kohle" gewonnenen Generatorgas vorgezogen wurde. Das Hochofengas, das zunächst nur im Hochofenbetrieb selbst Verwendung fand und als Schwachgas wenig sonstige Verwendungsmöglichkeiten zu haben schien, konnte zur Beheizung und zur Krafterzeugung im weiteren Hüttenbetrieb und bald auch zur Beheizung der Koksöfen herangezogen werden.

Diese Verbundwirtschaft in ursprünglicher, d. h. energiewirtschaftlicher Bedeutung, hat seit langem eine Ausdehnung auf die allgemeine technische Zusammenarbeit zwischen Bergbau, Hüttenwerk und Eisenverarbeitung erfahren. Die technischen Fortschritte, die zu der geschilderten Leistungssteigerung der Energiewirtschaft geführt haben, sind nur in engster Zusammenarbeit aller beteiligten Stufen erzielt worden. Wie das Fehlen dieser Verbundwirtschaft die Entwicklung der Eisenhüttenindustrie zurückhalten kann, dafür sei folgender Absatz aus dem Bericht des englischen May Committees über die Reorganisation der englischen Eisenindustrie (im Juli 1937 dem Parlament vorgelegt) wörtlich zitiert: „Als zusätzliche Aufschubbegründung für den Ausbau der Koksöfen und der Hochöfen sind die schwierigen Absatzverhältnisse für die überschüssigen Kokschen- und Hochofengase anzusehen, die in Deutschland eben in der Verbundwirtschaft ausgeglichen werden und mit dem Überschuß in die Verarbeitung gehen). Schätzungsweise macht das Fehlen einer passenden Absatzmöglichkeit für derartige überschüssige Gase einen Unterschied von 8 sh oder 10 sh je Tonne bei den Rohstoffgestehungskosten aus."

Die technische Verbundwirtschaft im engeren und im weiteren Sinn ist eine der tragenden Säulen der industriellen Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet geworden. Auf ihr beruht die Wettbewerbsfähigkeit der dort hergestellten Erzeugnisse auf dem Weltmarkt. Erst sie hat es ermöglicht, die Benachteiligung gegenüber anderen schwerindustriellen Bezirken wettzumachen, die einmal in der großen Entfernung von der Erzbasis, zum anderen in der kostspieligeren Fördertechnik für die Ruhrkohle besteht. Ein Eingriff in diese Verbundwirtschaft muß die Wurzeln der industriellen Stellung und der Wettbewerbsfähigkeit treffen. Wenn ein so kritischer Wissenschaftler, wie der englische Nationalökonom Marshall, sagt, daß nur in der Montanindustrie die vertikale Kombination entscheidende technische Vorteile gebracht habe, so erfährt damit auch die Ruhr-Eisenindustrie eine Rechtfertigung von höchster wissenschaftlicher Autorität.

Produktivität der Gesamtwirtschaft erhöht

Daß alle technischen Gesichtspunkte, die zur Verbundwirtschaft führten, auch reale kaufmännische Vorteile durch Verbesserung der Marktstellung und Erhöhung der Rentabilität brachten, ist selbstverständlich. Aber neben dem einzelwirtschaftlichen Erfolg steht als überragendes Ergebnis die Leistung, die der gesamten Volkswirtschaft zugute kam. Diese volkswirtschaftliche Leistung wird vielfach in der öffentlichen Meinung hinter der Beobachtung der privatwirtschaftlichen Rentabilität zurückgesetzt. Das gilt vor allem dann, wenn rein wirtschaftliche Überlegungen zur Bildung der industriellen Kombinationen geführt haben, ohne daß so handgreifliche technische Fortschritte wie in der technischen Verbundwirtschaft sichtbar wurden. Produktionstechnische und marktwirtschaftliche Erwägungen, die zur Verbesserung der Ertragslage führten, stellten auch echte volkswirtschaftliche Gewinne dar, denn sie erhöhten die Produktivität der Gesamtwirtschaft und setzten den erforderlichen Aufwand herab, begründeten und erhielten die Wettbewerbsfähigkeit und damit Werte, die einen beachtlichen Teil des Volksvermögens darstellten.

Die Eisen schaffende Industrie ist hinsichtlich ihres Kostengefüges anlagen- und materialintensiv, d. h. in den Kosten ihrer Erzeugnisse machen die Aufwendungen für Verzinsung und Amortisierung des in den Anlagen investierten Kapitals und die Kosten für die Massen der benötigten Rohstoffe (Erz, Kohle u. a. m.) den Hauptanteil aus. Damit ist die Eisen schaffende Industrie von jeher auf zwei Wege zur Verbesserung ihrer Kostenlage verwiesen: 1. muß sie den größten Ertrag aus Rohstoff und Energieträger erwirtschaften (vollständige Ausnutzung von Rohstoff und Energie, Verwertung der Abfallprodukte), 2. muß sie die aus den kostspieligen Anlagen erwachsenden unausweichlichen Lasten (die fixen Kosten) auf eine möglichst breite Leistung verteilen und durch solche Produktionen ausgleichen, die weniger stark mit fixen Kosten belastet sind (Massenproduktion und erhöhte Durchsatzgeschwindigkeit mit dem einmal gegebenen Produktionsapparat, Verfeinerung des einmal gegebenen Werkstoffs in arbeitsintensiver Fertigung).

Welche wichtige Rolle in der Kostengestaltung der Eisenerzeugung seit langem die wirtschaftliche Verwertung der in Massen anfallenden Abfallprodukte (Verarbeitung der Hochofen- und Thomasschlacke an Ort und Stelle zu Zement, Schlackensteinen, Schlackensand usw., bzw. zu Thomasschlackenmehl) spielt, darf als allgemein bekannt angenommen werden. Weniger bekannt und anerkannt dagegen ist die Tatsache, daß die Wirtschaftlichkeit eines modernen Eisenhüttenunternehmens in einem Produktionsprogramm beruht, bei dem für die Kosten eine gesunde und elastische Mischung von fixen Kosten für die Anlagen und von veränderlichen (variablen) Kosten für Material und Löhne besteht.

Diese Elastizität ihres Arbeitsprogrammes

erst sichert den Eisen schaffenden Unternehmungen eine Anpassungsfähigkeit an das Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunkturen (Erhöhung der Krisenfestigkeit) an die wechselnde technisch-qualitativen Anforderungen der Eisenverbraucher.

Der Eisen schaffende Massenbetrieb ist auf einen qualitativ und quantitativ gleichmäßigen Zugang seiner Rohstoffe angewiesen. In allen Ländern haben darum die Eisen schaffenden Unternehmungen, solange es überhaupt eine Eisenverhüttung gibt, auch die möglichst innige Verbindung zum Erz, d. h. die eigene Erzgrundlage gesucht. Den Ruhrhütten waren seit Erschöpfung der örtlichen Erzvorkommen durch die Bescheidenheit der verbleibenden inländischen Versorgungsmöglichkeiten bestimmte Grenzen gezogen, weswegen bei ihnen die enge betriebliche Verbindung von Hütte und Erzgrube nicht so gegeben ist, wie bei den Werken in Niedersachsen oder in Luxemburg und Lothringen. Ist in diesen Bezirken wie übrigens auch bei vielen englischen, nordamerikanischen und russischen Werken das Vortreiben der vertikalen Kombination in die Erzstufe kennzeichnend, so wurde es für die Ruhrhütten, wie schon gesagt, die Kombination mit der Vorstufe der Kohlen- und Kokserzeugung. Ihr entspricht auf der anderen Seite die vertikale Kombination mit der weiteren Verarbeitung der Eisenhüttenprodukte.

Nun darf die Tendenz zur vertikalen Kombination in der Eisenwirtschaft nicht für sich allein betrachtet werden. Sie ist vielmehr stets von mehr oder minder ausgeprägten Entwicklungslinien

in der horizontalen Richtung

d. h. zur Vereinigung gleichartiger Betriebe begleitet worden. Für das Zusammenwirken von vertikaler und horizontaler Konzentration in der Eisenwirtschaft gilt, daß die Entwicklung in der Vertikalen in Zeiten unsicherer Rohstoffversorgung, aber günstiger Absatzverhältnisse, vorherrschte, während Zusammenschlüsse in der Horizontalen dann angestrebt wurden, wenn die Aufnahmefähigkeit des Marktes nachließ und auf breiterer Ebene Maßnahmen zur Anpassung an die Marklage und zur Verbilligung der Produktion notwendig wurden. Die horizontalen Zusammenschlüsse haben vor allem im Zeitalter der Rationalisierung mit ihren verschiedenen Formen (Typisierung, Normung, Spezialisierung, Betriebsvergleiche) an Wertschätzung gewonnen, wenngleich auch ihre Fähigkeit, durch Vereinigung möglichst vieler Erzeuger auf der gleichen Stufe zu einer Beherrschung des Marktes und zur Einschränkung des Wettbewerbs zu gelangen, immer wieder zur Kritik herausgefordert hat.

Aus der vertikalen Kombination erwuchsen bemerkenswerte finanzielle Ersparungen (Zwischengewinne, Umsatzsteuer). Ihre wichtigste

finanzielle Funktion

aber lag in dem internen Kräfteausgleich, den sie bei unterschiedlicher Kräftesumme in den einzelnen Stufen von Kohle, Eisen und Stahl und Verarbeitungsprodukten ermöglichte. Dieser als „Mischrechnung" bekanntgewordene interne Ausgleich hatte sowohl nach dem ersten Weltkrieg wie in den 30er Jahren einen wichtigen Anreiz für die Weitertreibung der vertikalen Kombination gegeben. Nicht selten wird der Umfang der vertikalen Zusammenschlußbewegung gerade in der genannten Zeit auf die Differenz der zwangsweise niedergehaltenen Kohlen- und Eisenpreise gegenüber den höheren Erlösen der Verarbeitung zurückgeführt. Man mag das sehen wie man will. Tatsache ist jedenfalls, daß die vertikale Kombination von Eisenschaffung und -verarbeitung erst das Durchhalten auch verlustbringender Zeiten in der Eisenschaffung, besonders aber die staatliche Preispolitik, ermöglichte, die die Eisenpreise bekanntlich auf dem Tiefstand der Krisenjahre festhielt. Das gleiche gilt für die Kohle, wo die von den niedrigen Stoppreisen herrührende Gefährdung der Rentabilität von der vertikalen Kombination des Ruhrkohlenbergbaus aufgefangen werden konnte.

Die Stellung zu dieser im Interesse der Eisen- und Stahlindustrie und ganz allgemein der deutschen Volkswirtschaft liegenden Verbundwirtschaft ist nicht einheitlich. Die Eisen- und Stahlindustrie strebt sie natürlich an, und was die in ihr beschäftigten Arbeitnehmer angeht, so ist von ihrer Seite vor einigen Monaten auf die Notwendigkeit der Angliederung der Vorstufe hingewiesen worden, als der Eisen- und Stahlindustrie aus politischen Gründen der Kostenausgleich versagt worden war und deshalb eine Verschlechterung der Ertragslage und Gefährdung des Lohnniveaus befürchtet wurde. In Gewerkschaftskreisen ist neben einer Zurückhaltung auch eine positive Einstellung zu diesem Problem wahrzunehmen. Auf der Kohlenseite allerdings möchte man gerne allein sein, was sowohl von der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung als auch von der Industriegewerkschaft Bergbau geäußert worden ist, und man wird das verstehen, wenn daran erinnert wird, daß etwa vier Fünftel von der Gesamtproduktion des Bergbaus sich in der Gewinnzone befindet, und man keine Lust hat, sich mit einem „kranken Mann" zusammen zu tun. In früheren Zeiten ist es aber immer so gewesen, daß sich die Kohlen- und Eisenseite wechselseitig wirtschaftlich ergänzt haben, und daß die Hütten- und Stahlwerke gelegentlich auch die Kohle mit durchgezogen haben.

Konjunkturelle Einwirkungen können auch heute wieder, und zwar sehr bald, dazu führen, daß die Kohle ihrerseits Anschluß bei der Stahlindustrie suchen und finden muß. Das Gesetz Nr. 75 lehnt die Verbundwirtschaft nicht ohne weiteres ab, sondern will sie nur dann gestatten, wenn der wirtschaftliche Nachweis der Notwendigkeit erbracht wird, und die Stahlgesellschaft ist jeweils beweispflichtig. Die Versorgung der Hütten mit Brennmaterial auf dem Vertragswege zu sichern, wird in der Eisen- und Stahlindustrie für unzureichend erklärt, und zwar werden zum Beweise dafür vielerlei betriebstechnische, hüttentechnische und allgemein organisatorische Faktoren, abgesehen von betriebswirtschaftlichen Fragen, überzeugend vorgebracht. Es bleibt zu hoffen, daß schließlich ein Ausgleich der berechtigten Forderungen möglich sein wird und der Eisen- und Stahlindustrie der Doppelnutzen die besten Existenzvoraussetzungen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, unserer Wettbewerbsfähigkeit und der in ihr beschäftigten Werktätigen gegeben werden.

Am Ausguck: Zwischen „Wahrscheinlichkeit" und „Gewißheit"

Die für die Atlantikpakt-Kandidaten schwer verständliche Haltung des Senats bei der Debatte über die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten haben starke Beunruhigung ausgelöst. Es ist zu erwarten, daß die westeuropäischen Länder eine klare Stellungnahme von den USA fordern werden, bevor weitere Verhandlungen über den Atlantikpakt geführt werden. Der holländische Botschafter hat sich bereits in diesem Sinne an das US-Außenministerium gewandt. In der erwähnten Debatte erklärten die Führer der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, der demokratische Senator Connally und der Republikaner Vandenberg, daß der nordatlantische Sicherheitspakt die Vereinigten Staaten nicht automatisch zum Kriegseintritt verpflichte, falls eine andere Signatarmacht angegriffen würde. Senator Connally unterstrich noch, daß in dem Vertrag weder eine moralische noch eine rechtliche Verpflichtung übernommen oder eingegangen werden dürfe, die die USA automatisch in den Krieg einbeziehen würde. Das Recht, über Krieg oder Frieden zu entscheiden, bleibe nach wie vor dem Kongreß vorbehalten. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Proklamation einer Interessengemeinschaft zwischen den USA und den westlichen Mächten eine Versicherung gegen einen dritten Weltkrieg bedeute. Das heißt, man ist der Meinung, daß eine Beteiligung der USA an einer solchen Gemeinschaft allein schon genüge, eine Aggression zu verhindern. Die „New York Times" nennen das Ergebnis dieser Senatsdebatte über den Atlantikpakt enttäuschend und meinen, die Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben der USA müßten schleunigst beigelegt werden, wenn nicht ernste Folgen eintreten sollen. Man ist in Washington der Ansicht, daß der Senat einen Pakt erwägt, der wohl die „Wahrscheinlichkeit" gemeinsamer militärischer Maßnahmen gegen einen Angreifer erhöhe, jedoch nicht die „Gewißheit". In Europa geht es jedoch um die Gewißheit. Dieser Auffassung kommt der republikanische Senator Knowland entschieden mehr entgegen. Der u. a. erklärte, daß die Kongreßmitglieder sich nicht einfach in die Stühle zurücklehnen und die Daumen drehen könnten, während eine Nation nach der anderen von einer aggressiven Macht überrannt werde. Falls die Vereinigten Staaten nicht bereit sein sollten, positive Handlungen zu unternehmen, so könnten sie dann vielleicht eines Tages die Entdeckung machen, daß der Eiserne Vorhang nicht nur bis an den englischen Kanal, sondern möglicherweise noch darüber hinaus vorverhängt worden sei. Um dieses, wie gesagt, etwas niederschmetternde Ergebnis der Senatsdebatte etwas zu mildern, erklärte Außenminister Dean Acheson, daß bei der Erörterung der Lage größere Zurückhaltung gewahrt werden müsse. Die von ihm und vom amerikanischen Senat abgegebenen Erklärungen sollten nicht einander gegenübergestellt werden. Die USA wollten jede europäische Einheit, die auf natürlichem Wege heranwachse, ermutigen, sie wünschten aber nicht zu diktieren, was getan werden solle.

In diplomatischen Kreisen Londons versucht man, der Haltung der Vereinigten Staaten Verständnis entgegenzubringen, obwohl man andererseits nicht mit gewissen Vorwürfen spart. Man erklärt, daß die Europäer auf Grund der nur allgemein gehaltenen Andeutungen über die Stellung der USA innerhalb des Atlantikpaktes zu dem Glauben verführt worden seien, daß sich die Vereinigten Staaten zu Verpflichtungen herbeigelassen hätten, deren Übernahme sie nie in Betracht gezogen hätten, oder die zufolge der amerikanischen Verfassung gar nicht hätten eingegangen werden können. Die „Daily Mail" fordert, Großbritannien solle — während die Vereinigten Staaten Atem schöpfen — die Führung übernehmen und Norwegen jene militärischen Garantien geben, die es anscheinend von Washington nicht erhalten habe. Großbritannien könne, so meint das Blatt, immer noch dafür sorgen, daß der Atlantikpakt nicht zu einem Fetzen Papier werde. Die Bemerkung der „Times" zu der Krise ist für die europäischen Länder außerordentlich lehrreich. Das Blatt meint, diese neigten dazu, Verträge zuerst zu unterschreiben und nachher darüber nachzudenken. Dies sei jedoch bei den Amerikanern nicht der Fall.

Norwegen befindet sich im Augenblick in einer sehr peinlichen Lage. Die Antwort auf die russische Note wird zeigen, welchen Weg Norwegen einzuschlagen gezwungen ist. Die Einladung, dem Europa-Rat beizutreten, dürfte nur eine Verlegenheitsgeste sein, denn auch Schweden, das als Nachbar der Sowjetunion dem Atlantikpakt nicht beigetreten ist, wird sich am Europarat beteiligen. Auch in der finnischen Hauptstadt verfolgt man die weitere Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit. Man verspricht sich von einer Distanzierung Norwegens vom Atlantikpakt eine Verminderung des russischen Drucks, der sich in den letzten Wochen sichtlich gesteigert hat.

In London begannen vor einigen Tagen die Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag, wohlgemerkt nicht „Friedens"-Vertrag, denn die Friedensverträge mit Ländern, die besiegt worden sind, wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien usw. sind bereits vor langer Zeit abgeschlossen worden, während Österreich als „befreites" Land sich immer noch gedulden muß, bis sich seine Befreier einigen. Nach den letzten Meldungen scheint sich in London die Möglichkeit eines Kompromisses anzudeuten, jedoch bleibt nach wie vor das Grenzproblem die Schicksalsfrage des Staatsvertrages. Die Westmächte sind jedenfalls, wie sie wiederholt betonten, nicht gewillt, andere Grenzen als die von 1938 für Österreich anzuerkennen. Trotzdem sind die Russen in die Verhandlungen eingetreten. Sollten die Russen tatsächlich geneigt sein — vorläufig hat es nur den Anschein — mit den Westmächten ein Übereinkommen zu treffen, das zur endgültigen Unterzeichnung des Staatsvertrages führen könnte, dann müßten sie die Gebietsforderungen Jugoslawiens ablehnen. Wie bisher verlautet, haben die Russen 150 Millionen Dollar in konvertierbarer Währung verlangt als Gegenleistung für den Verzicht auf Ansprüche auf das ehemalige deutsche Eigentum. Der amerikanische Delegierte Reber hob hervor, daß die Reparationszahlungen der österreichischen Wirtschaft keinen Schaden zufügen dürften. Die westlichen Delegierten schlugen vor, die Russen sollten ihre Reparationsansprüche auf 100 Millionen Dollar ermäßigen, zusätzlich 15 Millionen Dollar, die sich aus den deutschen und österreichischen Vermögenswerten in Rumänien ergeben. Bisher sind die Russen einer Stellungnahme ausgewichen. Sie verlangen außer dem gesamten Eigentum der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft 60% der Ölfelder und 60% der Ölraffinerien im östlichen Österreich. Hier dürfte anscheinend ein Kompromiß erreicht werden, denn die Westmächte schlagen 50% bzw. 47% vor. Außerdem sollen Rußland Raffinerien mit einer Jahreserzeugung von 420 000 Tonnen zugesprochen werden. Nach wie vor fordern die westlichen Delegierten daß die sowjetische Delegation die von der UdSSR geforderten Werte im einzelnen nenne. Damit könnten die Differenzen über die ehemaligen deutschen Vermögenswerte eher gelöst werden. Der russische Vertreter Zarubin meinte, es müsse vorerst im Prinzip ein Übereinkommen erzielt werden. Die Westmächte erboten sich, in der Frage der Donauschifffahrtsgesellschaft und der Ölkonzessionen eventuell weitere Zugeständnisse zu machen, wenn die Sowjetunion die Aufteilung der von ihr geforderten Werte vorlegt. In den nächsten Tagen dürften Außenminister Gruber und der jugoslawische Außenministerstellvertreter Bebler vor der Konferenz erscheinen. Man betonte von amerikanischer Seite bereits, Bebler solle nicht etwa nur die alten Ansprüche, die schon gründlich erwogen worden seien, noch einmal vorbringen.

Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen wird darüber Klarheit bringen, ob die Russen mit der etwas betonten Bereitwilligkeit zu den Verhandlungen nur ihren guten Willen der Welt gegenüber manifestieren wollten, oder ob es ihnen tatsächlich um das Zustandekommen des Staatsvertrages zu tun ist. Man dürfte gar nicht überrascht sein, wenn die Russen auf dem Wege über die Außenministerstellvertreter-Konferenz in London die Bande zu den Jugoslawen wieder enger gestalten würden. Wahrscheinlich ist ihnen derzeit mehr daran gelegen als an einer „Befreiung" Österreichs. An einen Abzug der russischen Truppen aus dem Lande, der ja in einer bestimmten Frist nach Unterzeichnung des Staatsvertrages erfolgen müßte, sind die Russen nicht sonderlich interessiert, weil ihre Stellung in Mitteleuropa dadurch zweifelsohne geschwächt würde.

Die Sowjets befinden sich gegenwärtig in einer außenpolitisch günstigeren Lage als die Westmächte, bei denen die Debatte um den Atlantikpakt einige Schwächen offenbarte, die sich eines Tages bitter rächen könnten. Vielleicht ist jetzt die letzte Gelegenheit, daß sich endlich eine europäische Natiqn dazu aufraffe, die europäischen Interessen wahrzunehmen. Allerdings, und das ist das bittere Schicksal Europas, fehlt es ihm im gegenwärtigen Augenblick an einem Staatsmann großen Formats.

Kurz registriert sei noch, und in diesem Zusammenhang vielleicht gar nicht so abwegig Meldung aus Madrid, derzufolge durch einen amtlichen Erlaß die spanischen Diplomaten einschließlich des Außenministers der himmlischen Schutzherrschaft des Erzengels Gabriel unterstellt worden sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Programmwidrige Schuhe

Inzwischen ist auch auf dem Gebiete der Schuhwirtschaft eine völlig veränderte Situation eingetreten. Kinder- und Arbeitsschuhe sind, wie wir erfahren konnten, fast ohne jede Nachfrage. Auch andere Schuhwaren stoßen auf eine sehr geringe Kauflust. Nach diesen Erfahrungen ist es einleuchtend, daß der Schuhhandel jetzt fordert, das Schuhpunktesystem zu beseitigen. Es sollen darüber sogar schon Verhandlungen in der Doppelzone zwischen der Verwaltung für Wirtschaft und der Militärregierung stattgefunden haben.

Nun ist die Lage in der französischen Zone etwas anders wie in der Doppelzone. In der französischen Zone sind die Preise für die Schuhwaren nicht so hoch gestiegen wie in der Doppelzone. Dafür sind auch die Preisherabsetzungen nicht so groß geworden. Es scheint sich langsam herauszukristallisieren, daß die guten Schuhe im Preise nicht mehr erheblich nachgeben werden. Dagegen werden die schlechteren Qualitäten, insbesondere die Jedermann- und Konsumschuhe, wahrscheinlich noch weiter im Preis reduziert werden. Jedoch besteht auch bei weiter gesenkten Preisen wenig Aussicht, diese Schuhe abzusetzen. Der deutsche Käufer sieht wieder auf Qualität und ist durch die mangelhafte Verarbeitung, durch die ausschließliche Verwendung von genarbtem Leder und die Besohlung mit Gummi immer mehr vom Kauf abgeschreckt worden.

Wir sind heute schon so weit, daß Schuhe in einer Menge dem Schuhhandel angeboten werden, die er gar nicht mehr absetzen kann. Gerade das Angebot in minderen Qualitäten ist besonders groß, so daß, jedenfalls in Süddeutschland, nach Punkten kaum noch gefragt wird.

Zwei Momente haben zu dieser Entwicklung geführt: 1. Der notwendigste Bedarf ist gedeckt und die deutschen Käufer sind bescheiden geworden; denn sie sind ja jahrelang mit einem Paar Schuhe ausgekommen. Wer sich jetzt ein neues Paar erstanden hat, kauft so schnell kein neues dazu. 2. Wird das Geld immer knapper und die Konsumkraft infolgedessen immer schwächer.

Was wir hier am Beispiel Schuhwirtschaft sehen, zeigt sich auch in der übrigen Wirtschaft. Die Zeit der „Programme" scheint vorbei zu sein.

Eine „Kraftfahrzeug-Benutzungs-Verordnung"

In Hamburg ist eine Kraftfahrzeug-Benutzungsverordnung erlassen worden, die dem Kraftfahrzeughalter genau vorschreibt, was er zu unterlassen hat. Begibt er sich auf eine Vergnügungsfahrt, so kann er mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafen bis zu 100 000 DM bestraft werden. Wir glauben eher an die Geldstrafen, denn die DM ist knapper als seinerzeit die RM, und irgendwie muß ja der städtische oder Staatssäckel gefüllt werden. Dem Kraftfahrzeughalter sind nach dieser Verordnung alle Ausflugs- und Erholungsfahrten im Kraftwagen, alle Fahrten zum Besuch von Veranstaltungen und ähnliche Privatfahrten verboten. Er darf eine Geschäftsfahrt zwar unterbrechen, das ist noch erlaubt, aber nur zum Besuch einer Gaststätte, um dort das Essen einzunehmen, der Besuch eines Kinos oder einer Fußballveranstaltung bedeutet aber Mißbrauch des Kraftfahrzeuges. Hochzeiten zählen nicht zu den Vergnügungsfahrten. Das bestimmt die Polizei, obwohl es ureigenste Angelegenheit des Bräutigams und der Braut ist.

Wie die Polizei nun die Verstöße gegen diese Benutzungs-Verordnung feststellen will, ist reichlich schleierhaft. Hoffentlich kommt sie nicht noch auf den Gedanken, dem Autobesitzer einen Polizisten als Beifahrer beizuordnen oder gar die täglich gefahrenen Kilometer jeweils beim zuständigen Polizeirevier registrieren zu lassen. Das wäre in einem Rechtsstaat allerdings schon Mißbrauch der Amtsgewalt.

„Hundertfältiger Blödsinn"

Der Ruf nach Aufhebung der Textilbewirtschaftung hat das badisch-württembergische Wirtschaftsministerium bewogen, auf einer Pressekonferenz die Notwendigkeit der Beibehaltung der Textilbewirtschaftung zu erläutern. Die Nachfrage übersteige die derzeitige und die noch zu erwartende Produktion erheblich und es müsse verhindert werden, daß sich übermäßige Kaufkraft auf Textilien stürze und damit die Ware den weniger Kaufkräftigen entzogen würde. Nach wie vor müßten also die Bezugsrechte an die Wirtschaftsämter abgetreten werden, damit man auch feststellen könne, wieviel Ware ohne Punkte abgegeben worden sei. Dann meinte der Erläuterer — geradezu atemerstickend — daß allerdings eine systematische Überprüfung durch die Einsparungen im Staatsdienst nicht mehr möglich sei, da das erforderliche Personal fehle.

Mit dieser Begründung könnte also die Bewirtschaftung verewigt werden, obwohl der derzeitige Geldmangel und die immerhin zum Teil stark gestiegene Produktion in manchen Industriezweigen die Aufhebung oder zumindest fühlbare Lockerung der Bewirtschaftung offensichtlich macht. In unserem Nachbarland, das sich mit ähnlichen Problemen zu beschäftigen hat, konnte sich sogar ein sozialistisches Blatt nicht mehr im Zaume halten. Es untersucht in diesem Falle den Wert der Raucherkarte, die wir ja ebenfalls noch besitzen und meint, für das schaffende Volk sei keiner zu finden. Da nach einer alten Regel nichts umsonst ist, meint das Blatt: „Auf den Wirtschaftsämtern sitzt überall ein Beamter, der verantwortungsbewußt und vereidigt die Raucherkarten bearbeitet. Irgendeine Planungsstelle beschäftigt sich mit den jeweils anfallenden Kontingenten — ein anderer Beamter arbeitet dann die Aufrufe aus, und die Zeitungsspalten finden neues Futter. So werden auch die Setzer in den Zeitungsdruckereien beschäftigt. Nicht zu vergessen sind natürlich auch die Druckereiarbeiter, die die Raucherkarten durch die Rotationsmaschinen jagen — zuletzt denken wir aber an die Papierarbeiter und Holzfäller, die uns die Stämme bringen, aus denen das rosa Papier gemacht wird. Dieser ganze Produktions- und Konsumprozeß wird natürlich begleitet von einem mit allen Schikanen arbeitenden Beamtenapparat. Wir wollen bestimmt keinen arbeitslos machen — aber mit diesem hundertfältigen Blödsinn muß einmal aufgeräumt werden."

Wie gesagt, diese Erkenntnis stammt nicht von irgendeinem Vertreter kapitalistischer Interessen, sondern sie steht in einem ausgesprochen sozialistischen Organ, dem „Linzer Tagblatt", und es mangelt ihr die sprichwörtlich österreichische Liebenswürdigkeit. Bei uns scheint man diesen Mut überhaupt nicht mehr aufzubringen.

Kurze Freude

Reichlich kurz war die Freude, die man den deutschen Exporteuren mit der JEIA-Anweisung Nr. 1, die am 1. Dezember in Kraft trat und wesentliche Erleichterungen enthielt, bereitete. Sie hat sich in diesem Sinne kaum auszuwirken begonnen, als vor einigen Tagen eine Regelung zur Anweisung Nr. 1 herausgegeben wurde, die sofort in Kraft tritt und die vorsieht, daß in Zukunft alle Ausfuhren nach Ländern außerhalb des Sterling- und Dollargebietes sowie der Marshall-Plan-Länder wieder der vorherigen Genehmigung der JEIA-Zentrale bedürfen. Es betrifft also vor allem Südamerika, den Fernen und Nahen Osten und alle Länder Ost- und Südosteuropas.

Diese Anordnung bedeutet wieder eine Erschwerung der deutschen Ausfuhr. Und die erfolgt gerade in dem Augenblick, wo die Experten in Paris darauf hinweisen, daß Europa einer Katastrophe zusteuert, wenn es ihm nicht gelingt, bis 1952 die Ausfuhren beträchtlich zu erhöhen, und wo in Genf das Komitee für die Förderung des Außenhandels in Europa tagt, mit dem Ziel, den Handel zwischen West- und Osteuropa anzukurbeln. Es sind auffallenderweise gerade diejenigen Länder, nach denen der deutsche Export wieder der vorherigen Genehmigung bedarf, nach denen überwiegend England exportiert oder sich zu exportieren bemüht.

Jedermann-Blähungen

Das Jedermann-Programm kommt aus den Krisen nicht heraus — und dabei hat doch ein deutscher Dichter gesagt: „Wenn wackere Reden sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort." Man kann nämlich wirklich nicht sagen, daß das Jedermann-Programm zu wenig Gegenstand großer schwungvoller Reden gewesen sei. Aber ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen, der es schließlich doch wissen muß, drückte sich über das Jedermann-Programm etwa so aus: Der bisherige Erfolg ist, in Zahlen ausgedrückt, so gering, daß man sie besser schamhaft verschweigt.

Und jetzt geht der Krieg schon wieder los. Prof. Erhard möchte das Jedermann-Programm auswalzen. Die Textilwirtschaft behauptet mit Recht, daß dann das Jedermann-Programm die versteckte Weiterführung der Bewirtschaftung sei. Außerdem wird nach dem Prinzip „Rühnemann geh du voran" die Verantwortung zu verschieben versucht. Die Verwaltung für Wirtschaft will die Verantwortung für die Firmenzulassung im Jedermann-Programm nicht übernehmen, aber Firmen, die in das Programm nicht eingeschaltet sind — insbesondere wenn es auch noch erweitert werden soll — können die Bude dicht machen und ihre Arbeiter zum Stempeln schicken — alles unter dem Motto Freiheit der Wirtschaft vom grünen Tisch aus.

Natürlich wird jetzt weiter verhandelt, werden Ansprachen gehalten, und was das Volk davon wissen soll, zum Fenster hinausgeredet. Es gibt wieder Produktionspläne. Debatten über die Preise. Intrigen gegen unerwünschte Konkurrenz, und vieles andere in bekannter Litanei. Nur eines wird eben am grünen Tisch immer übersehen, und diesmal merkt man es ganz besonders: Das Leben in der Wirtschaft Deutschlands hat sich bereits am Jedermann-Programm vorbei entwickelt. Man könnte eigentlich heute nur dankbar dafür sein, daß die Bürokratie so langsam gearbeitet hat. Wir sehen nämlich den Tag nicht mehr fern, an dem die Jedermann-Waren zu Jedermann-Preisen nicht mehr abgesetzt werden und in den Schaufenstern herumliegen. Vielleicht kann man dann diese Waren dazu benutzen, den Lastenausgleich bei den Finanzämtern in natura zu bezahlen. Traurig ist nur, daß dann wertvolle Rohstoffe wirtschaftlich falsch verarbeitet wurden und infolgedessen nicht konsumiert werden konnten. Gerade Herr Erhard hat vor kurzem erklärt, der Käufer sei sich seiner Kraft wieder bewußt geworden. Sicher hat Herr Erhard nicht erwartet, daß der Konsument seine Kraft dem Jedermann-Programm gegenüber beweisen wird.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Im März wird in Mainz auf einer Gesamtfläche von 3 000 Quadratmetern eine Ausstellung „Schaffendes Rheinhessen" stattfinden, auf der für die Erzeugnisse der rheinhessischen Wirtschaft geworben werden soll.

Da zu der am 6. März beginnenden Leipziger Frühjahrsmesse aus der französischen Zone keine Sonderzüge gefahren werden, besteht für Interessenten die Möglichkeit, die schon jetzt vom Frankfurter Reisebüro eingerichteten Omnibuslinien nach Leipzig zu benützen.

Die jetzt abgeschlossene Hofbegehung durch Vertreter des Kreisbauernverbandes hat innerhalb des Kreisgebietes zur weiteren Ablieferung von 2 500 Doppelzentner Kartoffeln, 3 171 Dz Brotgetreide, 1 117 Dz Hafer und 715 Dz Gerste geführt und damit gezeigt, daß sie auf freiwilliger Basis die Ablieferung günstiger beeinflussen kann als Zwangsmaßnahmen.

Zu der wegen Seuchengefahr erst jetzt abgehaltenen Januar-Absatzveranstaltung des Verbandes südwürttembergischer Schweinezüchter waren 48 Eber und 13 tragende Jungsauen aufgetrieben. Das Spitzentier bei den Ebern wurde für 680 DM verkauft. Bei Sauen war das Material durchweg gut. Bei einem Spitzenpreis von 940 DM betrug der Durchschnittspreis 794 DM.

Nach Eintreffen größerer Baumwollsendungen herrscht in den Betrieben der Textilbranche des Kreises Reutlingen zunächst bis Ende März günstige Beschäftigungslage. Allein die schlechte Stromversorgung führte nur gedrosselten Produktion und zu vorübergehender Kurzarbeit. Nur die Metzinger Handschuhfabriken arbeiten verkürzt wegen Mangels an geeignetem Rohmaterial in den Gerbereien. Auch die Lederfabriken arbeiten flott.

Die Stadt Ludwigshafen hat beschlossen, die auf rund eine Million DM jährlich geschätzten Mehrkosten für den verteuerten Bezug von Saar-Ferngas durch eine Preiserhöhung um 3 Pfg. je cbm auf die Verbraucher umzulegen, weil sie sich außerstande sieht, diesen Differenzbetrag aus eigenem aufzubringen. Die Genehmigung der Preisbildungsstelle zur Abwälzung liegt vor.

Nach einer Verfügung der Landesversicherungsanstalt Baden (französische Zone) können Anträge auf Verschollenen-Rente von den Angehörigen von Verschollenen nunmehr beim Bürgermeisteramt oder beim Versicherungsamt gestellt werden, wenn bei im Westen Verschollenen seit mindestens einem Jahr, bei im Osten Verschollenen mindestens 3 Jahre keine Nachricht eingegangen ist, vorausgesetzt, daß die Anwartschaft aufrecht erhalten worden ist.

Durch hypothekarische Belastung der verbandseigenen Häuser hat der Kreiswohnungsverband des Kreises Ludwigshafen ein Darlehen von 250 000 DM erhalten können. Da der Verband ein Vermögen von 300 000 DM besitzt, keine nennenswerten Personal- und Verwaltungsausgaben hat und außerdem 22 000 DM Mietzeitgang verzeichnet, wird dieses Geschäftsgebahren als gesund und die Rückzahlung als gesichert angesehen. Zunächst sollen 100 Wohnungen errichtet werden.

Den Hauptzollämtern in Rheinland-Pfalz werden nach einer Mitteilung des Badischen Finanzministeriums die Beträge an Tabaksteuer-Rückvergütung für die aus dem Lande Südbaden bezogenen Tabakwaren in den nächsten Tagen überweisen. Diese Beträge dürfen jedoch an die Vergütungsberechtigten erst ausgezahlt werden, wenn diese auf Grund einer Bescheinigung des Finanzamtes nachweisen, daß keinerlei Steuerrückstände bestehen, andernfalls erfolgt Aufrechnung. Eine Aufrechnung der Rückvergütung gegen die Tabaksteuern erfolgt jedoch nicht.

Der Personalabbau im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz ist ohne Schwierigkeiten erfolgt, da die freiwerdenden Kräfte restlos anderwärts untergebracht werden konnten.

Die ständigen Kunden des Bahngüterverkehrs wie die Verlader äußern sich befriedigt darüber, daß in der französischen Zone die Wagengestellung zunimmt auch für Transporte über 40 km Entfernung statthaft ist.

Die Firma Westwaggon, Mainz-Mombach, wird an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis zum 1. Juli 1949 1000 offene 20-Tonnen-Güterwagen liefern.

Auf der Tagung des Fachverbandes ambulanter Gewerbetreibender in Württemberg-Hohenzollern erklärten sich die Delegierten nach einem Referat des Leiters der Hauptgemeinschaft in den drei Westzonen für eine Beibehaltung der Landesverbände, bis die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland soweit geklärt sei, daß eine alle vier Zonen umfassende Organisation geschaffen werden kann.

Englische Zone

Die vielfach verbreitete Meinung, daß die Schiffahrtsfrachten zum 1. April gesenkt werden, eilt den Ereignissen voraus. Richtig ist lediglich, daß man in Schiffahrtskreisen mit einer Neufestsetzung der Kohlenfrachten zum Frühjahr rechnet. Vorerst laufen noch Untersuchungen über die Kosten in der Rheinschiffahrt, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Seit der letzten Frachtfestsetzung sind die Löhne und die Kohlenpreise erhöht worden, und hierdurch ist bereits ein wesentlicher Teil der Kostensenkung verbraucht, die durch die Verbesserung der Umschlagsgeschwindigkeit der Schiffe erzielt wurde.

Die Verwaltung für Wirtschaft hat dem Antrag der Fischdampfereireedereien auf Erhöhung der Fischanlandepreise teilweise stattgegeben, wie am Mittwoch aus Reederkreisen verlautet. Seit dem 1. Februar sind die Preise für Schellfisch aus den Fanggründen der norwegischen Küste, Barentsee und Lofoten, deren Anlandepreis bisher im Durchschnitt 33¾ Pfennig je Kilogramm betrug, entsprechend gestaffelt. Die Ware wird in Zukunft zwischen 40¾ und 82¾ Pfennig je Kilo bewertet.

Für die westdeutsche Kanal- und Weserschiffahrt sollen nach einer Entscheidung der Verwaltung für Verkehr 700 000 DM von dem drei Millionen DM-Kredit der Post an die deutschen Schiffshypothekenbanken abgezweigt werden. Davon sollen 66⅔ für die westdeutsche Kanalschiffahrt und 33⅓ für die Weserschiffahrt verwandt werden.

Im allgemeinen sollen nur hypothekenfreie Fahrzeuge beliehen werden mit einem Höchstsatz von 50% des Wertes, bei einer Laufzeit von sieben Jahren und 6% Verzinsung. Die Kredithilfe soll vorwiegend zur Finanzierung von zur Zeit laufenden oder unmittelbar bevorstehenden Reparaturen dienen. Eine Genehmigung von Reparaturarbeiten ist nicht mehr notwendig.

In Schiffahrtskreisen rechnet man mit einem weiteren Kreditbedarf von rund sieben bis zehn Mill. DM für Reparaturen in der Binnenschiffahrt. Von 3 475 000 t Frachtraum, die Anfang des Jahres im Vereinigten Wirtschaftsgebiet registriert waren, sind noch 20% reparaturbedürftig und von den 233 000 PS noch 24%.

Wie das Hamburger Zonenamt dem deutschen Versicherungs-Schutzverband e. V. in Bonn mitgeteilt hat, unterliegen auch die aus Anlaß der Neuordnung des Geldwesens erforderlich gewordenen Prämiennachzahlungen in der Schadenversicherung nach § 3 des Versicherungs-Steuergesetzes der Versicherungssteuer. Einer besonderen gesetzlichen Festlegung dieser Versicherungssteuerpflicht bei Nachzahlungen bedurfte es in den Währungsgesetzen nicht.

Von den im Bergbau neu angelegten 270 000 Mann haben sich etwa 60% vom Bergbau wieder abgewandt. Dennoch ist gegenwärtig, vor allem infolge der Arbeitsstockung in der Bauindustrie, das Arbeitsangebot für den Bergbau zu groß. Durch tarifarische Maßnahmen wird nun vom 1. März an der Zustrom in den Bergbau gedrosselt. Für Neubergleute, die nach diesem Datum eintreten, fallen die Vergünstigungen auf dem Gebiet der Urlaubsgewährung, der Arbeitsbedingungen und des Lohnes fort. Damit werden also Neubergleute und Einheimische gleichgestellt.

Man rechnet mit den ersten Auszleihungen der Industriekreditbank bereits im April. Bei den Krediten soll neben der dinglichen Sicherheit vor allem auch die technische und persönliche Fähigkeit des Unternehmers in Betracht gestellt werden.

Zum 31. März werden im Lande Nordrhein-Westfalen die Bezirkswirtschaftsminister nach einem Beschluß aufgelöst, den der Landtag am 11. 2. faßte. Die Übertragung der Aufgaben der BWA wird durch einen Übergangserlaß des Wirtschaftsministers geregelt. Dem größten Teil des Personals soll zum frühest möglichen Termin gekündigt werden. Die Restaufgaben sind von den nachgeordneten Behörden zu übernehmen. Wirtschaftsminister Prof. Dr. Nöltung will die Hoheitsaufgaben den Regierungspräsidenten übertragen.

Die Produktion von Hausschuhen im Rahmen des Jedermann-Programms läuft jetzt an. Für die Doppelzone sind zunächst 1,5 Mill. Paar Hausschuhe vorgesehen.

Die Nachfrage nach Möbel- und Dekorationsstoffen, vor allem nach Qualitätsware, ist unverändert groß. Die Produktion konnte zwar erheblich ausgeweitet werden, doch ist die Aufwärtsentwicklung ins Stocken geraten, da sich besonders die Versorgung mit Garnen kritisch entwickelt hat. Aus diesem Grunde kann die Nachfrage nicht annähernd befriedigt werden. Die Kapazitätsausnutzung der Betriebe liegt erst zwischen 40 bis 45%.

Eine endgültige Entscheidung über die Demontage der einzigen Dampfkessel-Fabrik Nordwestdeutschlands, Julius Meyer-Osnabrück, steht nach einer Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Osnabrück in Kürze bevor. Die Demontage war bis zum 31. Dezember 1948 offiziell ausgesetzt worden. Das Werk gehört zu denjenigen Firmen, die vom ERP-Administrator Hoffman dem USA-Senat zur Streichung von der Demontageliste empfohlen wurden.

Die Goliath-Werke G. m. b. H., Bremen, werden im April 1949 die Produktion von Dreirädrigen wieder aufnehmen. Das Werk wird außer dem Inlandsgeschäft auch seine alten Exportverbindungen wieder pflegen.

Die mit dem 1. Januar 1949 erfolgte Preissenkung der Fahrzeuge der Büssing-NAG, Vereinigte Nutzkraftwagen-GmbH., Braunschweig, brachte, soweit es sich im ersten Monat des neuen Jahres übersehen läßt, trotz der allgemeinen Geldknappheit eine weitere Auftragssteigerung. Die Wagenproduktion konnte bisher mit der Nachfrage nicht Schritt halten. Der Fertigungsausstoß hat sich im Januar im Vergleich zum Dezember 1948 von 209 auf 250 Fahrzeuge gesteigert. Gegenüber Januar 1948 stieg der Ausstoß um 113%.

Ostzone

Neue Banknoten für die Sowjetzone würden, wie der Präsident der Deutschen Notenbank für die Sowjetzone, Huhn, erklärte, entgegen anders lautenden Pressemeldungen, die nur eine Stützung des West-DM-Kurses beabsichtigen würden, nicht zur Ausgabe gelangen.

Das Förderzoll des Braunkohlenbergbaues in der Sowjetzone ist im Januar 1949 mit 111,4% erfüllt worden. An der Spitze steht Senftenberg mit 124,8%, an zweiter Stelle Bitterfeld mit 121,1%, das Brikettzoll wurde im Januar mit 114,8% erfüllt.

Seit dem 1. Februar 1949 läuft in der Sowjetzone eine neue Aktion zur besseren Versorgung der ostzonalen Wirtschaft mit Materialien und Ausrüstungsgegenständen, die von der Hauptverwaltung Materialversorgung der „deutschen Wirtschaftskommission" gemeinsam mit dem Bundesvorstand des FDGB organisiert wird. In vielen Betrieben sollen sich noch Materialien, Maschinen und Werkzeuge befinden, die in der eigenen Produktion nicht benötigt werden. Diese sollen nunmehr erfaßt und an jene Stellen gelenkt werden, wo sie für den Zweijahresplan dringend erforderlich sind. Innerhalb von fünf Meldetagen sollen bereits Waren im Werte von 500 000 Ostmark angeboten worden sein, davon 40% ohne Gegenforderung, während für 60% Gegenwünsche geäußert wurden.

Die Deutsche Handelsgesellschaft (DHG) wird als Repräsentantin der Baudwarenwirtschaft der sowjetischen Besatzungszone nicht nur die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse, sondern auch die kommenden Messen in Prag, Utrecht, Posen, Mailand und Frankfurt beschicken. Als Ergebnis vorangegangener Messen seien bereits durch Lohnveredelung und Warenaustauschgeschäfte zusätzliche Rohstoffe aus dem Westen Deutschlands und dem Ausland eingetroffen. Weitere Geschäfte dieser Art seien angebahnt oder bereits abgeschlossen, so mit der Schweiz, Österreich, Schweden und Holland. Auch Bulgarien zeige sich an den Qualitätserzeugnissen des Leipziger Brühl sehr interessiert.

Im Land Sachsen hat der Umsatz der „Freien Läden" bereits ein Drittel des gesamten Handelsumsatzes erreicht. Im ersten Vierteljahr ihres Bestehens wurden in Sachsen 14 Mill. DM umgesetzt gegenüber 40 Mill. DM Ostgesamtumsatz.

12 neue Kutter des Fischwirtschaftsverbandes Mecklenburg wurden der ersten volkseigenen Reederei in Saßnitz übergeben. Die neuen Fischkutter sind bereits zu ihrer ersten Fahrt ausgelaufen.

In dem polnisch verwalteten ostpommerschen Hafen Stolpmünde wurden 1948 1085 Schiffe mit einer Ladung von insgesamt 435 000 t Kohle und Zucker abgefertigt.

Leipzig besitzt gegenwärtig 250 Druckereien und 150 Buchbindereibetriebe mit 30 000 Beschäftigten. Vier Leipziger Großfirmen beherrschen etwa 50% des Weltnotendruckes. Die Kapazität des Leipziger Druckgewerbes hat wieder 60—70% des Vorkriegsstandes erreicht.

Eine ungarische Handelsdelegation bereist gegenwärtig die Sowjetzone, um Maschinen, optische Geräte und Chemikalien einzukaufen. Als Gegenlieferung wird Fleisch angeboten. 1500 t Rindfleisch sind für diesen Zweck bereits geliefert.

Eine Kohlenstaublokomotive hat vor kurzem eine planmäßige Fahrt von Halle nach Wittenberg mit 1 602 t Last zurückgelegt und dabei nur 4 t Braunkohlenstaub verbraucht, eine Lokomotive gleichen Typs mit Rostfeuerung verbrauche auf der gleichen Strecke mit nur 1300 t Last 4 t Briketts.

Der Mansfelder-Kupferbergbau hat 1948 sein Jahressoll nur mit 89,9% erfüllt.

Amerikanische Zone

Im Monat Januar wurden in der Doppelzone 90 Konkurse und Vergleichsverfahren beantragt, wie aus einer beim Zweimächtekontrollamt vorliegenden Aufstellung hervorgeht. Davon entfielen auf Nordrhein-Westfalen 43, Niedersachsen 32, Schleswig-Holstein 10, Hamburg 8, Württemberg-Baden 3, Hessen 3 und Bremen und Bayern je ein Antrag. An der Spitze liegen Groß- und sonstige Handelsgesellschaften mit 12, Holz- und Möbelgewerbe mit 10 und Bau- und Baunebengewerbe mit 8 Anträgen.

Die Umschlagleistung der bayrischen Binnenschiffahrt hat sich 1948 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 1,3 Mill. t auf 3,3 Mill. t erhöht.

In den nächsten 14 Tagen werden fünf deutsche Binnenwasserfahrzeuge mit dem Transport von 7 500 t deutscher Exportkohle von der Ruhr nach Rotterdam beginnen. Damit werden zum erstenmal in der Nachkriegszeit deutsche Schiffe den ausländischen Teil des Niederrheins befahren. Von alliierter Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich zunächst nur um einen Versuch handelt, um festzustellen, ob sich irgendwelche Schwierigkeiten ergeben werden. Bisher war der Kohlentransport vorwiegend auf französischen, niederländischen und belgischen Schiffen durchgeführt worden.

Über 30% der Lebensmitteleinfuhrverträge der Doppelzone konnten in der am 3. Februar endenden Woche aus Exporterlösen bezahlt werden. Es handelt sich vor allem um Einfuhren im Rahmen von Handelsverträgen. Der größte Teil der Lebensmitteleinfuhren insgesamt wurde jedoch von den Alliierten und der ECA bezahlt.

Man rechnet damit, daß die VfW in naher Zukunft ihre Anträge bei der BICO auf Aufhebung der Tabakbewirtschaftung wiederholen wird. Die Verarbeitungsmengen sind heute bei den Herstellerbetrieben noch kontingentiert, so daß zusätzlich eingeführte Tabakmengen das Marktangebot nicht erhöhen. Durch die Kontingenterhöhung im August vorigen Jahres liegen die freigegebenen Mengen auf knapp der Hälfte des Vorkriegsverbrauchs.

Schreibmaschinen sollen demnächst in das Jedermann-Programm aufgenommen werden. Außerdem ist die Herstellung dringend benötigter Jedermann-Papierwaren in Vorbereitung. Bei Papierwaren bestehen bereits Preissenkungstendenzen. Da außerdem in der papierverarbeitenden Industrie mit überhöhten Handelsspannen gearbeitet wird, sollen zu verbilligten Preisen Jedermann-Schulhefte und Briefpapier in guter Qualität auf den Markt gebracht werden.

Die Verhandlungen von Vertretern der Berliner Privatwirtschaft in Frankfurt haben die Bereitschaft der öffentlichen und privaten Stellen der Westzonen ergeben, der Berliner Industrie Kredite zur Verfügung zu stellen, es seien jedoch noch wichtige Fragen zu klären, nämlich die Höhe des Kreditbetrages, die Kreditbedingungen, die Schaffung eines Institutes zur Verteilung der Kredite in Berlin und die politische Risikodeckung, die für diese Kreditgewährung eine besondere Rolle spiele.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Kolb und Bürgermeister Dr. Leiser führen zur Zeit in Basel Besprechungen über eine Zusammenarbeit der Baseler Messe mit der Frankfurter Messe. Eine Zusammenkunft mit Mitgliedern der Wirtschaftsabteilung der schweizerischen Regierung wird sich anschließen.

Am Bremerhavener Fischmarkt wurden in der Woche vom 31. Januar bis 5. Februar 5,7 Mill. kg Frischfisch, darunter 1,3 Mill. kg aus Norwegen, umgesetzt.

Die Abteilung Lokomotivenfabrik der Schichau-Werft A. G., früher in Elbing und Danzig, hat in Bremerhaven ihren Betrieb wieder aufgenommen. Die Fabrik wird sich in den nächsten Wochen hauptsächlich mit der Wiederherstellung des Maschinenparks befassen.

Der Internationale Genossenschaftsbund hat den bizonalen Zentralverband Deutscher Konsumgenossenschaften als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen.

Die bayrischen Exporte erreichten im Januar 1949 mit 7,4 Mill. Dollar gegenüber 4,6 Mill. im Dezember eine Rekordhöhe.

Das bayrische Finanzministerium kann durch Übernahme von Staatsbürgschaften bis zu 100 Mill. DM Sicherheit für den Bau neuer Energieversorgungsanlagen in Bayern leisten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde im Haushaltsausschuß des bayrischen Landtags angenommen.

Die Kohlenverteilung für Bayern soll im ersten Vierteljahr 1949 auf 3,2 Mill. t gegenüber 1,75 Mill. t im letzten Quartal 1948 erhöht werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Industrielle Entwicklung Südamerikas

Arbeitskräfte wichtiger als Kapital

Südamerika tritt mehr und mehr in den Mittelpunkt der Interessen vieler Millionen europäischer Menschen, die in diesem bisher noch ungenügend erschlossenen Erdteil die Möglichkeit einer neuen und besseren Heimat sehen. Das Schicksal von umfangreichen Exportindustrien nicht nur in Europa, sondern auch in den USA wird von der wirtschaftlichen Entwicklung Ibero-Amerikas nicht unbeeinflußt bleiben, die man mit wenigen Worten als die Verwandlung von Rohstofflieferanten in Industrieländer charakterisieren kann.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Andenstaaten, darunter versteht man Chile, Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela, liegt wesentlich in ihren Bodenschätzen; aber auch Brasilien und Argentinien, deren Wirtschaftspolitik bisher vornehmlich auf die Agrarproduktion gestützt war, begannen schon vor einigen Jahren mit der intensiveren Ausbeutung der Mineralvorkommen, und das um so mehr, je weiter die eigenen großen Industrialisierungspläne greifen.

Die Bergwirtschaft hat so, noch gefördert durch den gesteigerten Weltbedarf während des Krieges, in fast allen Zweigen während der letzten 10 Jahre einen starken Aufschwung genommen. Die Hochproduktion der Kriegsjahre hat sich zwar nicht in vollem Umfang aufrechterhalten lassen, doch ist keineswegs ein ähnlicher Tiefstand zu verzeichnen gewesen, wie nach dem ersten Weltkrieg. Für die wichtigsten Rohstoffe ist die Erzeugung sogar wieder in neuem Anstieg begriffen. Das gilt besonders für die Kupfererzförderung Chiles, des Hauptlieferanten dieser wertvollen Mineralien, und Perus, das neben Argentinien zugleich der bedeutendste Blei- und Zinkerzerzeuger Südamerikas ist. Grundsätzliche Änderungen sind nur beim Zinn eingetreten: Bolivien ist nach den Malayenstaaten der größte Zinnproduzent der Welt, und die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes beruht auf dieser Tatsache. Die bolivianischen Lagerstätten hatten im Krieg eine Art Monopolstellung erlangt, nachdem das Ostasiatische Liefergebiet auf dem Weltmarkt ausgefallen war. Seit Wiederaufnahme der Förderung in Ostasien bedeuten die dortigen Gruben eine ernsthafte Konkurrenz für die südamerikanischen, da sie billiger liefern können und zudem die Ergiebigkeit der bolivianischen Erze nachläßt. Die Zinngewinnung ist deshalb seit Kriegsende in Südamerika nicht unerheblich zurückgegangen.

Eine bedeutende Rolle spielt in der Wirtschaft der südamerikanischen Länder die Gewinnung von Edelmetallen und zwar in erster Linie in Kolumbien, Peru, Chile und Brasilien. Seit den Kriegsjahren geht jedoch die Förderung zurück, was teils auf Erschöpfung der Vorkommen, teils aber auch auf der geringeren Nachfrage nach Edelmetallen beruht. Heute werden sie größtenteils als Nebenprodukte des Kupfer-, Blei- und Zinkbergbaus gewonnen, doch spielt in der Wirtschaft vor allem der kleineren Länder auch die reine Edelmetallförderung noch eine bedeutende Rolle.

Die bevorstehende Erschöpfung der großen Eisenerzlager in den USA erhöht die Bedeutung der südamerikanischen, insbesondere brasilianischen Fundstätten. Die Produktion der brasilianischen Eisenindustrie, die vor allem durch die Errichtung des Eisen- und Stahlwerkes Volta Redonda an Leistungsfähigkeit gewonnen hat, ist seit 1939 auf fast das 4-fache angewachsen. Die chilenische Eisenindustrie, die weitaus bedeutendste in Südamerika, war infolge des Schiffsraummangels der Kriegsjahre nahezu zum Erliegen gekommen, hat sich aber rasch wieder erholt und die Vorkriegserzeugung sogar überschritten.

Eines der größten Hindernisse für die Errichtung nationaler Industrien in den meisten Ländern Südamerikas ist der Mangel an Kohle. Nur Brasilien und Chile besitzen eine nennenswerte Förderung, die durch die Kohlennot der Kriegsjahre erheblich angeregt wurde, so daß Brasilien heute zwei Drittel seines Bedarfes selbst decken kann. Nur diese Kohlenlager ermöglichten Chile und Brasilien den schnellen Ausbau ihrer Hüttenindustrien, während Argentinien die für sein Industrialisierungsprogramm benötigte Kohle großenteils aus Polen beziehen muß.

Venezuela

Die Förderung der Erdölgebiete Venezuelas am Golf von Maracaibo ist seit 1939 auf das 2½-fache angewachsen, und es besteht keine Gefahr, daß die Ergiebigkeit der Quellen in absehbarer Zeit nachlassen wird. Erdöl bildet den Kern der venezolanischen Wirtschaft und wurde zum Grund für die Vernachlässigung der übrigen Wirtschaftszweige insbesondere der Landwirtschaft. Doch sind neuerdings Bestrebungen im Gange, die besonders die Viehzucht im Gebiete des Apure-Stromes fördern sollen. Venezuela ist das erste südamerikanische Land, das tatkräftig die Einwanderung europäischer Heimatloser im großen Maßstabe unterstützt.

In den Andenstaaten konnte sich eine exportfähige Landwirtschaft die lebenswichtige Massennahrungsmittel erzeugt, nicht entwickeln, denn der Westen des gesamten Kontinentes wird von dem gewaltigen Gebirgsblock der Kordilleren durchzogen. Dagegen gedeihen in den tropischen und subtropischen Ländern Peru, Ecuador und Kolumbien andere Ausfuhrgüter, wie Zucker, Baumwolle, Kaffee und Kakao, die dort an der Küste und in den fruchtbaren Tälern im Plantagenbau kultiviert werden. Die Landwirtschaft in den höher gelegenen und verkehrstechnisch kaum erschlossenen Gebieten, die in der Hauptsache von Indianischer und gemischter Bevölkerung bewohnt sind, wird nach uralten Methoden und mit den denkbar primitivsten Hilfsmitteln betrieben. Kapitalmangel verhinderte bisher die Beschaffung von Maschinen und Ackergeräten.

Chile

Unter den Andenländern nimmt Chile eine Sonderstellung ein. Zwar bildet auch hier der Bergbau den finanziellen Rückhalt des Landes, doch ist es in seiner gewerblichen, industriellen und verkehrstechnischen Entwicklung den übrigen Andenstaaten beträchtlich voraus. Bisher war es hauptsächlich Argentinien, welches im Rahmen seines Fünf-Jahresplans den Versuch machte, zur einem industriellen Zentrum der latein-amerikanischen Welt zu werden. Es hat aber durchaus den Anschein, als ob Chile dazu berufen wäre. Argentinien in dieser Richtung den Rang abzulaufen. Chiles Landwirtschaft ist für die Versorgung der Bevölkerung ausreichend. Sein natürlicher Reichtum an Kupfer, Salpeter, Kohle, Eisen, Erdöl, Molybdän, Schwefel, Blei- und Manganerzen, Borax, Quecksilber usw. bietet dem Land bisher noch nicht ausgenutzte Möglichkeiten, eine nationale Industrie aufzubauen, die, wenn auch noch in geringem Umfang die Versorgung mit den wichtigsten Verbrauchsgütern decken kann. Noch während des Krieges war die chilenische Wirtschaft in einem verhältnismäßig zu primitiven Stadium, um aus der gesteigerten Nachfrage des Weltmarktes Vorteil zu schlagen. Aber seit 1943 hat eine deutlich beobachtbare Bewegung systematischer Industrialisierung eingesetzt, die in einem offiziellen Organ, der Corporacion de Fomento, einen wertvollen Kristallisierungspunkt findet. Schon heute arbeiten eine Reihe von Stahlwerken, die imstande sind, nicht nur nahezu den gesamten einheimischen Bedarf zu decken, sondern auch schon eine gewisse Ausfuhrtätigkeit nach Peru und Argentinien aufzunehmen. Eisengießereien, Kupferschmelzwerke, Fabriken für Gegenstände der elektrotechnischen Ausrüstung wie zur Herstellung von Haushaltswaren aus Metall sind in großer Zahl entstanden. Aber auch auf dem Gebiet der chemischen Industrie und der Holzverarbeitung wurden Fortschritte verzeichnet, ganz abgesehen davon, daß bereits mit Hilfe nordamerikanischen Kapitals auch die Kautschukindustrie neue Produktionsstätten in Chile gefunden hat.

Die Weiterentwicklung der chilenischen Wirtschaft wird im wesentlichen von dem Ausbau der Wasserkraft abhängen. Während der Norden an Wasserkräften relativ arm ist und der Süden kaum Möglichkeiten zur Verwertung von Kraftreserven bietet, erfüllt das zentralchilenische Gebiet alle Voraussetzungen für eine großzügige Elektrifizierung, da es mit etwa 80% der Bevölkerung ohnehin den Hauptteil der chilenischen Wirtschaft beherbergt und da auch die klimatischen Voraussetzungen gegeben sind. Bis 1960 soll die Energie-Erzeugung um 2,5 Mrd. kWh gesteigert werden, was dem vierfachen der heute erzeugten Energie entsprechen dürfte. Später sollen alle Anlagen zu einem geschlossenen Stromnetz vereinigt werden und schließlich die gesamte Industrie und alle Verkehrsmittel auf elektrischen Strom umgestellt werden. Die Gesamtkosten des Projektes werden auf 4 Mrd. Pesos veranschlagt, wovon allein nahezu 1 Mrd. für den Standamm des Saustal-Kraftwerkes benötigt werden, das in diesem Jahre seiner Vollendung entgegengehen wird. Schon die erste Phase des Ausbaus erfordert erhebliche Importe von Turbinen, Generatoren, Schaltanlagen, Kabeln und anderem Elektromaterial, was für die deutsche Elektroindustrie von größtem Interesse sein dürfte.

Argentinien

Andere Formen hat die wirtschaftliche Entwicklung der Staaten, dem Atlantik zugewandten Staaten Argentinien, Uruguay und Paraguay angenommen. Argentinien, der zweitgrößte Staat des Kontinents, konnte dank der fruchtbaren Ebenen der Pampas, der starken europäischen Einwanderung und der mit britischem Kapital gebauten Eisenbahn einen großen Teil seines Gebietes wirtschaftlich erschließen und eine blühende, exportorientierte Landwirtschaft aufbauen, deren Produkte — Weizen, Mais, Wolle, Fleisch und Häute — zu Standardbegriffen der Weltwirtschaft wurden. Rationelste Arbeitsmethoden und Anwendung moderner Geräte entwickelten eine Monokultur, die dazu führte, daß das Land in den Weltwirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte infolge Absatzschwierigkeiten selbst die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen erfuhr, eine Erscheinung, die Parallelen in den meisten südamerik. Ländern in irgendeiner Form hat. Da man in Argentinien aber bald erkannte, daß die einzige Lösung dieses Problemes in der Schaffung einer ausgeglichenen Volkswirtschaft zu suchen ist, bemühte man sich um die Errichtung einer eigenen Industrie. Verbesserung des Verkehrs, Ausnutzung der Bodenschätze usw. und das alles möglichst ohne Inanspruchnahme ausländischen Kapitals. In diesem Sinne ist auch der gegenwärtige argentinische 5-Jahresplan zu verstehen, der die Strukturveränderung der Wirtschaft mit dem Ziel größerer inländischer Stabilität anstrebt. Dieses Ziel wurde zum Teil bereits erreicht und zwar ohne Inanspruchnahme von Auslandskapital durch Ausschöpfung inländischer Hilfsquellen und Verpflanzung ganzer Industrieanlagen aus Europa. Bereits im Jahre 1948 überstieg der Wert der industriellen Produktion den der Landwirtschaft. Bei diesem rapiden Industrialisierungsprozeß schmolzen allerdings trotz immer noch aktivem Außenhandel die durch die Kriegskonjunktur stark angewachsenen Währungsreserven zusammen und die innere Verschuldung stieg.

Transportproblem

Das Tempo der Entwicklung aller südamerikanischen Staaten hängt einmal von der Lösung des Transportproblemes ab. Nur durch den Ausbau eines engmaschigeren Verkehrsnetzes kann das unermeßliche Innere des Kontinentes und seine Schätze erschlossen und eine rationell und Hand in Hand arbeitende Wirtschaft entwickelt werden. Während Chile und ganz besonders Argentinien über ein verhältnismäßig gut ausgebautes Eisenbahnnetz verfügen, liegen die Verkehrsverhältnisse in den übrigen Andenstaaten und auch in Brasilien sehr schlecht. Ganz allgemein hat sich der Eisenbahnverkehr infolge der außerordentlichen Höhenunterschiede, der dadurch bedingten technischen Schwierigkeiten und der Kosten nur wenig entwickelt. Für die Zukunft ist auch zu erwarten, daß die billigere Straße der Hauptverkehrsträger in Südamerika werden wird. Auch spielt in vielen Ländern, vor allem in Brasilien und Kolumbien, der Luftverkehr eine ständig wachsende Rolle.

Kapital gesucht

Die meisten südamerikanischen Staaten werden ohne Auslandskapital ihre Pläne nicht durchführen können und so bietet sich nach wie vor ein gutes Feld für ausländische Investierungen, die angesichts der reichhaltigen Bodenschätze des Landes rentabel zu werden versprechen, und das ganz besonders wenn es gelingt, die an Ort und Stelle vorhandenen Rohstoffe in einer gutorganisierten verarbeitenden Industrie auszunutzen. Diese Lage gewinnt augenblicklich um so mehr Bedeutung, als man ja in ganz Südamerika mehr und mehr die Tendenz zeigt, sich von der Einfuhr nicht nur aus Europa, sondern vor allem auch aus Nordamerika möglichst unabhängig zu machen.

Noch mehr als Kapital allerdings braucht Südamerika Menschen. Menschen, von denen Europa zu viele hat, und es ist zu hoffen, daß auch die anderen südamerikanischen Staaten dem Beispiel Venezuelas folgen werden, nämlich den europäischen Einwanderern jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren und eine gesicherte Existenzmöglichkeit zu garantieren.

Rekordstahlproduktion in England

Bedarf noch nicht gedeckt

Von unserem Londoner Berichterstatter

Auf den Schultern des britischen Schatzkanzlers Sir Stafford Cripps, eines der fähigsten Köpfe der Labourregierung, häuft sich die Last der Verantwortung für die weitere erfolgreiche Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Regierung. Mit methodischem Denken und eisernem Willen verfolgt er seine Pläne für die Wiederaufrichtung Großbritanniens im Laufe der nächsten Jahre und benutzt jede Gelegenheit, seine bekannten Theorien und Pläne doktrinär immer und immer wieder abzuwandeln und seinen Zuhörern verständlich zu machen. Er versteht es dabei meisterhaft, die kompliziertesten Fragen auch dem Laien verständlich zu machen, und überzeugt durch den Ernst seines Denkens und Sprechens. Das zeigte sich vor kurzem wieder im Unterhaus bei der Debatte über die Vorlage zur Bereitstellung der technischen Mittel für die Erfüllung der Verpflichtungen Großbritanniens unter dem intereuropäischen Zahlungsabkommen. Trotz aller Anerkennung seiner Verdienste aber fehlt es nicht an oppositionellen Stimmen, die vor einer Überschreitung der Grenzen der „Austerity-Politik" und einer Überschätzung der „Methoden" warnen und unterschiedliche Wege für die erfolgreiche Fortsetzung der „Bilanzschlacht" empfehlen. Während Cripps geneigt ist, die zweifellos errungenen Erfolge der Wirtschaftspolitik im Ganzen der sozialistischen Planung, der staatlichen Lenkung und Kontrolle und den Anstrengungen der Arbeiterklasse mitzuschreiben, glaubt die Opposition mehr an die Leistungsfähigkeit der Privatindustrie. R. A. Butler, der Oppositionsredner in der erwähnten Unterhausdebatte, drückte das etwa so aus, daß die Privatindustrie nicht dank, sondern trotz der staatlichen Einmischung Höchstleistungen erzielt habe und daß sich daneben die Erfahrungen in Staatsbetrieben, namentlich im Bergbau, recht kläglich ausnähmen.

Die nicht ausreichende Leistung des Bergbaus und seine Nöte sind unseren Lesern bekannt. In seinem Jahresbericht über die Leistungen der britischen Wirtschaft im Jahre 1948 konnte auch Cripps der Privatindustrie seine Anerkennung nicht versagen, so der Eisen- und Stahlindustrie, der Metall- und Maschinenindustrie. Die Verteuerung der Kohle, von Gas und Elektrizität, sowie der Eisenbahntarife unter Staatsbetrieb konnte bisher auf die Exportpreise abgewälzt werden. Diese aber sind nicht weiter belastbar, da sie bereits auf stärkste wiedererwachende internationale Konkurrenz stoßen. Die Beschwerden der letzten Zeit hierüber, namentlich auch über die deutsche Konkurrenz, haben wir mehrfach erörtert. Die Privatindustrie fordert demgegenüber für diesen Konkurrenzkampf vor allem Bewegungsfreiheit. Im Hintergrunde steht also wieder die Frage „Verstaatlichung oder nicht". Unsere Leser werden sich auch der noch nicht lange zurückliegenden heftigen Debatten über die „Steel Bill", die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie, erinnern, die nach der Planung im Jahre 1950 wirksam werden soll.

Wie waren nun gegenüber der unzureichenden Leistung des Bergbaus die bisherigen Leistungen der Stahlindustrie? Es wurden erzeugt: 1937 8,49 Mill. t Roheisen und an Stahl im Jahre 1939 13,22 Mill. t, 1947: Roheisen 7,79 Mill. t, Rohstahl 12,72 Mill. t, 1948: Roheisen 9,28 Mill. t und Stahl 14,88 Mill. Tonnen.

Nach den Rekordleistungen der Vorkriegszeit sind die Produktionsziffern also weiter angestiegen; sie übertrafen 1948 das Regierungsprogramm, das 14 Mill. t für Stahl vorgesehen hatte und unter dem Eindruck der günstigen Erzeugungsentwickelung im Mai auf 14,50 Mill. t heraufgesetzt worden war. Selbst dieses revidierte Programm ist überboten worden. Das offizielle Programm für Roheisen betrug 9,30 Mill. t. Es lag 89 000 t unter der erreichten Erzeugung. Die monatliche Leistung stieg von Monat zu Monat an und erreichte im Dezember einen neuen Rekordstand. Der Erfolg wurde in der Hauptsache durch Einführung des kontinuierlichen Arbeit in den Stahlwerken und weitreichende Umstellung von Stahlwerken auf Ölheizung erreicht. Durch Mangel an Kapazität wurde der Erzeugung im Jahre 1948 keine Grenze mehr gesetzt. Die in den nächsten Monaten und Jahren in Betrieb kommenden neuen Werkanlagen werden die Kapazität weiter steigern.

Entscheidende Voraussetzung für die laufende Produktion war die günstige Entwickelung der Rohstoffversorgung seit Anfang 1948. Die Kokslieferungen betrugen 10,42 Mill. t (Regierungsprogramm 10,35 Mill. t) und deckten den Bedarf voll. Die Erzeinfuhr aus in- und ausländischen Quellen hielt sich im Rahmen des Bedarfes; die Hochöfen hatten keine bedeutenderen Materialschwierigkeiten. Die Schrottversorgung, das ständige Sorgenkind der britischen Stahlindustrie, war besser als erwartet. Die Einfuhr mit 800 000 t blieb zwar um 50 000 t hinter dem Voranschlag zurück, dagegen übertraf das Angebot aus inländischen Quellen mit 4,55 Mill. t die offizielle Zielsetzung um 850 000 t. Der Schrottvorrat stieg von 354 000 t im Januar auf 478 000 t Ende November. Falls die Rohstoffversorgung weiterhin zufriedenstellend bleibt, dürfte 1949 mit neuem großen Produktionssteigerungen zu rechnen sein.

Trotz dieser Produktionsentwickelung blieb die Eisen- und Stahlversorgung Großbritanniens im abgelaufenen Jahre ungenügend. Die Stahlknappheit war bisher einer der stärksten hemmenden Faktoren in der britischen Wirtschaft. Trotzdem vermochte die Regierung zu Beginn des neuen Jahres gewisse Erleichterungen in den Eisen- und Stahlzuteilungen einzuführen, die vor allem den Kleinverbrauchern zugute kamen.

Abgesehen von wirtschaftlichen Wert kommt nun der Produktionssteigerung auch eine politische Bedeutung zu. Die beabsichtigte Verstaatlichung wird zweifellos nicht mehr mit wirtschaftlichen Argumenten begründet werden können. Dennoch ist wohl zu erwarten, daß das Gesetz infolge der starken Labourmehrheit im Unterhaus bei der Abstimmung durchgehen wird.

•

Aus Kreisen des britischen National Coal Board verlautet, daß der Preis für die an Frankreich dieses Jahr zu liefernde englische Kohle je nach der Sorte bis auf 5 Schilling pro Tonne herabgesetzt wird. Frankreich wird 1949 rund 1,5 Mill. Tonnen Kohle aus Großbritannien einführen. Auch anderen Ländern, u. a. Holland und Dänemark, wurden Preisermäßigungen bewilligt.

•

Der britische Handelsminister Wilson erklärte im Unterhaus, ein Rückgang der Preise für Rauchtabak und Zigaretten sei in Großbritannien im Zusammenhang mit dem kürzlich getroffenen britisch-amerikanischen Abkommen über britische Tabakkäufe in den USA im laufenden Jahre nicht zu erwarten.

•

Ägypten und die britischen Behörden von Uganda beraten zur Zeit ein Abkommen über die Errichtung von Elektrizitätswerken und Bewässerungsanlagen am Viktoria-See. Ägypten soll sich mit 4,5 und Uganda mit 7,5 Millionen Pfund Sterling beteiligen.

Der manipulierte Exportschilling

Von unserem österreichischen Korrespondenten

Ein österreichischer Schilling gilt offiziell zehn Dollarcents. Diese runde Rechnungszahl wurde, recht willkürlich, 1945 festgelegt und bisher unverändert gehalten. Die Löhne und Preise sind in Österreich heute drei- bis viermal so hoch wie 1945 und der Export über den gleichgebliebenen Wechselkurs ist schwieriger geworden. So verlangen die Exporteure, oder einige Gruppen von ihnen, in Intervallen immer wieder eine Abwertung; der Wunsch wurde zum Gerüchte, gestützt durch eine Amerikareise des Finanzministers, von der man Besprechungen zur Änderung von Kursrelationen im Kreis der Marshall-Staaten erwartete. Die Gerüchte wurden bekanntlich dementiert, der Kurs von 10 S. Schilling für einen Dollar (und entsprechend über New York gerechnet für die anderen Währungen) ist geblieben und wird auch bis auf weiteres bleiben.

Die Argumentation der Exporteure ist aber nicht so logisch, so umfassend zutreffend, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Der genannte Zwangskurs ist nicht so wesentliche Basis der Ausfuhr, ja er wird, wenn man so sagen darf, immer mehr zu einer Fassade.

1. Mehr als die Hälfte des österreichischen Außenhandels wird zur Zeit über Kompensationen abgewickelt, wo ausreichende Preise erzielt werden; das heißt oft einfach, daß die eingeführte Ware so billig ist und einen Überpreis bringt, der einen Verlust bei der Ausfuhr deckt. Es wird nicht der Exportpreis an sich kalkuliert, sondern das zweiseitige Geschäft unter besonderer Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten für die Gegenlieferung im Inland. So kann natürlich die Kostenrechnung für die Ausfuhrware unwichtig werden, und aus Exportpolitik wird eine Summe von Spekulationsgeschäften. In der Regel rechnet man zur Zeit allerdings auf beiden Seiten Weltmarktpreise und fakturiert in Dollar. Das Bedenkliche ist dabei, daß die Verlockung zu diesen Geschäften die Richtung des Außenhandels verzerrt. Wer wird das unmögliche Geschäft gegen harte Devisen suchen, wenn die Kompensation sicherer ist und mehr einbringt?

2. Bei Exporten, die über einen Dollarkurs von 10 Schilling oder das Äquivalent in anderen Festwährungen abgerechnet werden, wird den Exporteuren ein Teil ihrer Erlöse (im Durchschnitt die Hälfte) in Valuta zur Beschaffung von Rohstoff und Hilfsmaterial belassen.

(Was gewönnne man also durch eine Kursabwertung?*)

Wenn die Hälfte der Ausfuhr Kompensationen sind und vom Rest wieder eine Hälfte für Einfuhrbedarf der Exporteure abgezweigt wird, bliebe nur ein Viertel der gesamten Ausfuhrerlöse, das von einer Kurssenkung effektiv gewänne; d. h. im Rahmen dieses Viertels wäre die Konkurrenz am Weltmarkt erleichtert.

3. Man hat aber nun, ab November noch eine weitere Exportförderung durch Kursdifferenzierungen eingerichtet. Wenn ein Exporteur — trotz der im Punkt 2 erwähnten Bevorzugung — mit dem gegenwärtigen Wechselkurs nicht auf die Rechnung kommt, so kann er über die Handelskammer und Nationalbank einen Importeur suchen, der aus dem betreffenden Lande gegen ein Kursaufgeld einführen will; das Kursaufgeld kommt dann dem Exporteur zu. Die Bewilligung erfolgt durch die Nationalbank, die auch die Berechtigung solcher Ansuchen (auf Grund von Kalkulationen, Firmenvergleichen usw.) prüft und die Ausmaße dieser Sondermaßnahme in Vormerk halten kann. Diese Förderung erfolgt außer der in Punkt 2 erwähnten Zuteilung von Freiquoten.

(Der Leser in Deutschland wird sich an ein ähnliches System im seinerzeitigen „Neuen Plan" Schachts erinnern!)

So sind in weitestem Ausmaße Angebot und Nachfrage in ihre Rechte eingesetzt. Das Verfahren bei der Ausfuhrförderung durch Kursdifferenzierungen nach Punkt 3 geht zahlungstechnisch über die Nationalbank. Aber Importeur und Exporteur lernen einander kennen — und was liegt näher, als daß sie gegebenenfalls auch einem Kurs noch „unter der Hand" nachhelfen, wenn das von der Nationalbank zugestandene Aufgeld nicht ausreicht?

Die Ausfuhr hat in letzter Zeit eine Monatssumme von mindestens über 140 Mill. S erbracht, bis zu 170 Mill. im besten Falle (Monatsdurchschnitt 1947 bei allerdings tieferen Preisen 70 Mill.). Dem Volumen nach ist das noch immer erst die knappe Hälfte der Vorkriegsleistung. — Aber auch die im Jahresverlaufe gestiegene Ausfuhr deckt noch nicht die Einfuhr ohne Hilfslieferungen; im Monatsdurchschnitt erreichen die Einfuhren jetzt etwa 230 Mill. S, und auch dies ist nur etwa die Hälfte der Vorkriegsmenge. Aber zu diesem handelsstatistischen Import kommen die Hilfslieferungen aus den USA dazu, und mit diesen zusammen hat man fast das Volumen von 1937 erreicht. Wesentlich ist, daß im letzten Halbjahr eine Reihe von Handelsabkommen abgeschlossen werden konnten (nun auch mit der Bizone Deutschlands). Diese neuen Verträge lassen eine weitere Steigerung der Ausfuhrleistung erwarten; zur handelspolitischen Basis kommen die erwähnten Förderungsmaßnahmen und summa summarum ist die handelspolitische Entwicklung im österreichischen Außenhandel somit positiv zu beurteilen. Und Österreich hat keine JEIA, keine OFICOMEX, es führt den Außenhandel, sozusagen ein neues Außenhandelsgesetz (ab 1949) soll auch die doch bestehenden bürokratischen Hemmungen vermindern; ein Exportgeschäft gilt künftig als genehmigt, wenn innerhalb zweier Wochen nach der Anmeldung kein Einspruch erfolgt. Auch will man (nach britischem Muster) eine große Anzahl Außenhandelsstellen im Ausland schaffen.

*) Die weiteren Folgerungen werden hier außer acht gelassen. Österreichs Außenhandelsbilanz ist stark passiv und wird es noch viele Jahre bleiben. Eine Abwertung des Schillings würde ausgeschlossene Verteuerung der Einfuhr bedeuten!

Süddeutscher
Spinnweber-Verband G. m. b. H.
Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)
Spinnereien
Webereien
Bleichereien
Färbereien
Druckerei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausland in Kürze

Die 32. Schweizer Mustermesse in Basel findet vom 7. bis 17. Mai statt. Alle schweizerischen Gesandtschaften, Konsulate und Handelskammern erteilen nähere Auskunft.

Im Schweizer Nationalrat erklärte ein Abgeordneter, daß der schweizerische Weinmarkt völlig still liege. Die Masseneinfuhr ausländischer Weine habe den Schweizer Weinbau auf lange Zeit in eine schwierige Lage gebracht. In den Kellern der Schweiz lagerten 92 Mill. Liter Weißwein. Dies entspräche dem Verbrauch in zwei Jahren.

Der schwedische Stoppreis für den deutschen Volkswagen wurde vom Preiskommissariat auf 6300 Kronen festgesetzt. Der Verkauf erfolgt jetzt vollkommen frei je nach Reihenfolge der Auftragseingänge. Bisher eingeführte Wagen waren meist in kurzer Zeit vergriffen. Das Interesse, vor allem der Militärverwaltung und der Behörden, ist groß.

Das dänische Landwirtschaftsministerium hat das Ausfuhrverbot für getrocknetes Blutplasma und Blutpulverkasein, Frischgemüse, Trockengemüse und Gemüsekonserven aufgehoben. Das Ausfuhrverbot für Kartoffeln bleibt bestehen.

Die norwegische Industrieproduktion war 1948 um 25 Prozent höher als 1947, erklärte Staatssekretär Drogseth und bis 1952 soll die Industrieproduktion auf 150 Prozent des Standes von 1938 erhöht werden.

Eine neue Maschinenfabrik in Amsterdam befaßt sich mit dem Bau von Maschinen, die früher hauptsächlich aus Deutschland bezogen wurden, wie Bäckereit-, Holzbearbeitungs-, Buchbinderei- und Werkzeugmaschinen. Das Unternehmen will auch exportieren, insbesondere nach Amerika.

Das österreichische Patentamt hat die Erteilung von Patenten, durch welche in Österreich eine Schutzfrist von 18 Jahren gewährt wird, wieder aufgenommen. Bis Ende Oktober wurden bereits 17 000 Patente angemeldet.

Die Kugellager-Fabriken der Steyr-Werke wollen die Monatsproduktion im Laufe dieses Jahres auf 400 000 Stück Kugellager bringen. Gegenwärtig beträgt die Produktion etwa 220 000 Kugellager monatlich, von denen der größte Teil an die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen geliefert wird.

Die österreichische Elektroindustrie beschäftigte Ende vergangenen Jahres wieder 21 000 Arbeiter und Angestellte und hat damit in vielen Sparten den Friedensstand überschritten. Die Glühlampenerzeugung der sechs österreichischen Glühlampenfabriken betrug im vergangenen Jahr mit 20 Mill. Stück wesentlich mehr als vor dem Kriege.

Der Gewinn des tschechoslowakischen Tabakmonopols für 1948 mit 11 831,1 Mill. Kronen (im Vorjahr 8860 Mill. Kronen) ging um 3214 Mill. Kronen über den Voranschlag hinaus.

Die Tschechoslowakei führte im vergangenen Jahre 2082 Waggons Frischfleisch, 274 Waggons Geflügel und 454 Waggons Fleischkonserven ein, ferner 11 475 t lebendes Rindvieh und 3437 t Schafe. Der Gesamtwert dieser Einfuhr betrug 1478 Mill. Kronen.

Zwischen Österreich und Ungarn wurde die Lieferung von 20 000 t ungarischen Roggen und 3000 t Sonnenblumenöl vereinbart; Ungarn erhält dafür von Österreich überschüssige amerikanische Baumwolle. Auch mit Polen und Rumänien sind Verhandlungen über Roggen- und Weizenkäufe auf Tauschgrundlage im Gange.

Der polnische Sechsjahresplan

Kohlenförderung und Stahlerzeugung werden wesentlich erhöht

Da der gegenwärtige polnische Dreijahresplan im September oder Oktober bereits erfüllt sein dürfte, wird der neue Sechsjahresplan wahrscheinlich schon vor 1950 anlaufen. Dieser neue Wirtschaftsplan, bei dem man nach einer Äußerung des polnischen Ministers für Industrie und Handel nicht die gleich schnelle Entwicklung wie bei dem jetzigen Dreijahresplan erwarten könne, da es schwerer sei, neue Industrien aufzubauen als alte zu reaktivieren, sieht eine wesentliche Erhöhung der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion vor.

Die Umstellung der Landwirtschaft stellt die polnische Industrie vor die Aufgabe, vor allem jene Industriezweige auszubauen, die sich mit der Herstellung von Hilfsmitteln für die Landwirtschaft befassen. Nach dem neuen Sechsjahresplan sollen der Landwirtschaft 50—60 000 Traktoren in- und ausländischer Herkunft geliefert werden, wobei die Inlandserzeugung auf 10 000 bis 12 000 Stück im Jahr 1950, d. i. auf das Fünf- bis Sechsfache der gegenwärtigen Erzeugung gesteigert werden soll. Das Jahressoll der Kraftfahrzeugindustrie wurde für 1955 mit 22 000 Kraftwagen festgesetzt, wobei ein Großteil der Wagen der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden wird. Der Wert der Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten soll 1955 ungefähr 100 bis 120 Mill. Verktrags-Zloty erreichen, was das Sechsfache der Erzeugung von 1937 bedeuten würde. Durch den Bau neuer Düngemittelfabriken soll die landwirtschaftliche Erzeugung 1955 auf 300 000 bis 320 000 t, d. i. auf das Fünffache der Produktion von 1937 erhöht werden.

Ein bedeutender Teil der im Sechsjahresplan vorgesehenen Investitionen für die Entwicklung der Industrie wird demnach mittelbar auch der Entwicklung der Landwirtschaft zugute kommen.

Die Erhöhung der industriellen Erzeugung wird besonders stark in der Verbrauchsgüterindustrie in Erscheinung treten, denn 1955 sollen 50% mehr Baumwollgewebe erzeugt werden als im laufenden Jahr. Die planmäßige Mehrerzeugung beträgt bei Wollgeweben 30, bei Leinengeweben 100, bei Schuhen 140, bei Zucker 55 und bei Papier 70%.

Einem besonders breiten Raum im neuen Sechsjahresplan nimmt der Kohlenbergbau ein. Bis Ende 1949 sollen mindestens 77,5 Mill. t Kohle jährlich gefördert werden, so daß der gesamte Inlandsbedarf gedeckt und außerdem alle Ausfuhrverpflichtungen erfüllt werden könnten. Weiter ist geplant, die Stahlerzeugung wesentlich auszubauen, u. a. durch den Bau eines Stahlwerkes in Schlesien mit einer Jahresproduktion von 1,5 Mill. t. Die Produktion soll im Laufe des Sechsjahresplanes anlaufen, wird aber ihre volle Kapazität erst später erreichen. Ein weiteres neues Stahlwerk soll in Ostpolen errichtet werden. Nach amtlichen Mitteilungen soll ferner die Metall- und Maschinenindustrie bis 1955 ihre Erzeugung um das 1½fache des Solls von 1948 erhöhen. In der Schwerindustrie erwartet man im laufenden Jahr folgende Ergebnisse: Koks 1, Roheisen 1,3, Rohstahl 2 und Walzwerkserzeugnisse 1,3 Mill. t.

Außenhandelsbestrebungen

In der Zeit vom Sommer 1947 bis zum Herbst 1948 hat Polen mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, die eine größtmögliche Entwicklung des gegenseitigen Warenaustausches und der gegenseitigen Dienstleistungen im Rahmen mehrjähriger Handelsverträge, sowie die zweckmäßigste Ausnutzung der beiderseitigen Verkehrswege für die Ein- und Ausfuhr und für den Transitverkehr anstreben. Zur Durchführung dieser Aufgaben wurden besondere Organe, die sogenannten „Räte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit" ins Leben gerufen.

Die sich immer enger gestaltenden Wirtschaftsbeziehungen Polens mit den genannten Ländern kommen am besten in dem Anziehen der beiderseitigen Handelsumsätze zum Ausdruck. So führt Polen in die Tschechoslowakei vor allem Kohle, Zink, elektrische Energie und Lebensmittel aus und bezieht dafür hauptsächlich Schuhe, Hüttenerzeugnisse, Traktoren und Kraftwagen, wobei die so dringend für den Wiederaufbau Polens benötigten Investierungsgüter eine wichtige Rolle spielen. Bis 1952 wird Polen unter Gewährung hoher Kredite für annähernd 150 Mill. Dollar Investierungsgüter eingeführt haben. Aus Rumänien erhält Polen in erster Linie Rohstoffe, wie Rohöl und Holz, im Austausch gegen Industrieerzeugnisse, Maschinen, Eisen und Kohle. Bulgarien liefert hauptsächlich Tabak und Erze und erhält von Polen Maschinen, Walzerzeugnisse und geringere Mengen von Kohle. Auch mit Ungarn ist in der letzten Zeit eine ständige Aufwärtsentwicklung zu beobachten, wobei sich der für beide Teile vorgesehene Jahresumsatz auf rund 10 Mill. Dollar beläuft. Ungarn liefert verschiedene Industrieerzeugnisse, Heilmittel, namentlich Penicillin, und Aluminium, während Polen vor allem Kohle, Koks, Zink und Papier nach Ungarn ausführt. Die noch jüngsten Handelsbeziehungen mit Albanien wurden durch die Lieferung einiger Rohstoffe eingeleitet, wofür Polen im Austausch Industrieerzeugnisse liefern wird. Mit Jugoslawien ist der Handel zurückgegangen, was aber hauptsächlich politische Gründe hat. Das vor kurzem mit Jugoslawien abgeschlossene Warenaustauschabkommen sieht einen geringeren Umfang vor als bisher.

Die polnische Außenhandelspolitik ist aber andererseits auch um die Steigerung der Handelsumsätze und die Erhaltung und Erweiterung des Warenaustausches mit anderen Ländern bemüht, unter denen Schweden zu den wichtigsten Handelspartnern zählt. So ist u. a. Schweden nach Rußland der größte Bezieher polnischer Kohle, aber auch die Lieferungen von Koks, Hüttenerzeugnissen, Eisenwaren, Bohren, Draht usw. sind für Schwedens Wirtschaft von größter Bedeutung. Weiter liefert Polen an Schweden noch Lebensmittel, Chemikalien und Textilien und erhält dafür im Austausch Schmiedeeisen, Eisenerze, Zellulose, Investitionseinrichtungen, Maschinen usw.

Die Entwicklung des polnisch-schwedischen Warenaustausches in den letzten Jahren zeigt am deutlichsten die nachstehende Tabelle (in Mill. Kr.):

	Einfuhr	Ausfuhr
1945	8,1	8,3
1946	75	87
1947	98	130
1948	153	283

(vorläufige Angaben).

Von besonderer Bedeutung für die Zusammenarbeit beider Länder ist das Investitionsabkommen vom Jahre 1947, wonach Polen an die schwedische Industrie Aufträge in Höhe von 383,5 Mill. Kr. vergeben kann, wobei Polen zur Anzahlung dieser Investitionsaufträge ein Kredit in Höhe von 70 Mill. Kr. eingeräumt wurde, dessen Erneuerung, wie verlautet, bevorsteht.

Kohlenausfuhr 1948

Die Rekordförderung des Vorjahres von mehr als 70 Mill. t Kohle hat die Stellung Polens auf den Auslandsmärkten weiter gefestigt. Polen gehört heute zu den führenden Kohlenexporteuren der Welt. Die polnischen Kohlenlieferungen an die Märkte Nordeuropas erhöhten sich um 81% und erreichten ein Gesamtgewicht von mehr als 7,4 Mill. t, während die Märkte des Ostens mit mehr als 7,3 Mill. t beliefert wurden, was gegenüber 1947 eine Verringerung um 14% bedeutet. Dagegen stieg die Ausfuhr in die mitteleuropäischen Länder mit 2,6 Mill. t auf fast das Zweieinhalbfache. Der westeuropäische Markt nahm etwa 3,9 Mill. t auf, d. h. über 65% mehr als 1947. Etwa 1 Mill. t umfaßten die Lieferungen in die südosteuropäischen Länder und in die außereuropäischen Länder, einschließlich des Verkaufes ab Hafen.

Frankreich

Klarer Anleihe-Erfolg

Der Optimismus, mit dem die Auflegung der 3%igen Wiederaufbauanleihe aufgenommen worden war, hat sich als berechtigt erwiesen. Im Schoße der Regierung Queuille war befürchtet worden, daß die Angriffe gegen den Justizminister André Marie im Zusammenhang mit der Affäre der Baufirma Sauvagnat et Brace das Ergebnis der Anleihe nachteilig beeinflussen könnte. Marie hat inzwischen aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. In einer von der Nationalversammlung genehmigten Tagesordnung war ihm vorher bescheinigt worden, daß er innerhalb seiner Kompetenzen gehandelt habe und nicht der geringste Beweis für die Berechtigung persönlicher Anschuldigungen vorliege. Als unzweifelhaft richtig gilt auch, daß es sich bei den Rücksichten, die Marie auf seine Gesundheit zu nehmen hatte, um eine wirkliche (und keine bloß politische) Erkrankung handelt.

Bei diesem Stand der Dinge hat sich eine nachteilige Auswirkung der politischen Auseinandersetzung um die Person des Justizministers auf den Fortgang der Zeichnungen nicht ergeben können. Die vorliegenden Meldungen zeigen denn auch, daß die Kreise, an die sich die Zeichnungsaufforderung vor allem richtete, in ihrer den Absichten der Regierung günstigen Einstellung verharrten. Die Zeichnungslisten, die insgesamt vier Wochen aufliegen sollen, wissen schon am Ende der zweiten Woche (8. Februar) nach amtlichen Angaben 151,7 Mrd. frr auf, hiervon etwas mehr als die Hälfte bar, der Rest Konversionen. Bei der Zeichnung von rund 70 Mrd. und mehr, wie sie sich in den beiden ersten Wochen ergaben, und gleichbleibender Proportion der Bareingänge und Konversionen, könnte die Anleihe die Regierung in die Lage versetzen, mit Hilfe dieser Emission 150 Mrd. frisches Geld aufzunehmen.

Auch wenn sich diese Erwartung nicht voll erfüllen sollte — worüber wir bald Klarheit erhalten werden — kann die Regierung Queuille mit dem erzielten Ergebnis zufrieden sein.

Diese günstige Entwicklung hatte ihren Einfluß auch auf dem Rentenmarkt. Die mit einem Bezugsrecht ausgestatteten 3- und 3½-%igen Staatsanleihen behaupten ihre Kursgewinne. Demgegenüber waren inländische und ausländische Aktien ausgesprochen schwach, was auch mit der rückläufigen Entwicklung der amerikanischen Agrarpreise in Zusammenhang gebracht wird. Auf dem Goldmarkt — zu Beginn der Anleihezeichnung Schauplatz lebhafter Tendenzkämpfe — trat Beruhigung ein. Die Umsätze gingen stark zurück und die Kurse bröckelten stetig ab. Der „Napoléon" sank auf 5650 frr (am 10. Februar gegen 5625 frr acht Tage vorher, Barrengold auf 760 (787,50) pro Gramm Feingold. Die „schwarzen" Devisen machten wie anläßlich der jüngsten Goldhausse auch die rückläufige Bewegung der Goldkurse nur zögernd mit.

Aluminiumproduktion 1948

Über die französische Bauxit-Förderung und Aluminium-Gewinnung des Jahres 1948 liegen umfassende Zahlen vor. Ihnen zufolge erreichte die Bauxit-Förderung im Monatsdurchschnitt 66,4 Mill. t, die Aluminium-Gewinnung rund 5,4 Mill. gegen 56,6 Mill. bzw. 4,5 Mill. t im Jahre 1947. Im einzelnen ergaben die

Monate	Bauxit (in Mill. t)	Aluminium (in Mill. t)
Januar 1948	69,7	2 583
Februar	73,5	2 615
März	78,7	5 160
April	79,5	6 711
Mai	71,9	7 549
Juni	69,2	7 169
Juli	69,3	7 467
August	74,1	7 381
September	62,7	6 730
Oktober	7,5	5 033
November	31,4	2 706
Dezember	76,0	2 834

Automobilindustrie und Volkseinkommen

Der Devisenwert der französischen Automobilausfuhr erreichte nach einer kürzlich vorgenommenen Erhebung 100 Mill. Dollar. Bei der Kapazität der Automobilindustrie könnte dieser Wert auf 400 Mill. und noch höher gesteigert werden, wobei sich gleichzeitig eine Verbilligung der Produktion ergeben würde. Voraussetzung wäre erhöhte Zuteilung oder Freigabe des erforderlichen Kraftstoffes. In Frankreich liegt der Kraftstoffverbrauch noch bei 70% des Jahres 1938, während er in allen westeuropäischen Ländern 102 bis 137% erreichte. Eine entsprechende Mehrausgabe an Devisen für Kraftstoff könnte zu einem beträchtlichen Anstieg der Kraftwagen-Produktion und Ausfuhr Frankreichs führen. Bei einer Beteiligung von nur 4% der berufstätigen Bevölkerung stellt die Automobilindustrie 1 Zehntel des Volkseinkommens dar.

*

Frankfurt. Aus Frankreich sollen jetzt, wie die JEIA mitteilt, Textilien eingeführt und den deutschen Importeuren, Fabrikanten, Großhändlern und Wiederverkäufern angeboten werden. Es handelt sich um wollene Meterware, meist einfarbige Stoffe, für Damenkleider im Werte von 500 000 Dollar und um Meterware für Damenmäntel, ebenfalls für 500 000 Dollar. Die Lieferung soll zur teilweisen Bezahlung der Schulden dienen, die auf Grund der deutschen Stromlieferungen nach Frankreich entstanden sind.

Südafrikanische Goldgeschäfte

Regierung erwartet erhebliche Gewinne

Ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds hat eine offizielle Erklärung abgegeben, nach welcher dieser „keine Bedenken dagegen erhebe, daß die Südafrikanische Union Legierungsgold zu Preisen verkaufe, welche den offiziellen Kurs von 35 Dollar pro Unze übersteigen, vorausgesetzt, daß alle Vorsichtsmaßregeln getroffen würden, um dafür zu sorgen, daß das Edelmetall ausschließlich zu anderen als Münzprägungszwecken, d. h. ausschließlich zu industriellen oder sonstigen beruflichen Zwecken verwendet würde."

Damit findet die Frage, die in den letzten Wochen auf den Goldmärkten der Welt, und ganz besonders in Südafrika so lebhafte Bewegung hervorgerufen hatte, eine um so weniger erwartete Antwort, als der Währungsfonds sich darüber im klaren sein muß, daß er einen Präzedenzfall schafft, der für andere golderzeugende Länder wie Kanada und Mexiko von größter Bedeutung werden kann. Allerdings begründet der Währungsfonds seine Stellungnahme mit der Erklärung, er wolle nicht versuchen, Gold als industriellen Rohstoff im Handel zu reglementieren, sondern er wolle seine Goldpolitik auf reine Währungsfragen beschränken. Diese Begründung wird aber zweifellos doch als ein Symptom relativer Schwäche der Einrichtung von Bretton Woods ausgelegt werden, weil es sich in der Praxis gar nicht verhindern lassen wird, daß auch ungemünztes Gold in seiner Eigenschaft als Hortungselement bei der Bewertung der internationalen Währungsverhältnisse eine Rolle spielen muß. Gerade in denjenigen Ländern, deren Währungen am meisten durch Inflationsbewegungen erschüttert sind, muß sich dies am stärksten zeigen.

Der südafrikanischen Regierung scheint die für sie günstige Antwort des Währungsfonds nicht unerwartet zu kommen. Sie hatte ihre Verhandlungen mit interessierten Londoner Kreisen bereits soweit vorbereitet, daß man jetzt erfährt, daß eine unter der Führung der Firma Mocatta and Goldsmid in London gebildete Gruppe bereit zu sein scheint, sofort eine Menge von 12 500 Unzen zum Preise von 38,50 Dollar zu übernehmen. Man glaubt in Washington zu wissen, daß diese englische Gruppe nicht ausschließlich für eigene Rechnung die fragliche Transaktion durchführen wird, sondern daß auch amerikanische Käuferkreise dahinter stehen. Die südafrikanische Regierung hofft durch die nunmehr international gebilligten Goldverkäufe erhebliche Gewinne verzeichnen zu können, ohne deshalb die Goldbestände ihrer Reservebank anrühren zu müssen. Sie wird die für die Transaktion benötigten Goldmengen unmittelbar von den Produzenten übernehmen, während der Goldbestand der Bank weiterhin auf einem Wert von rund 46 Millionen Pfund Sterling gehalten werden soll.

In London ist man allerdings der Erfolge dieser Goldverkäufe gegenüber etwas skeptisch. Man befürchtet, daß steigende Einnahmen der Goldminen die Minenarbeiter zu höheren Lohnforderungen animieren könnten, wodurch die Mehreinnahmen bald wieder aufgezehrt wären. Mit einem merklichen Einfluß auf die Finanzlage des Landes rechnet man außerdem nur, wenn die durch den Probekontrakt mit der Londoner Firma begonnenen Verkäufe wesentlich erhöht werden könnten. Selbst wenn die jetzt beabsichtigten Verkäufe in Höhe von 12 500 Unzen in der Woche auf das ganze Jahr ausgedehnt würden, wäre nur eine Mehreinnahme von 1 Mill. Pfund oder 1% des Wertes der augenblicklichen Goldproduktion zum offiziellen Kurs von 35 Dollar für die Unze erreicht.

Neben diesen Goldverkäufen will man auch durch andere Aktionen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in Südafrika aber nicht sehr schwer genommen werden, meistern. Das größte Augenmerk richtet man dabei auf die weitere Erschließung der Goldfelder, vor allem im Orange-Freistaat, und auf die Erweiterung der industriellen Produktionsbasis. Um die Belastungen, welche die Importpläne für Produktionsmittel an die Währungsreserven Südafrikas stellen werden, etwas auszugleichen, ist man mit der amerikanischen Import-Exportbank in Verhandlungen über Gewährung eines Kredites eingetreten, mit dessen Hilfe die Kapitalgüterkäufe finanziert werden sollen. Zur weiteren Entlastung der Zahlungsbilanz mußte die Regierung schon vor einiger Zeit schwerwiegende Importrestriktionen für verschiedene Konsumwaren vornehmen. Man hofft dabei, daß die von den Importeuren angelegten großen Lager die Auswirkungen auf den südafrikanischen Verbraucher mildern würden. Die zur Unterstützung staatlicher Investitionsprogramme aufgelegte 3½%ige Anleihe enttäuschte die in sie gesetzten Erwartungen, weil, wie man angibt, der Zinssatz zu niedrig angesetzt wurde. Außer den bisher bezeichneten 13 Mill. Pfund werden noch weitere 8 Mill. Pfund benötigt.

Trotz aller Schwierigkeiten hofft aber die südafrikanische Regierung, daß die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nicht unterbrochen wird.

Auch Rußland bewegt sein Gold

Die Auswirkungen der südafrikanischen Transaktion auf den europäischen Goldmärkten lassen sich im Augenblick noch schwer übersehen. Diese sind ohnehin seit einiger Zeit durch das Problem des russischen Goldes in Bewegung geraten, und man hat hier in Washington mit einigem Erstaunen von dem Eintreffen von rund 50 t Gold aus Rußland in der Schweiz Kenntnis genommen. Diese Transaktion ist verschiedentlich dementiert worden, doch glaubt man in amerikanischen Finanzkreisen, diesem Dementis nicht.

Dieser Vorgang interessiert den amerikanischen Markt nicht nur wegen der währungspolitischen Folgen, die sich aus einem plötzlichen Goldüberdruck in Europa ergeben könnten, sondern vor allem auch als Symptom für die wirtschaftspolitische Haltung der Sowjetunion. Bisher hatten die Russen nur verhältnismäßig geringfügige Goldmengen zur Abdeckung von Handelsschulden bei ihren Lieferanten exportiert, und selbst vor dem Kriege haben sie in denjenigen Fällen, in welchen solche Abdeckungen unvermeidlich wurden, es vorgezogen, Platin statt Gold zu liefern. Wenn die Sowjets jetzt plötzlich anfangen, Gold in größeren Mengen zu exportieren, so könnte man daraus den Schluß ziehen, daß die bisher unbekannte Ziffer der russischen Goldproduktion ein erheblich größeres Ausmaß angenommen hat, als man vermutete. Dies könnte aber nicht ohne Rückwirkungen auf den internationalen Geldmarkt bleiben.

Strategische Reserven auch in Kanada

Mit der Überleitung des Industrial Defense Board vom Verteidigungs- zum Handelsministerium wird eine Aktivierung dieser Einrichtung mit dem Ziel einer besseren Vorbereitung Kanadas für die Deckung des Rohstoffbedarfs der Industrie in einem etwaigen Kriege angestrebt. Schon jetzt liegen Vorschläge der beratenden Canadian Industrial Preparedness Association (CIPA) für die Bildung von strategischen Rohstoffreserven vor. Sie fordern den Ankauf von 40 000 Naturkautschuk, wobei die kanadische Gummiindustrie sich verpflichtet, jährlich 10 000 t aus diesem Vorrat zu übernehmen und zu verarbeiten, damit frische Ware in den Stock kommen kann. Bei Auflösung des Vorrats verpflichtet sich die Industrie zur Übernahme aller Bestände. Weiter wird der Ankauf von Zinn, Quarzkristall und Antimon, zunächst im Gesamtwert von 10,5 Mill. Dollar, empfohlen.

*

Großbritannien hat für British-Westindien größere Dollarbeträge zum Kauf kanadischer und amerikanischer Produkte freigegeben; der Umfang der zusätzlichen Freigaben wird auf britischen Wunsch nicht bekanntgegeben, zu Protesten in Großbritannien vorzubeugen. Kanadas Export nach British-Westindien war 1948 um etwa 23 Mill. Dollar oder fast 30 Prozent gegen 1947 gesunken.

Bergbauproduktion Kanadas 1948

Nach Feststellungen des Dominion Bureau of Statistics erreichte die Bergbauproduktion Kanadas im abgelaufenen Jahr einen bisher nicht erreichten Höchststand; der Gesamtwert beträgt 866,2 Mill. Dollar gegenüber 644,7 Mill. 1947. Wenngleich ein wesentlicher Teil dieser Zunahme nur durch Preissteigerungen bedingt ist, sind doch auch mengenmäßige Produktionserhöhungen zu verzeichnen. In den Ergebnissen sind Erzeugnisse aus Pechblende nicht enthalten; diese Produktion wird geheimgehalten.

Bergbauproduktion Kanadas

	1948 Menge	1948 Wert Millionen Dollar	1947 Menge	1947 Wert Mill. Dollar
Gesamt	—	866,2	—	644,7
davon:				
Metalle Erze	—	455,8	—	381,1
Nickel	101,3	81,6	Mill. lbs	91,4
Gold	3,2 Mill. Unzen	107,3	Mill. Unzen	97,3
Kupfer	1,26 Mill. t	6,3	Mill. t	9,3
Brennstoffe	—	136,4	—	110,0
Kohle	18,4 Mill. t	107,3	Mill. t	
Erdöl	13,8 Mill. bbl.	30,3	Mill. bbl.	19,6
Erdgas	—	14,8	—	
Nichtmetallerzeugnisse	—	56,8	—	50,8
Asbest	6,7 Mill. t	91,3	Mill. t	88,8
Gips	3,9 Mill. t	1,8	Mill. t	

Die seteneren Metalle bzw. Erze sind alle in steigenden Mengen gefördert und zu höheren Preisen verkauft worden.

Die Stepp Rock Iron Mines wollen ihre Förderung von Eisenerz auf drei Millionen Tonnen im Jahr steigern und investieren zu diesem Zweck 8 Millionen Dollar, von denen 5 Millionen als Kredit durch die Export-Import-Bank gewährt werden sollen.

Der feste Bezug

unserer interessanten Wochenzeitung

zum Monatsbezugspreis von nur DM. 2.— bietet Ihnen die meisten Vorteile

Bitte senden Sie uns den Bestellschein als Drucksache oder auch unfrankiert zu.

Bitte hier ausschneiden!

An die **„WIRTSCHAFTSREVUE"** Rastatt / Baden
Werbeabteilung Bahnhofstraße 48

Bestellschein

Liefern Sie mir / uns die

„WIRTSCHAFTSREVUE"

Unabhängige Europäische Wochenschrift

ab _____ 1949 durch die Post / unter Streifband

zum Monatsbezugspreis von DM 2.—

zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto

Name / Firma _____

Beruf / Branche _____

Ort und Straße _____

(Datum) _____ (Unterschrift)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Rechtspraxis

(Fortsetzung und Schluß aus Nr. 6)

Arbeitszeitordnung

Arbeitszeit 186. Frage: In welchen Fällen müssen Mehrarbeitszuschläge gezahlt werden?

Antwort: Nach § 15 der Arbeitszeitordnung vom 30. 4. 1938 muß in folgenden Fällen ein Mehrarbeitszuschlag bezahlt werden: Bei einer auf Grund der Anordnung des Unternehmers an 30 Tagen während des Jahres durchgeführten Mehrarbeit bis zu 2 Stunden täglich, für Mehrarbeit auf Grund eines Tarifvertrages, für eine durch das Gewerbeaufsichtsamt beim Nachweis eines dringenden Bedürfnisses genehmigte Arbeitszeitverlängerung und für Mehrarbeit in Notfällen und außergewöhnlichen Fällen, insbesondere wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen. In allen diesen Fällen ist zum normalen Arbeitslohn ein Zuschlag zu zahlen, dessen Höhe sich in der Regel nach den Bestimmungen der Tarife richtet. Ist dies nicht der Fall, und besteht auch keine betriebliche oder einzelarbeitsvertragliche Regelung, so gilt nach § 15 der Arbeitszeitordnung als angemessene Vergütung ein Zuschlag von 25 Prozent auf den Lohn. Zu erwähnen ist noch, daß der Unternehmer bei Fehlen von tariflichen Regelungen sowohl einen höheren wie niedrigeren Satz als 25 Prozent vereinbaren kann. Auf jeden Fall aber muß ein Zuschlag für Mehrarbeit gezahlt werden. Die Zahlung eines übertariflichen Lohnes entbindet nicht von der Pflicht zur Zahlung von Mehrarbeitszuschlägen, es sei denn, daß ausdrücklich vereinbart wurde, daß in der übertariflichen Bezahlung die Abgeltung für Mehrarbeit enthalten ist.

Für Mehrarbeit von Angestellten gelten in erster Linie die Tarifbestimmungen, die in der Regel einen Zuschlag von Teilen der monatlichen Gehaltsbezüge zuzüglich bestimmter Prozentsätze vorsehen. Als Ausgangspunkt für die Berechnung von Mehrarbeit gilt regelmäßig die 48 Stunden-Woche.

Heimarbeit

Heimarbeit in O. Frage: Haben Heimarbeiter Anspruch auf Urlaub?

Antwort: Auch die Heimarbeiter haben einen Anspruch auf Urlaub. Die Dauer des Urlaubs errechnet sich aus dem Urlaubsgeld. Dieses beträgt 2 Prozent des reinen Arbeitsentgeltes, das der Heimarbeiter binnen eines Jahres verdient. Die Urlaubsdauer wird so berechnet, daß für den Urlaubstag ein normaler Tagesverdienst bei voller Beschäftigung des Heimarbeiters zugrunde gelegt wird. Dieser Tagesverdienst ist in der Regel in den Tarifverträgen festgelegt. Bei Vollbeschäftigung innerhalb des Urlaubsjahres ergibt sich im allgemeinen ein Jahresurlaub von 6 Tagen. Während der Urlaubstage darf Heimarbeit nicht ausgegeben werden.

Deutsche Gesellschaften

Dr. Madaus & Co.

Die Arzneimittelfabrik Dr. Madaus & Co., Köln, die nach Beendigung des Krieges aus der Ostzone nach Köln übersiedelte, hat sich günstig entwickelt. Sie beschäftigt heute 230 Arbeiter und hat inzwischen den Umsatz des Jahres 1938 wieder erreicht. Mit wenigen Ausnahmen wird die gleiche Vielfalt der Arzneipflanzen gezogen, wie es in der Vorkriegszeit geschah. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, daß bereits wieder ein sehr reger Samenaustausch mit den botanischen Gärten in Gang gekommen ist. Trotz der beträchtlichen Schwierigkeiten, die sich aus dem Wiederbeginn des Unternehmens ergeben, das früher seine Arzneimittel in alle Welt exportierte, hat es bereits wieder zwei große Gewächshäuser gebaut. Ein dritter Gewächshaus ist im Entstehen begriffen. Das Unternehmen wird auch in den nächsten Monaten eine neue große Trockenanlage erhalten, die umso wichtiger ist, als die Betriebsführung ein Trockenverfahren entwickelt hat, bei dem die ätherischen Öle der Pflanzen erhalten bleiben. Das Werk ist ferner dabei, seinen ehemals großen Arzneipflanzen-Sammelerstab wieder aufzubauen, der für die Gewinnung der wildwachsenden Pflanzen sehr wichtig ist. Für den Anbau der Arzneimittelpflanzen steht vorerst noch ein ausreichendes Gelände zur Verfügung. Dem Unternehmen ist das Gelände des ehemaligen Militärflughafens Köln-Ostheim zugewiesen worden. Gewisse Schwierigkeiten bestehen darin, daß der Boden sehr schwer ist, doch ist es gelungen, ausreichende Mengen Torf heranzuschaffen, um die Wachstumsbedingungen zu verbessern.

Bremen-Blanckenese Schiffahrt

Über die gegenwärtige Lage der Bremen-Blanckenese Schiffahrt AG., Bremen, und die Entwicklung im Geschäftsjahr 1948 können nach Mitteilung des Vorstandes erst in vier bis fünf Wochen Angaben gemacht werden. Im Geschäftsjahr 1947 wurde das Unternehmen durch die ungünstigen Wasserverhältnisse stark gehemmt. Gesunkene und kriegsbeschädigte Fahrzeuge wurden soweit wie möglich gehoben bzw. wiederinstandgesetzt. Durch die Überlastung der Werften erreichten die Reparaturen jedoch bei weitem nicht das erforderliche Ausmaß, so daß eine Anzahl Fahrzeuge immer noch nicht einsatzfähig ist.

Trotz der ungünstigen Verhältnisse und der unausgekommlichen Frachten schließt das Berichtsjahr mit einem kleinen Gewinn von 6,07 (Vorjahr 8,31) Verlust ab Mill. RM), um den sich der Verlustvortrag auf 1,31 vermindert. Aus einem stark erhöhten Rohüberschuß von 2,38 (1,36) erforderten Personalaufwendungen 1,90 (1,44), Anlagenabschreibungen 0,17 (0,18) und Steuern fast unverändert 0,12.

Anlagen werden einschließlich des Schiffsparks von 1,84 (2,0) mit 0,18 (0,37) und Anzahlungen auf Anlagen — die wieder mit 0,31 wertberichtigt sind — mit 0,36 (0,2) ausgewiesen. Das vermehrte Umlaufvermögen von 3,45 (4,85) umfaßt 1,42 (1,34) Forderungen aus Leistungen, darunter 0,36 (0,37) voll wertberichtigte Forderungen an das Reich, 0,19 (0,11) Forderungen an Konzernunternehmen und 1,51 (2,24) Kriegsschädenforderungen, denen Rücklagen für Ersatzbeschaffung und Wertberichtigungen von zusammen 7,1 (3,15) gegenüberstehen. Die flüssigen Mittel haben sich auf 0,2 (0,05) erhöht. Andererseits sind auch die Verbindlichkeiten auf 2,78 (3,42) angestiegen und zwar erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 0,87 (0,82), die Verpflichtungen gegenüber Konzernunternehmen auf 0,31 (0,30) und die sonstigen Verbindlichkeiten auf 1,84 (2,26). Dagegen gingen die Verpflichtungen gegenüber Banken auf 0,02 (0,24) zurück. Rückstellungen für ungewisse Schulden erscheinen mit 0,19 (0,17). Bei einem Grundkapital von 4,0 betragen die Rücklagen unverändert 0,6.

Dr. Cahn-Garnier, Aufsichtsrats-Vorsitzender des Pendelkonzerns und Oberbürgermeister von Mannheim, und Direktor Dr. Nicolaus Stuckmann, Pendelkonzern, Mannheim, wurden neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Westfalia-Dinnendahl

Die Erzeugung aller Betriebsabteilungen der Westfalia-Dinnendahl-Gröppel AG., Maschinenfabriken für Aufbereitung und Bergbau, Bochum, stieg seit der Währungsreform von Monat zu Monat an und erreichte im Dezember 1948 ihren bisherigen Höchststand. Die Produktion hat sich gegenüber dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1948 um mehr als 100 Prozent erhöht und die durchschnittliche Erzeugung der Jahre 1936 und 1937 erreicht. Auch das Auftragsgeschäft, das bisher noch nicht befriedigend war, belebt sich in letzter Zeit.

Wenn auch wegen verschiedener ungeklärter Fragen ein abschließendes Urteil über die demnächst aufzustellende Umstellungsbilanz zum 31. Juni 1948 noch nicht möglich ist, glaubt die Verwaltung doch schon sagen zu können, daß die Bilanz wahrscheinlich ausgeglichen werden kann, ohne das Kapital oder die ausgewiesenen Rücklagen in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung rechnet damit, daß das Unternehmen auch weiterhin gut beschäftigt sein wird, da der Kohlen- und Erzbergbau für absehbare Zeit im Mittelpunkt der deutschen Rohstoffwirtschaft stehen wird.

Im Geschäftsjahr 1947 erzielte die Gesellschaft einen erhöhten Rohertrag von 6,31 (Vorjahr 6,19) (in Mill. RM) und außerordentliche Erträge von 0,19 (0,03). Nach Abzug der Aufwendungen — darunter 3,09 (3,16) Personalkosten, 0,81 (0,92) Steuern und 0,4 (0,44) Anlagenabschreibungen — ergibt sich ein Verlust von 0,57, der sich um den vorjährigen Verlustvortrag auf 0,3 erhöht und wieder auf neue Rechnung übernommen wird.

Das Anlagevermögen steht mit 3,60 (3,67) zu Buch. Vorräte gingen auf 10,47 (11,31), Lieferforderungen auf 4,19 (4,00), Anzahlungen auf 0,91 (1,12) und Konzernforderungen auf 1,36 (1,48) zurück. Dagegen stiegen Kasse- und Bankguthaben auf 0,11 (2,4), sonstige Forderungen auf 2,92 (2,16) und Wertpapiere auf 0,5 (0,45).

Von den auf 18,32 (18,80) verminderten Verbindlichkeiten entfallen 17,07 (18,41) auf Ratenzahlungen für noch nicht abgerechnete Lieferungen sowie Anzahlungen. Rücklagen werden unverändert mit 1,3, Umlaufwertberichtigungen mit 0,27 (0,14) und Rückstellungen mit 1,39 (1,02) ausgewiesen. (Grundkapital 5,2).

Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Bergassessor Karl Kaup, Rödgen über Siegen, Bankdirektor Carl Schleifen, Düsseldorf, und Bergassessor Curt Spriestersbach, Bad Ems.

Ihagee

Die Ihagee Kamerawerk AG., Dresden, erzielte 1947 einen Rohertrag von 1,69 (Vorjahr 1,05) (in Mill. RM) und außerordentliche Erträge von 0,07 (0,008). Nach Anlagenabschreibungen von 0,17 (0,16) schließt das Berichtsjahr mit einem Reingewinn von 0,009, der mit dem Gewinnvortrag aus 1946 von 0,24 auf neue Rechnung übernommen werden soll.

Das Anlagevermögen steht mit 0,39 (0,23) zu Buch. Unter dem Umlaufvermögen von 3,96 (1,23) haben sich Vorräte auf 0,88 (0,68) erhöht, während Warenforderungen auf 0,06 (0,53) zurückgingen. Neu erscheint das Wertberichtigungskonto für Kriegs- und Kriegsfolgeschäden mit 2,05. Rücklagen werden mit 0,09 (0,02) und Rückstellungen für ungewisse Schulden mit 0,22 (0,12) ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten verminderten sich auf 1,11 (1,40). (Grundkapital 0,25).

Süddeutsche Eisenbahn

Die Verkehrseinnahmen der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft AG., Essen, gingen — wie schon gemeldet — nach der Währungsreform gegenüber den ersten Monaten des Jahres um 40 Prozent zurück, stiegen jedoch allmählich wieder an und erreichen gegenwärtig 60 Prozent der Einnahmen des ersten Halbjahres 1948 und 130 Prozent der Einkünfte von 1938.

Im Straßenbahnbetrieb beförderte die Gesellschaft im Berichtsjahr 78,45 (Vorjahr 77,00) und im Omnibusbetrieb 1,41 (0,80) Millionen Personen. Die transportierte Gütermenge betrug 450 000 (400 000) Tonnen.

Das Berichtsjahr schloß mit einem Reingewinn von 2,04 (in Mill. RM), um den sich der Verlustvortrag auf 1,73 vermindert. Die Einnahmen aus dem Bahnbetrieb erbrachten 21,37 (19,65) und die Einnahmen aus dem Kraftverkehrsbetrieb 0,44 (0,21). Ferner erzielte die Gesellschaft Beteiligungserträge von unverändert 0,36 und außerordentliche Erträge von 0,26 (0,05). Aufwendungen für den Bahnbetrieb werden mit 8,87 (8,71), Betriebskosten mit 7,33 (5,1), Treibkraftkosten mit 0,87 (0,74), Unterhaltungskosten einschließlich der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne mit 3,04 (3,45) sowie soziale Ausgaben mit 1,80 (1,44) ausgewiesen. Aufwendungen für den Kraftverkehrsbetrieb betrugen 0,22 (0,23) und Unterhaltungskosten einschließlich der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne 0,07 (0,04).

Abschreibungen und Wertberichtigungen erforderten 1,78 (1,56) und Steuern 1,05 (1,36).

Das Anlagevermögen von 48,06 (45,81) ist wieder mit 30,32 wertberichtigt. Unter dem Umlaufvermögen (ausschließlich ungewisser Werte) von 25,38 (20,47) haben sich die flüssigen Mittel durch die Rückzahlung eines dem RWE gewährten Darlehens auf 14,51 (5,42) erhöht. Auch die Stoffvorräte stiegen auf 2,32 (1,48) und Ausleihen auf 1,32 (0,65) an. Der durch die Rückzahlung des RWE-Darlehens verursachte Rückgang der sonstigen Forderungen auf 3,17 (7,46) wurde teilweise durch Steuerrückzahlungen wieder ausgeglichen. Wertpapiere blieben mit 1,59 unverändert. Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen betrugen wieder 0,03. Den wie im Vorjahr mit 18,42 ausgewiesenen Vermögenswerten mit ungewisser Bewertungsgrundlage stehen zweckgebundene Rücklagen von unverändert 18,06 gegenüber. Die übrigen Rücklagen erscheinen wieder mit 4,6. Rückstellungen für ungewisse Schulden ginnen leicht auf 7,41 (7,36) zurück. Von den Verbindlichkeiten von 7,05 (3,78) entfallen 3,77 (1,78) auf Lieferungen und Leistungsverpflichtungen und 1,71 (1,00) auf Kundenanzahlungen. (Grundkapital 16,2).

Wirtschaftsliteratur

Württemberg-Adreßbuch der Behörden, Industrie, Gewerbe, freien Berufe und des Handels. Teilband 3, Donau-Jagstgebiet 1948. Adreßbuchverlag Lang & Co. GmbH., Stuttgart, 232 Seiten. Preis 11.— D-Mark.

Dem jetzt vorliegenden dritten Teilband des Württemberg-Adreßbuches umfassend die Kreise Aalen, Crailsheim, Göppingen, Heidenheim, Künzelsau, Mergentheim, Öhringen, Schwäb. Gmünd, Schwäb. Hall und Ulm/Donau gingen die Teilbände „Stuttgart und Umgebung" und „Neckargebiet" voraus. Wie die ersten beiden bietet auch der dritte Band in dem Branchenteil die Anschriften der Großunternehmen bis zum kleinsten Ladengeschäft, der Behörden, Dienststellen, kirchlichen, politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Der Ortsteil enthält aufschlußreiche Ortsbeschreibungen, die Einwohnerzahlen und heimatkundlich Wissenswertes, Angaben über Eisenbahn- und Omnibusstationen, über das Post- und Fernsprechnetz. Der Öffentlichkeit ist damit eine Orientierungsmöglichkeit von großer Zuverlässigkeit an die Hand gegeben.

In der vorbereiteten nächsten Ausgabe beabsichtigt der Verlag die Teilbände der amerikanischen Zone in einem Band „Nordwürttemberg" mit über 1000 Seiten zusammenzufassen. Der Band „Südwürttemberg-Hohenzollern" (frzös. Zone) erscheint bereits im Frühjahr 1949.

Neuzeitliche Buchhandlung des Industriebetriebes. Gleichzeitig eine Einführung in das gesamte betriebliche Rechnungswesen. Von Diplom-Handelslehrer Max Schan und Diplom-Kaufmann Dr. Karl Zeiger. Sechste neu bearbeitete Auflage. Hammerich & Lesser-Verlag, Hamburg. 196 Seiten und ein „Erweiterter Kontenplan für den Maschinenbau".

Das Werk will den Industriebetrieben auch in seiner neuen Auflage ein geeignetes Hilfsmittel zur richtigen Betriebsdispositon bieten, indem es zur Erstellung eines Bildes der Produktions- und Finanzverhältnisse mit einer allen Anforderungen an Klarheit entsprechenden Darstellungsweise anleitet. Da für das Studium der Industriebuchhaltung die Kenntnis der allgemeinen Buchführung vorausgesetzt werden darf, konnte sich das Werk auf die Darstellung der rein kaufmännischen Fabrikbuchhaltung, der Betriebsbuchhaltung im Dienste der Selbstkostenrechnung und der zwischen beiden bestehenden Zusammenhänge beschränken. Der Wert des Buches besteht weniger darin, daß es die einschlägige Literatur um einen neuen, wissenschaftlichen Beitrag bereichert, als in seiner Bedeutung als zuverlässiger Helfer für den Praktiker.

Baustatik für die Praxis. Von Max Hartmann. Manu-Verlag Augsburg. 405 Seiten.

Der Verfasser des aus der Praxis eines beratenden Ingenieurs herausgewachsenen Buches bezeichnet als Ziel, dem er vor allem nachgegangen sei, allen jenen zu helfen, die nach langjährigem Versuchen vom Beruf gewungen seien, das früher Gelernte wieder aufzufrischen, um den Arbeitsplatz voll ausfüllen zu können. In seinem Abriß der Baustatik mit dem er diesem Ziel näherkommen will, sind hauptsächlich die Baustoffe Holz, Mauerwerk, Beton und Stahlbeton behandelt. Hinsichtlich der Theorie erhebt das Werk keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es verzichtet indessen nicht darauf, die Herleitung der Formeln mit denen der Baustatiker umzugehen hat, begreiflich zu machen, um seine Arbeit nicht zu bloß schematischem Rechnen zu machen. In Zahlenbeispielen werden eine Reihe praktisch vorkommender sehr instruktiver Fälle erläutert. Zahlreiche Tabellen im Text und ein 34 Seiten umfassender Anhang „Statische Tabellen" befriedigen alle diejenigen in der Praxis aufkommenden Bedürfnisse. Diesen Bedürfnissen will auch die Einflechtung amtlicher Vorschriften dienen, die heute selbst Bauämtern nicht immer zur Verfügung stehen.

Mathematik des täglichen Lebens. Von Prof. Dr. Paul Riebesell. Hammerich & Lesser-Verlag, Hamburg. 83 Seiten.

In den Jahren 1942 bis 1944 in vier Auflagen erschienen und nun in einer fünften um mehrere Abschnitte bereichert, die auch „verbotene Gegenstände" (Relativitätstheorie) und neue Forschungsgebiete (Atomforschung) berücksichtigen, kann das Buch mit einer allgemein günstigen Aufnahme rechnen. Es unterrichtet insgesamt in 16 Kapiteln u. a. über die Arbeitsweise der Mathematik, über unser Ziffernsystem, den Kalender, Leben und Sterben, das Gesetz der großen Zahlen, die Entzifferung von Geheimschriften, den Sternenhimmel, die Vererbung und andere Fragen, die ganz oder zu wesentlichem Teil in den Bereich der „Mathematik des täglichen Lebens" fallen.

Messen und Märkte in Rheinland-Pfalz im Jahre 1949. Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, Römerbad, bringt auf Grund amtlicher Unterlagen nach Landesteilen gegliedert und in chronologischer Reihenfolge ein Verzeichnis

Weltwarenmärkte

Baisse an den USA-Produktenbörsen

Die amerikanische Regierung hat am 9. Februar eine amtliche Untersuchung über die Gründe und die Auswirkungen der jüngsten Preisentwicklung an den amerikanischen Produktenbörsen angeordnet. In der Tat war zwar gegen Mitte des Monats Januar bei diesen Preisen eine leichte Aufwärtsentwicklung beobachtet worden, doch hatte diese die während des ganzen Jahres 1948 eingetretene Baisse nicht ausgeglichen. Können (Indexziffer der Landwirtschaftspreise am 15. Januar 1948: 308 gegen 397 am 15. Januar 1948, errechnet auf der Grundlage der Durchschnittspreise 1909—1914 = 100) und andererseits ist seit dieser vorübergehenden Erholung ein weiterer verschärfter Preissturz eingetreten.

Wie stark sich dieser neuerliche Sturz zusammen mit der Entwicklung seit einem Jahr auswirken muß, möge durch die folgenden Ziffern beleuchtet werden, welche einige charakteristische Preise verschiedener amerikanischer Produktenbörsen vom 1. Januar 1948 mit denen vom 4. Februar 1949, also vom Vorabend des Untersuchungsbefehls, vergleichen:

	1. 1. 48	4. 2. 49
Weizen (Chikago) (in Cent pro Scheffel)	204	209 ⅛
Mais (Chikago) (in Cent pro Scheffel)	153	118 ⅝
Hafer (Chikago) (in Cent pro Scheffel)	1,0 ⅝	69 ⅝
Roggen (Winnipeg) (in kanad. Cents p. Sch.)	400 ⅛	197 ¼
Schmalz (Chikago) (in Cent p. 453 g)	34,50	11.
Kakao (New York) (in Cent p. 453 g)	36,75	19,29
Zucker (New York) (in Cent p. 453 g)	5,15	4,39
Baumwolle (New Orleans) (1. Cent p. Pfund)	34,35	32,81
Wolle (New York) (in Cent pro Pfund)	179	165
Kautschuk (New York) (in Cent p. Pfund)	22,50	18,15

Wie man sieht, hat die Preissenkung sowohl die tierische wie die pflanzliche Produktion in starkem Maße erfaßt, und es ist nicht ohne Interesse, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Sektoren dieses Marktes zu verfolgen.

Die Verschärfung der Baisse-Bewegung seit dem letzten Sommer ist im wesentlichen durch das unerwartet hohe Ergebnis der Maisernte ausgelöst worden die sich auf etwa 3,6 Mill. Scheffel gestellt hatte, nachdem das vorangegangene Jahr nur mit einer Maisernte von 2,4 Mill. Scheffel abgeschlossen hatte. Nun kommt zwar nur ein verhältnismäßig geringer Teil der amerikanischen Maisproduktion in den Marktumlauf, weil nahezu 90% der Ernte in der Landwirtschaft zu Fütterungszwecken verbraucht wird. Das hindert aber nicht, daß die starke Maisernte den Gesamtmarkt beeinflußt, weil es über den Bereich der sonstigen Sorten von Futtergetreide hinaus auch den Getreidemarkt der Sorten für die menschliche Ernährung entlastet, so daß die verringerte Nachfrage zu einer Preisverbilligung führt. Andererseits kommt das reichliche Vorhandensein von Mais der Viehzucht zugute, so daß die tierische Produktion zugleich mit der pflanzlichen wächst und ebenfalls sinkende Preise zu verzeichnen hat. Schließlich hat das Überangebot von Mais auch preisliche Auswirkungen auf dem Markt der pflanzlichen Öle, nachdem ein Teil der Maisernte zur Erzeugung von sogenanntem „Kornöl" verwendet wird und eine Produktionssteigerung auf diesem Gebiet ebenfalls als Baissetendenz auf dem Fettmarkt wirkt.

Zu dem starken Ernteausfall beim Mais kamen entsprechende Ernteeinbußen in den anderen Zweigen des Getreidebaus.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die amerikanische Regierung für die Einleitung der Untersuchung über die Ursache der Baisse den Zeitpunkt gewählt hat, in welchem sich die Vertreter der getreideproduzierenden und die der getreideimportierenden Länder in Washington befinden, um über den künftigen Weltweizenpakt zu verhandeln. Man kennt die von beiden Seiten bezogenen Positionen und man kann sich vorstellen, daß ein allzu plötzliches Abzacken der Rohproduktenbörsen trotz der Sardos möglicherweise folgenden Entspannung in der Lebenshaltungslage wenig geeignet ist, bei der Diskussion um die Festsetzung der Höchst- und Mindestpreise die amerikanische Tonne zu verstärken.

Freilich glaubt man in den USA einstweilen nicht, daß die Baisse-Tendenz zu einem völligen Zusammenbruch des Marktes führen wird, weil das Regierungsprogramm zur Stützung landwirtschaftlicher Mindestpreise ausreichen dürfte, um bei einer normal bleibenden Entwicklung eine allzu gefährliche Bewegung abzustoppen. Dazu kommt, daß die internationalen Auswirkungen der Europahilfe eine relative Verstärkung der Absorbierungskapazität in den anderen Ländern mit sich bringen muß, welche als Ausgleichsmomente für die in Gang befindliche Bewegung wirkt.

Getreide

Die amtliche Schätzung der australischen Weizenernte 1948/49 ist neuerdings auf 5,44 Mill. t beziffert (erhöht) worden. Die Landwirtschaft wird voraussichtlich etwa 4,9 Mill. t auf den Markt bringen und den Rest für Saatgut und sonstigen Eigenbedarf verwenden. Danach läßt sich über die australische Weizenversorgung in den letzten Wirtschaftsjahren (Dezember/November) folgende Bilanz aufstellen:

	45/46	47/48	48/47
	in 1000 t		
Anfangsbestände einschl. Mehl	979	397	949
Ernte	5446	5981	3198
verfügbar	5810	6340	4139
Inlandsverbrauch			
Mehl	858	863	811
Viehfutter	968	571	694
Nährmittel	100	117	114
Saatgut usw.	476	441	492
Jahres-Schlußbestände	601	373	367
Ausfuhrüberschuß	3128	3946	1231

Die australische Regierung hat Großbritannien und Indien angeboten, insgesamt 321 000 t Weizen unter dem vorjährigen Preise zu liefern. Großbritannien soll 103 000 t zu 13⅝ s (australische Währung) je Bushel für den Eigenverbrauch und zu 13⅝ s je Bushel für die Wiederausfuhr erhalten. Im letzten Jahr kaufte Großbritannien 217 000 t australischen Weizen zu 17 s. Indien sollen 60 000 t zu 13⅝ s angeboten worden sein. 1948 verkaufte Australien 76 000 t zu 18⅝ s an Indien.

Die Welternte für Gerste hat im letzten Jahr zum ersten Male einen starken Überschuß ergeben, dessen Absatz nicht leicht fallen dürfte. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat die Ausfuhrüberschüsse der wichtigsten Ausfuhrländer folgendermaßen errechnet:

	in 1000 t
USA	400
Kanada	250
Argentinien	400
Australien	100
Östliche Erdhälfte	100
Insgesamt	1 250

Die Menge dürfte in Wirklichkeit noch erheblich größer sein, denn es ist in den letzten Jahren sehr viel Gerste, die zu Brauzwecken geeignet gewesen wäre, in den Futtertrog gewandert, weil Mais knapp war. In diesem Jahr besteht dagegen kein Anlaß, Braugerste zu verfüttern.

Die nordamerikanische Braugerstenaufuhr ist schon recht rege geworden; Platagerste kann preislich mit der nordamerikanischen nicht konkurrieren. Frankreich hat einen Dollarfonds zur Verfügung, um kanadische Gerste einkaufen zu können; Belgien hat schon kanadische Gerste gekauft. Es ist daher anzunehmen, daß Argentinien noch große Mengen unverkäuflicher Gerste aller Ernte in das laufende Getreidejahr mit herüberzunehmen muß. Die Gesamternte Chiles verspricht gut zu werden, so daß wahrscheinlich auch dieses Land mit größeren Mengen auf den Weltmarkt kommen wird. Australien wird erhebliche Gerstenmengen für die Ausfuhr zur Verfügung stellen können.

Die Ausfuhrmöglichkeiten in Polen dürften gering sein. Die polnische Gerstenernte wird auf 800 000 t geschätzt. Vor dem Krieg erntete Polen rund 1,3 Mill. t, wovon es ansehnliche Mengen exportieren konnte.

Die Absatzschwierigkeiten für europäische Gerste rühren großenteils daher, daß die diesjährige Ernte qualitativ vielfach zu wünschen übrig läßt, während die Mälzereien erstklassige Gerste bevorzugen, zumal da sie jetzt wieder die Auswahl haben.

Wie für Weizen und Mais lauten auch für die anderen Getreidearten die diesjährigen Ernteschätzungen. In Argentinien erheblich niedriger als im Vorjahr. Gegenüber den ersten Schätzungen vom Dezember sind die jetzt vorliegenden Zahlen zum Teil etwas günstiger.

	1948/49 Januar	1948/49 Dezember	1947/48 Schluß
	in 1000 t		
Gerste	200	400	634,1
Hafer	600	500	600,7
Roggen	350	300	321,1

Fette und Öle

Infolge der geringen Baumwollernten und verhältnismäßig niedriger Preise wurde in Brasilien während des letzten drei Jahre der Baumwollanbau zugunsten von Erdnüssen und anderen Ölsaaten beschränkt und die Regierung und die ölverarbeitende Industrie haben diese Umstellung großzügig gefördert. Die Erträge der Ölsaatenernte werden nichtamtlich wie folgt veranschlagt:

	1946	1947	1948
	in to		
Baumwollsaat	384 000	360 000	320 000
Erdnüsse	35 304	40 087	321 [illegible]
Sesamsaat	*)	1 [illegible]**)	5 757
Sojabohnen	4 000	12 000	17 000
Rizinusbohnen	143 000	144 071	198 000
Babassu-Kerne	31 343	30 000	40 000
Flachssaat	27 000	13 000	11 000
Oiticica-Saat	32 000	15 000	20 000
Tucum-Nüsse	18 000	10 000	8 000
Tung-Nüsse	4 539	6 000	7 000

*) Keine Angaben. **) Nur Sao Paulo.

Die Ölgewinnung 1948 wird auf 50 000 t Baumwollsaatöl, 30 000 bis 40 000 t Nußöl und 18 000 t Oiticica-Öl geschätzt. Die brasilianische Ölproduktion kommt in erster Linie dem Ausfuhrgeschäft zugute. In der ersten Hälfte vorigen Jahres wurden folgende Posten Ölsaaten und pflanzliche Öle ausgeführt:

	Jan./Dez. 1947	Jan./Juni 1948	Jan./Juni 1949
	in t		
Baumwollsaatöl	6 632	1 530	5 604
Rizinusbohnen	100 549	62 479	44 223
Rizinusöl	6 205	3 963	3 183
Babassu-Kerne	10 996	9 818	14 730
Babassu-Öl	810	470	845
Oiticica-Öl	8 276	2 400	250
Tucum-Nüsse	9 462	3 202	3 718
Kakao-Butter	4 025	1 739	1 262
Copaiba-Öl	94	69	18
Andere Ölsaaten	2	—	1
Andere Öle	840	412	1 163

Mit einem Ertrag von etwa 195 000 t Rizinusbohnen wurde im letzten Jahr ein Rekord erzielt. Die Nachfrage nach Rizinusöl steigt infolge neuer Verwendungsmöglichkeiten. Vor allem die Vereinigten Staaten benötigen in großem Umfang Rizinusöl aus Brasilien. Ihr Verbrauch wird auf 114 Mill. lbs jährlich veranschlagt. Er wird zu 95% aus brasilianischer Rizinussaat gedeckt. Brasilien hatte bisher mit der Ausfuhr fertigen Rizinusöls wenig Erfolg. Stellenweise wurde auch über mindere Qualität geklagt. Inzwischen haben sich aber die Vereinigten Staaten bereit erklärt, den Einfuhrzoll für brasilianisches Rizinusöl zu ermäßigen (3 cents je lb). Das dürfte ausreichen, um brasilianisches Rizinusöl am amerikanischen Markt wettbewerbsfähig zu halten, um so mehr als in der letzten Zeit die brasilianischen Ölmühlen erneuert worden sind, wodurch ihre Produktion verbilligt und verbessert wird. Die neuen Rizinusmühlen liegen durchweg im Staate Sao Paulo. Als Haupterzeuger für Rizinusöl darf die „Brazil Oiticica Inc." angesehen werden, eine Ölmühlengesellschaft, die mit amerikanischem Kapital arbeitet und auf die Herstellung von Oiticicaöl spezialisiert ist. Oiticicaöl taugt nicht für die Ausfuhr, weil das darin enthaltene ungenießbare Öl zu schnell ranzidiert. Nahezu den bekannten Verwendungszwecken (Medizin, Schmiermittel) wird Rizinusöl in Amerika zunehmend in der Färberei sowie bei der Herstellung von Seife, Kunstleder, Fliegenpapier, Farbbindern, Parfümerien, Farben, Lacken und Firnissen verwendet, neuerdings auch zur Herstellung von Kunstfasern nach Art des Nylon und zur Erzeugung von Kunstmassen.

Baumwolle

Nach Mitteilung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums wird für dieses Jahr mit einer Vergrößerung der Welt-Baumwollausfuhr um 2 Mill. Ballen gerechnet. Im Erntejahr 1948 war die Welt-Baumwollausfuhr 7% geringer als im Vorjahre. Nach den neuesten Schätzungen rechnet man in diesem Jahre mit einer Welternte von 30 Mill. Ballen gegen 25,4 Mill. im letzten Erntejahr. Der Weltverbrauch wird mit 28,5 Mill. Ballen veranschlagt, wovon 9 Mill. auf die Vereinigten Staaten kommen. Mit den verbleibenden 19½ Mill. Ballen bleiben Europa und Asien um 3½ Mill. Ballen hinter dem durchschnittlichen Verbrauche in der Zeit vor dem Kriege zurück. Nach Ansicht des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums wird die Baumwollindustrie in Europa und Asien auch immer durch Dieselmangel, durch veraltete und abgenutzte Maschinen und in einigen Fällen auch durch Mangel an Arbeitskräften und elektrischer Energie gehindert.

Amerikanische Sachverständige erwarten für die nächste Saison einen erheblichen Baumwollüberschuß. Nach ihren Schätzungen wird die amerikanische Anbaufläche 27 Mill. acres erreichen; die hohen Preisvorschläge der Regierung dürften den Anbau anspornen. Viele Farmer werden in diesem Jahre die Festsetzung großer Anbauflächen wünschen, weil sie sich davon bei prozentualen Beschränkungen im nächsten Jahre eine günstigere Position versprechen. Der Übernahmebestand dürfte sich gegenüber dem letztjährigen verdoppeln.

Amtlich werden die Kosten der Baumwollgesetzgebung im laufenden Finanzjahre (Juli bis Juni) auf 600 Mill. Dollar geschätzt, ursprünglich waren nur 12 Millionen veranschlagt. Für das nächste Finanzjahr wird mit 800 Mill. gerechnet; die Händler erwarten jedoch einen höheren Betrag. Diese Ausgaben sind für die Regierung kein Totalverlust; eine Einbuße hängt davon ab, wieviel die Regierung aus den Wiederverkäufen der Baumwolle vereinnahmt.

Gemäß den jüngsten Schätzungen des amerikanischen Statistischen Amtes wird für die diesjährige Saison mit einem Ertrage der amerikanischen Baumwollernte von 14,147 Mill. Ballen gerechnet, gegenüber 11 394 000 Ballen in der Vorsaison.

Die Verkäufe ägyptischer Baumwolle in dieser Saison werden auf 11 494 000 Cantars geschätzt gegenüber 12 000 000 Cantars in der vorigen Saison. Die regierungseigenen Bestände sind in den letzten 12 Monaten von 2 494 000 Cantars auf 1 247 000 Cantars zurückgegangen.

Hartfasern

Die Tanganyika Sisal Marketing Association Ltd., ein neuer Verband der Sisalpflanzer von Tanganyika, der die Regelung des Sisalmarktes auf genossenschaftlicher Grundlage vorsieht, will trotz der Hartfaserknappheit keine größeren Preiserhöhungen vornehmen. Die Vereinigung erstrebt vielmehr eine größere Stabilität auf dem Hartfasermarkt, insbesondere regelmäßige Termikl

um höchstens 30 000 t zu rechnen sein, da es sich bei den Hartfasergarnen um langfristige Anlagen handelt.

Kaffee

Die vorjährige Kaffee-Ernte Kenias ermöglichte — nach Übernahme von 6000 t durch das britische Ernährungsministerium — den Verkauf von 8000 t am freien Markte. Von der diesjährigen Ernte bleiben nach den Käufen des britischen Ernährungsministeriums (7000 t) nur 3000 t frei. Die Geringfügigkeit der Kaffeemengen, die gegen Sterlingzahlung erhältlich sind, hat ihren Preis über die brasilianischen Forderungen getrieben und so einen Teil der Nachfrage aus Sterlingländern auf brasilianischen Kaffee gelenkt. Besonders Kanada, Australien und Neuseeland kaufen gegenwärtig Kaffee gegen harte Währung aus Brasilien zu 130 bis 150 c je 100 lbs, statt 250 bis 260 c in Sterling für Kenia-Kaffee auszulegen.

Andererseits werden dadurch die Einkaufsmöglichkeiten einer Reihe von Ländern des Sterlingblocks und des Mittelostens erleichtert, die nicht über Dollars für diese Zwecke verfügen. Es handelt sich dabei um Transjordanien, Syrien, Irak, Ägypten, einige Gebiete am Persischen Golf und, soweit sie den Bedarf nicht aus eigener Erzeugung decken können, Indien und Ceylon. Südafrika nimmt weiter auch zu den erhöhten Preisen Kenia-Kaffee auf, der sich Anfang Februar auf 235 c je 100 lbs stellte, während das britische Ernährungsministerium nur 150 c bezahlt.

Bis zum Ablauf der Erntezeit im März/April dürfte diese Preisentwicklung noch anhalten; für den Beginn der nächsten Ernte im September/Oktober wird jedoch mit einem Preisumschwung gerechnet, da die ersten Schätzungen bereits auf 15 000 t lauten. Von den im vergangenen Jahr für den freien Markt verfügbaren 9000 t übernahmen

	t
Kanada	1 800
Australien u. Südafrika	je 1 000
Neuseeland	150
Irak	600
Arabien	120
Malaia	75
Transjordanien	50
Ägypten	25
Israel	100
Vereinigte Staaten	50

Die Vereinigten Staaten haben inzwischen den Kauf von Kenia-Kaffee eingestellt.

Kakao

Im Jahresbericht der Kolonialregierung der Goldküste wird darauf hingewiesen, daß die Kakao-Ausfuhr im Jahre 1947 infolge der Kakaobaumkrankheit gegenüber dem Vorjahr um 20 000 t auf 562 000 t zurückgegangen sei; der Wert der Ausfuhr sei allerdings um eine Million Pfund höher gewesen. Die Preissteigerung am Weltmarkt komme darin nicht voll zum Ausdruck, jedoch sei es wegen der starken Schwankungen an den Auslandsmärkten erforderlich gewesen, einen Ausgleichsfonds zu schaffen, um die Pflanzer gegen künftige Verluste zu schützen.

Tee

Die japanische Ausfuhr von grünem Tee hat infolge umfangreicher amerikanischer Käufe bereits jetzt das bis Ende März gesteckte Ziel von 6 Mill. lbs erreicht.

Die neue Tee-Ernte in Pakistan wird amtlich auf 45 Mill. lbs geschätzt; einschließlich der unverkauften Bestände (5 Mill. lbs) wären demnach für die Zeit von Anfang April bis Ende März 1950 rund 50 Mill. lbs verfügbar. Davon hofft Pakistan 30 Mill. lbs ausführen zu können. Im letzten Jahr waren für Großbritannien 28 Mill. lbs bereitgestellt worden; über die in diesem Jahr hierfür vorgesehenen Mengen ist noch nicht entschieden.

Gummi

Nach Angaben der Internationalen Kautschukstudiengruppe stellte sich der Durchschnittspreis des in den Monaten Januar bis September in die Vereinigten Staaten eingeführten Naturkautschuks auf 18,12 Cents/lb. im einzelnen nach Liefergebieten:

Durchschnittspreis Januar—September 48

	Cts/lb
Brasilien	23,00
Burma	20,20
Liberia	20,50
Niederlande	21,00
Südafrika	21,00
Britisch Ostafrika	19,45
Indochina	20,10
Ceylon	20,12
Philippinen	19,00
Malaya	18,18
Belgisch Kongo	18,02
Siam	17,16
Indonesien	16,20
Indien	16,00
Kamerun	15,00
Goldküste	13,18
Nigeria	12,83
Britisch Westafrika	10,37

Malaya lieferte von den während der neun Monate insgesamt nach den Vereinigten Staaten verschifften 310 362 lg ta Naturkautschuk allein 229 149 lg ta.

Metalle

Verschiedene Vorgänge, besonders die angeblichen Rekordpreise europäischer Länder nach den USA, die von diesen Ländern jedoch bestritten werden, haben eine unsichere Stimmung an den Weltmetallmärkten erzeugt. Es setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß die gegenwärtige Metallhause ihre Ursache nicht in der realen Metallknappheit hat, sondern daß die Märkte von interessierter Seite manipuliert werden, eine Ansicht, die an dieser Stelle in der Vergangenheit schon öfter vertreten wurde. Immerhin, nach außen erscheint das Bild der Märkte auch heute noch als außerordentlich fest, doch ruht das ganze Preisgebäude offenbar auf sehr unsicherem Grund.

Kupfer: In den Vereinigten Staaten herrscht eine ausgesprochene Kupferknappheit. Der Inlandsverbrauch wird mit etwa 125 000 sh t angegeben, während die USA-Erzeugung nur rund 65 000 sh t monatlich beträgt. Neben dem Bedarf der Drahtfabriken und Messingwerke, die teilweise wegen Materialmangel vor der Schließung stehen, stehen die Anforderungen der USA-Regierung für die strategischen Vorräte, die die Situation noch verschärfen. Unter diesen Umständen werden am Schwarzen Markt bis zu 28 Cents je lb gezahlt bei einem offiziellen Preis von 23 Cents je lb. Selbst Altmaterial wird zum offiziellen Elektrolytkupferpreis von den Verbrauchern gekauft. Die hohen Preise haben jedenfalls zur Folge, daß in der Weltkupferwirtschaft Ausdehnungstendenzen dominieren. So sieht der Vierjahresplan für Nordrhodesien bis Anfang 1952 eine Kupfergewinnung von 340 000 t vor (1948: 218 300 t). Aus Gründen einer tatsächlichen Knappheit ist man in der sowjetischen Zone Deutschlands bemüht, die Kupfererzeugung in Mansfeld zu steigern. Die Erzförderung wird für das erste Halbjahr 1949 mit 372 000 t angegeben gegen 418 000 t im ersten Halbjahr 1947 und 384 000 t (oder Vergleichszeit 1948, 1941 im Krieg betrug die Förderung aufbereitetes Kupferschiefers immerhin rund 1 Mill. t. Die Leistung der heute volkseigenen Gruben ist also nicht gerade imponierend. Englische Notierung bei ausreichender Versorgung des Marktes weiter 140 £ je t.

Zinn: Was an dieser Stelle und auch in Aufsätzen in der WR in der Vergangenheit des öfteren betont wurde, erweist sich jetzt als richtig. Es gibt praktisch keine Zinnknappheit, die die gegenwärtigen Bekandpreise rechtfertigen würde. Die englische Zeitschrift „Tin" ist der Ansicht, daß der Weltzinnverbrauch 1948 wahrscheinlich noch nicht einmal 160 000 lg t erreicht hat, während die Produktion „nicht erheblich unter 180 000 lg t gelegen habe". Die Verbraucher mit Ausnahme der USA seien reichlich versorgt. Es handelt sich bei „Tin" um eine Produktionsverknappung. Andere Quellen geben die Weltzinnerzeugung für 1948 mit 160 300 t an. Die malayische Produktion wird auf etwa 50 000 t geschätzt. (Höchstes Vorkriegsstand 1937 77 942 t). Die Erzeugung in Indonesien wird mit rund 20 000 t angegeben (1937 39 835 t). Für Belgisch-Kongo rechnet man mit einer Erzeugung von 14 500 t (1937 8826 t) und für Nigeria mit 8000 t (1937 10 468 t). Bolivien erzeugte in den ersten 8 Monaten 1948 10 233 t, auf das Jahr gerechnet rund 21 000 t (1937 23 024 t). Das Combined Tin Committee hat für das erste Halbjahr 1949 bereits 20 500 t zugeteilt, und man nimmt in den beteiligten Kreisen an, daß die Zuteilungen beschleunigt werden seien, um den Plätzen die Disposition über ihre in den letzten Wochen angesammelten Vorräte zu ermöglichen. Der Handel rechnet mit der Herausgabe einer weiteren Zuteilungsliste in Kürze. Alle diese Einzelerscheinungen in der Weltzinnwirtschaft lassen nicht gerade auf eine besondere Knappheit schließen. Eher ist anzunehmen, daß sich allmählich ein Überangebot bemerkbar macht. Amerikanischer Preis 1,03 Dollar je lb englische Notierung 560 £ je t frei Käufer und für Export fob.

Zink: Der Markt zeigt wenig Veränderungen. Die Versorgung der Verbraucher ist immer noch relativ knapp, doch sollte man annehmen, daß mit einer zunehmenden Einschaltung der europäischen Erzeugungskapazität, besonders der westeuropäischen Hütten, allmählich eine Entspannung eintritt. Es ist dies im wesentlichen eine Frage des Transportraums für die Einzuhr. Amerikanische Notierung 17,50 Cents je lb (am grauen Markt bis zu 20 Cents und darüber), englische Notierung 106 £ je t.

Blei: Ausgesprochen knapp bleibt dieses Metall. In den USA ist zum offiziellen Preis von 21½ Cents je lb keine Ware zu haben und die Verbraucher zahlen bis zu 28 Cents, teilweise sogar für Altblei. Die Preissteigerungen der letzten Zeit in England und Australien werden aber die Erzeugung anregen. Auch in Mexiko ist mit einer Produktionserhöhung zu rechnen. Das gleiche gilt für die kanadische Erzeugung. Vorläufig beherrscht aber der Mangel weiter den Markt und die Preisbildung. Englische Notierung für englisches Blei 124½ £ und für ausländisches Blei 119 £ je t.

Aluminium: Aluminium ist im Weltmaßstab weiter knapp, doch ist diese Knappheit eine scheinbare, denn die Erzeugungskapazitäten sind ausreichend aus der Kriegszeit vorhanden. Das trifft besonders für die USA und Kanada zu. In Südeuropa ist man gegenwärtig sehr rührig. So wird aus Rumänien berichtet, daß man ein großes Aluminiumwerk bauen will. Ungarn steigert seine Erzeugung gleichfalls und die Bauxitförderung Ungarns ist in der letzten Zeit gestiegen. Norwegen wird an die Sowjetunion u. a. unter dem neuen Handelsvertrag 3000 t Aluminium liefern.

In- und Auslandsbörsen

Frankfurt: uneinheitlich

In der abgelaufenen Woche ließ die feste Grundstimmung nach und besonders der Aktienmarkt zeigte einen uneinheitlichen Verlauf. Die Hauptmärkte, besonders Montanaktien, hatten Kurseinbußen zu verzeichnen und nur für einige Spezialwerte bestand Interesse. Die durchschnittlichen Kursbesserungen betrugen 1%. Pfandbriefe zeigten bei geringerer Nachfrage kleine Besserungen. Auch zu Beginn der laufenden Woche blieb das Geschäft gering, doch konnte im allgemeinen freundliche Grundstimmung festgestellt werden. Die Kurse konnten sich behaupten, zum Teil sogar leicht bessern, wobei die Kursveränderungen aber ½% kaum überschritten. Montanaktien waren zu Beginn der neuen Woche aber vernachlässigt, am Rentenmarkt herrschte geringe Nachfrage. U. a. notierten: Bemberg 40, Brown Boveri 50, Daimler 25,5, Demag 28 und Felten 46,5. Frankfurter Maschinen gingen mit 51, Herpener mit 38 und Lahmeyer mit 46,5 um. Ferner wurden Lanz mit 30,5, Löwenbräu mit 44,75, Siemens AG mit 42 und Zellstoff Waldhof mit 36,25 angeboten.

München: freundlich

In der abgelaufenen Woche herrschte an der Münchener Börse bei geringem Geschäft immerhin freundliche Stimmung und die Kurse zeigten nach den bisherigen Verlusten eine gewisse Erholung, wobei aber nur ein Teil der Verluste wieder aufgeholt werden konnte. Bei den meisten Papieren, namentlich bei Textilaktien betrug die Kursbesserung 1—2% und nur vereinzelt wurden höhere Kursbesserungen notiert, so z. B. bei Augsburger Buntwebereien von 63 auf 67½ und bei Aktienbrauerei Kaufbeuren von 49 auf 52. U. a. notierten: Disamatic 73, Bruckmühl Wollstoffen 68, Siemens 15½, Süddeutsche Gingen von 62 auf 69½, Hofer Brauerei von 49 auf 47 und Würzburger Hofbräu von 42 auf 40 zurück. Am Rentenmarkt bestand bei abbröckelnden Kursen nur geringe Nachfrage. So gingen Bayerische Hypothekenpfandbriefe von 8½ auf 8½ zurück. Südd. Bodenkredit-Pfandbriefe notierten 8¼, Versicherbank Nürnberg ebenfalls 8¼.

Hamburg: freundlich

In der Woche vom 7. bis 11. Februar konnte gegen Wochenende eine gewisse Belebung festgestellt werden, wobei nach einigen Spezial- und Lokalwerten regere Nachfrage bestand. Der Aktienmarkt lag still. Montanaktien erfreuen sich keiner besonderen Nachfrage. Ausgesprochen fest lagen verschiedene Zellwollaktien, die leichte Kursbesserungen aufzuweisen hatten. So stiegen Phrix von 14½ auf 16½, Rheinische Zellwolle von 32½ auf 36, Schwäbischer Zellstoff von 61 auf 63. Höher lagen auch Hamburger Hochbahn mit 19½—20½ (18½), Deutsche Gas mit 10 (9½) und Bekula 9½—10 (7). Auch der Rentenmarkt zeigte bei wenig veränderten Kursen freundliche Stimmung. An der Spitze lagen Pfandbriefe der Westmark. Die angebotenen Papiere konnten laufend abgesetzt werden.

Düsseldorf: belebt

Die Börse zeigte in der abgelaufenen Woche eine freundliche Stimmung und eine fühlbare Belebung, der Wochenschluß brachte sogar seit längerer Zeit Höchstumsätze. Gegen Wochenende flaute das Geschäft jedoch ab, wobei sich aber die erzielten Kursgewinne, die allerdings höchstens 1½ betrugen, behaupten konnten. So notierten: Demag 50/28, Klöckner-Stahlwerke 13½/13, Rheinische Zellwolle 30/33. Auch Brauereiaktien waren etwas erholt und gingen Dortmunder Union mit 47 und Schwabenbräu mit 45 um. Am Montanmarkt erzielten Gutehoffnungshütte mit 24½—23/23 und Stahlverein mit 14—13½/14½ Umsätze. Der Kassenmarkt zeigte z. T. höhere Bewertungen. Am Pfandbriefmarkt gingen Westdeutsche Bodenbriefe von 8½ auf 8¼ zurück, in den übrigen Pfandbriefen lag nur geringes Angebot vor. Industrieobligationen zeigten bei größeren Umsätzen Kursgewinne von ¼—½%.

Stuttgart: freundlich

Auch an der Stuttgarter Börse war die Stimmung am Wochenschluß freundlich, obwohl im Verlauf der Woche die Stimmung am Aktienmarkt ziemlich uneinheitlich war. Es notierten: Daimler 24,50/24, Junghans 36/35, Südd. Zucker 61,50/61, AEG 11/11,50, Eisenhütte Köln 15,50/14 und Phrix 14/13. Süddeutsche Länderanleihen waren gesucht.

Zürich: unruhig

Die Börse eröffnete in der laufenden Woche in unruhiger Haltung. Einige Industriewerte konnten merkliche Kursaufrungen erzielen. Internationale Werte waren wenig verändert. Obligationen waren gut behauptet.

In der vergangenen Woche war die Tendenz bei ruhigem Geschäftsgang unregelmäßig. Wesentliche Kursänderungen traten jedoch nicht ein.

Wien: freundlich

An der Wiener Effektenbörse waren in der abgelaufenen Woche bei freundlicher Tendenz im allgemeinen Kursbesserungen zu verzeichnen. Auch der Anlagemarkt zeigte eine merkliche Belebung. Im Freiverkehr erhöhte sich der Kurs der Bundesschuldverschreibungen von 81 langsam auf 90½.

Bayerischer Produktenmarkt

Das Getreideangebot ließ weiter nach, wobei Weizen fast überhaupt nicht angeboten wurde. Stark gefragt waren Weizenmehl und Brotmehl, Roggenmehl war genügend vorhanden. Für billigen Futtermais herrschte großes Interesse. Im Heu machte sich in der abgelaufenen Woche weitere Zurückhaltung bemerkbar, wobei Wiesenheu lose mit 8—10,50, Klee- und Luzernehen lose mit 9,50—11,50 und Stroh mit 4—5 DM je 50 kg ab bayerischer Verladestation angeboten wurde. Gepreßte Ware war entsprechend teurer.

Berliner Wechselkurs

Berlin. Wegen starken Angebotes von Ostmark wird der Wechselkurs weiter erhöht werden. Die DM-West soll für 3,70 DM-Ost angekauft und für 3,90 DM-Ost verkauft werden.

Nur noch Westmark in den Westsektoren Berlins?

London. In der nächsten Zeit sollen in London Währungsbesprechungen zwischen den drei westlichen Alliierten beginnen, bei denen auch die Frage erörtert wird, ob die Ostmark in den Berliner Westsektoren außer Kraft gesetzt werden soll. Bevor diese Maßnahme durchgeführt werden kann, sind natürlich noch verschiedene technische Einzelheiten zu regeln. So ist vor allem die Lage jener Berliner zu klären, die im russischen Sektor ihren Wohnsitz, in den Westsektoren aber ihren Arbeitsplatz haben und dort ihr Geld verdienen.

Erste Aufbauanleihe der Ostzone

Halle. Die erste Aufbauanleihe der Ostzone in Höhe von 100 Mill. DM-Ost wurde jetzt in Sachsen-Anhalt aufgelegt. Vorläufig wurden 50 Mill. zur Zeichnung freigegeben. Die Anleihestücke lauten auf 2000, 1000 und 500 DM.

London druckt die neuen 5-DM-Noten

Frankfurt. Die neuen 5-DM-Noten werden in London gedruckt und dürften in 4—5 Monaten ausgegeben werden. Sie werden die Unterschriften des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Bank Deutscher Länder tragen.

Wechselproteste in Höhe von 2,1 Mill. D-Mark

Frankfurt. Im Januar wurden von 113 Berichtsinstituten Wechsel im Betrage von 21 Mill. DM zu Protest gegeben gegenüber 1,7 Mill. DM im Dezember.

Ab 1. April monatliche Abführung der Lohnsteuer

Ab 1. April ist die Lohnsteuer, auch die aus Tages- und Wochenlöhnen, nicht mehr wöchentlich, sondern monatlich abzuführen. Die für die Zeit ab 1. April abgezogene Lohnsteuer ist erstmalig spätestens am 5. Mai abzuführen.

Aufnahme von Dollaranleihen durch die Internationale Wiederaufbaubank

Washington. Die Internationale Wiederaufbaubank beabsichtigt, durch Aufnahme einer Spezialanleihe von 10 Mill. Dollar in Europa verbleibende Dollars für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft zu verwenden. Der erste Versuch wird in Belgien unternommen, wobei die belgische Regierung den Käufern solcher Titel Steuerfreiheit zusichern soll. Diese Finanztransaktion soll, wenn sie erfolgreich ist, auch in anderen europäischen Staaten durchgeführt werden.

Argentinien hebt die Valuta-Wechselsperre auf

Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, will Argentinien die Valuta-Wechselsperre demnächst wieder aufheben.

Notenkurse in Zürich am 15. Febr.

1 $	USA	3,86½/3,88½
1 £	England	11,19/11,40
100 Fr.	Frankreich	0,84/0,87
100 bfrs	Belgien	7,35/7,38
100 Hfl	Holland	87,00/91,00
100 Lit.	Italien	56,00/59,00
100 Kr	Norwegen	42,00/45,00
100 Kr	Schweden	86,00/89,00
100 Kr	Dänemark	69,00/72,00
100 Sch	Österreich	12,30/12,70
100 Kr	Tschechoslowakei	0,85/1,10
100 Esc	Portugal	13,00/13,30
100 Ptas	Spanien	10,20/10,70
100 £	Türkei	0,65/0,80
100 Pes	Argentinien	42,00/45,00
1 £	Israel	11,10/11,15%
Silbermark		22,00/23,00
D-Mark		40,00/43,00

ANGEBOTE U. NACHFRAGEN

Schleifmaschine u. Liniermaschine für Schieferplatte gesucht. Angebote unter A 1111 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

Echte Gewürze gesucht
Angebote unter P.N. 6161 an Anzeigen-Fachlist., Nürnberg, Weinmarkt Straße 31, erbeten

Der neue Adressenkatalog für Handel, Industrie und Wirtschaft kostenlos durch Merkur, Eisbach 888.

Wirkwarenfabrik gesucht, welche in Lohnarbeit JERSEY herstellt bei Garngestellung. Angebote erbeten u. A 1314 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

Fertighäuser 3½ Zimmer, Küche, O.B., komplett, sofort mit Finanzierung, Plänen, Preis-, Kreditnachweis, usw. gegen Dkb. Nachn. durch Gewerbehaft Köppelstein (17b) Mittenwald (Karwendel).

Tafelparkett und Musterböden für Wohn- und Repräsentationsräume kurzfristige Lieferbereitschaft
Bembé-Parkett
Bembé - Parkett - Fabrik JUCKER & CO. K.-G. BAD MERGENTHEIM Fernsprecher 404, 515
Stabfußböden, Strapazierfußböden für Geschäftsräume und Fabriken

Tonsp. Erdbeerpapier, Zeichenkarten, Millimeterpapier, Lorpitzmanopapier, Diagrammrollen, Registrierpap., Farbbänder etc. aut. lieferb. Anfrag. unt. B 1019 an die WR Rastatt.

Liefere jede Menge Glückwunsch- u. Trauerkarten mit Umschlag, in Einfarbe und Goldtruck. Kunstverlag Willi-Karl Kurth, Ettlingen.

MOTORE alle Typen und Weiterwerker (Diesel-Benzinmotor) ab Lager oder kurzfr. lieferbar. OTTO WERNER, Ind. u. Gewerbe-Bedarf, Stuttgart-Degerloch, Waldstraße 18.

Drehstrom-Motore von 0,5 bis 15 PS, Wechselstromschütze 3,4 bis 1 PS sofort ab Lager lieferbar. Niederrhein. Industriebedarf, Moers / Ndrh. Kirchstraße 3.

Dachpappe ohne Kontingente Dachlack, Dachfarbenmasse, Karbolineum ½ kg DM 31.—, Grundierfl. für Pappen, Bestellschein liefern: Gebr. Möller oHG., Niederwendig, Telephon 340.

Qualitätsholzwaren mit Naturlack, geschliffen, Stapelter Akaro DM —.40, Stapelter eingelegt DM 1.60, Handbeschriftbrett DM 3.15, Werkzeugkasten DM 4.80, Handbeschriftbrett Barbe DM 5.40, Handbeschriftbrett, Birke, DM 6.90, Kleiderbügel mit Bug DM —.75, Kleiderbügel ohne Bug DM —.55, Garderobenbrett DM 1.80, große Nähkästen, mit Inhalt, 21.— DM. Anfragen u. P 860 an Wirtschaftsrevue, Rastatt, Bahnhofstraße 46.

4000 Stck. erlebt Kerzen Bügeleisen
1000 Stck. erlebt Kerzen Wärmeflaschen
für 110 und 220 Volt preisgünstigst abzugeben.
J. H. Corder & Co. G.m.b.H. Zweigniederlassung Coburg, Mohrenstraße 1

Zahlungen in der Ostzone führt laufend in jeder Höhe schnellstens zum Berliner Clearingkurs aus
E. Schimmelpfeng & Co. Berlin W 15, Kaiserallee Ecke 42

Wegen Aufgabe d. Fahrgeschäfts 5 Tonner-Vomag-Diesel preiswert abzug. Angebote unter P 888 an die W.R., Rastatt.

Gußaluminium in Barren, kupferfrei, bis 3000 kg, in einem oder mehreren Posten zu verk. Anfragen unter P 865 Wirtschaftsrevue Rastatt, Bahnhofstraße 46.

FRANKFURTER FRÜHJAHRS-MESSE 2.-12. APRIL 1949 FRANKFURT a-M

Bei der Mineralöl-Industrie Nordwestdeutschlands hervorragend eingeführte Mineralöl-Großhandlung sucht Verbindung mit Erzeugern von in genannter Industrie benötigten Chemikalien, Reinigerde, Aerosolen und Apparaten. Angebote unter Nr. B 1118 an Wirtschafts-Revue Rastatt

Holz-Gelenkmatten für Bodenbeläge, aus Buchenholz, gefräst, 400×40 cm, DM 3.20, Muster geg. Nachnahme zuzügl. Porto. Anfragen unter P 887 an Wirtschaftsrevue Rastatt, Bahnhofstraße 46.

Büromöbel, Stühle, Tische und Geschäftsschränke sofort lieferbar L. Welp & Co., Bremen Postfach 758

Erdbeerer — Erpeenbeerer „Teige" Abteilungsgef. Fr. Wahlenberg gegr. 1883 (20a) Ankerschlangen

Tischtennisspiele komplett, in bunten Kartons, DM 10.80, Muster geg. Nachnahme zuzügl. Porto. Anfragen u. P 885 an Wirtschaftsrevue Rastatt, Bahnhofstraße 46.

Achtung!!! Schmierseife nur, aus Öläug. Seife oder R. Waschmittel stellen wir Ihnen im Lohn bei nach neuem Verfahren u. gut Gerätl. her, zur Verfügung. Barb. erbeten. Angebote unter P 80 an die Wirtschaftsrevue Rastatt.

Kunstguß in jeder Ausführung, für die Nahrungsmittel- und chemische Industrie Reinaluminiumguß falls erforderlich röntgengeprüft, liefert aus Wilh. Dellmann (24b) Herbert/Wdh. Postfach 231

Feuersteine Original-Auermetall 3,5×3 mm erhalten Sie stets zu den günstigsten Tagespreisen: dauerfrg 100 St. DM 3.50, 1000 Stück DM 30.—, 10 000 Stück DM 280.— kontrfrg gegen Vorkasse PSK Köln 30701 ab DM 50.— spesenfreie Lieferung oder gegen Nachnahme zuzügl. Porto. Über weitere Artikel: Benzol-Handfeuerzeuge, Gasoo-Batterielampen, Windlichter, Feuerzeuge, usw., Gesamtpreisliste verlangen Sie kostenlos. Otto Freikäle, (20) Niederbreisig, Bez. Köln, Postfach.

STELLENMARKT

Von erstem Architekturbüro Süddeutschlands wird für die Bearbeitung interessanter Aufgaben auf allen Gebieten des Bauwesens
erstklassiger Mitarbeiter
gesucht. Bewerber müssen organisatorisch befähigt, energisch, künstlerisch begabt, und auch große Erfahrungen auf dem Gebiet des modernen Industriebaues besitzen.
Bewerbung mit Lichtbild unter Nr. A 1111 an Wirtschaftsrevue, Rastatt.

1 hydr. Kunststoff-Doppelpresse je 15 t Druck, 20×24 cm Tischgr., 40 cm Hub, preiswert abzugeben. Angebote u. BLM. 4138 an Ann.-Exp. Carl Gabler, G.m.b.H., Stuttgart-S., Parkstraße 9.

Bandsägen, Dickenhobelmaschinen, Abrichthobelmaschinen, Kettenfräsen, Fräsen und Bretterwerkzeugmaschinen sofort oder kurzfristig lieferbar. Gebrüder Maier GmbH. Werkzeug- und Maschinenfabrik, Bonndorf, Jahnstraße 17, Telefon 4101 und 4108.

Textilmaschinen Textilrohstoffe Suche Vertretungen E. Krüger, Blumberg (Lippe) Postf. 88

Nähmaschinenfabrik vergibt Bez.-Vertretung an geeignet. Großhandelsvertreter. Angebote über bish. Betätigung und Wirkungskreis, erb. C. Geist, Bühlingen (Baden), Rheinstraße 141.

Stellengesuche leicht gemacht durch Anzeigenwerbung bitte beachten

Große Verkaufsorganisation s. ältere mänl. u. weibl. Mitarbeiter f. leichte, schriftl. Heimarbeit oder Vertreter- und Kontor-Tätigkeit. Auch Übernahme einer Geschäftsst. mögl. Ausführl. geg. Rückporto in der durch Fa. O. W. Beck, Karlsruhe 1, Bd. 138, Postfach 135.

Lesen Sie die „Wirtschaft-Revue"

Vertretung in Eisenwaren, Beschlägen, Werkzeugen v. Großhandelsfirma zu vergeben. Gelernte Eisenhändler erwünscht. Eingebote unter P 882 an Wirtschaftsrevue Rastatt.

Richten Sie bitte Anfragen und Anzeigenaufträge an die Anzeigenabteilung der „Wirtschaftsrevue" (17b) Rastatt/Baden, Bahnhofstr. 46

Versierter Reisender - Kaufmann
zu intensivem Arbeiten gesucht, 30 Jahre alt, repräsentative Erscheinung mit überdurchschnittlichem Organisationstalent, welcher jahrelang bei ersten Markenartikelfirmen im Außendienst tätig war und in der Lage ist, eigenes Großhandelsunternehmen bearbeitet hat, sucht die
Vertretung einer erstklassigen Markenartikelfirma oder eine Anstellung als
Verkaufs- oder Filialleiter
Ein eigener LK 1 Lieferwagen und einige tausend DM sowie eine Tagesfahrerfahrung vorhanden. Angebote unter Nr. A 1115 an die Wirtschaftsrevue Rastatt.

KAPITAL- UND GRUNDSTÜCKSMARKT

Außenstände auch angeklagte und dubiose, nehme wir zu allen Plätzen gegen Erfolgsprovision zur Forderungsbeitreibung. Schulhoff & Meyer, Hamburg 36, Schlachthof 2000.

Barkredite 1. alle Zwecke, Höhe bis 10 Mio. Großkredit, usw. geg. Ckp.-Darlehn durch Gewerbehaft Köppelstein, (20b) Mittenwald (Karwendel).

BETEILIGUNG
still oder tätig, an nachweisbarem Kleinbetrieb, mit durch eigenschöpferischen Kaufertrag überzeugendem Anwesen mit kleinem Nebenbetriebsgebäude (Garten, Acker, Bau, Hause nach dem Krieg möglich, herrliche Gegend Hohenzollern und Bahnstation) sofort gesucht. Anfragen mit sofort verfügbarem Kapital unter P 880 an die Wirtschaftsrevue Rastatt.